

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

56. Sitzung

Hannover, den 13. September 2000

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 8:

Dringliche Anfragen 5379

b) Fernverkehrsverbindungen der Bahn in Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis

90/Die Grünen - Drs. 14/1852 5379

Wenzel (GRÜNE) 5379, 5384, 5389

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 5380, 5382, 5383, 5384, 5385, 5386, 5387, 5388, 5389, 5390, 5391, 5392, 5393

Schirmbeck (CDU) 5382, 5385

Frau Philipps (CDU) 5382

Rolfes (CDU) 5382, 5390

Hagenah (GRÜNE) 5383

Frau Steiner (GRÜNE) 5383, 5388

Ontijd (CDU) 5384

Möllring (CDU) 5385, 5391

Frau Rühl (CDU) 5386, 5393

Golibrzuch (GRÜNE) 5386

Coenen (CDU) 5387

Dinkla (CDU) 5387

Schröder (GRÜNE) 5388, 5391

Althusmann (CDU) 5388

Eveslage (CDU) 5389

Klare (CDU) 5390

Wulff (Osnabrück) (CDU) 5392

Frau Ortgies (CDU) 5392

Fischer (CDU) 5393

Tagesordnungspunkt 9:

24. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/1835

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1853 - Änderungsantrag der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen - Drs 14/1854 5393

Beschluss 5394

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite Beratung:

Landwirtschaft in Niedersachsen erhalten - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1582 -

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - Drs. 14/1825.... 5394

Schumacher (SPD), Berichterstatter 5394

Ehlen (CDU) 5395

Brauns (SPD) 5397

Klein (GRÜNE) 5398

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 5400, 5401

Schirmbeck (CDU) 5401

Kethorn (CDU) 5401, 5402

Beschluss 5403

(Erste Beratung: 50. Sitzung am 11.05.2000)

Tagesordnungspunkt 11:

Zweite Beratung:

Qualifizierung für die Region: Berufsbildende Schulen in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1029 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/1826

und

Tagesordnungspunkt 12:

Zweite Beratung:

Zukunftssicherung für die berufsbildenden Schulen als Partner der ausbildenden Wirtschaft - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1583 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/18275403
Voigtländer (SPD).....5403, 5406, 5412
Frau Vockert (CDU)..... 5405, 5406, 5407, 5408, 5411, 5412
Frau Litfin (GRÜNE)5408, 5409, 5411
Jürgens-Pieper, Kultusministerin5409, 5410
Beschluss5413

(Erste Beratung zu TOP 11: 33. Sitzung am 06.10.1999
zu TOP 12: 50. Sitzung am 11.05.2000)

Tagesordnungspunkt 13:

Einzig (abschließende) Beratung:

Verfassungsgerichtliches Verfahren - Verfahren über den Antrag festzustellen, 1. dass Art. 78 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen mit Art. 28 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar ist, soweit für die Prüfung der Wahlen zum Hessischen Landtag bestimmt ist, dass "gegen die guten Sitten verstoßende Handlungen, die das Wahlergebnis beeinflussen", die Wahl 'im Falle der Erheblichkeit für den Ausgang der Wahl' ungültig machen, 2. dass Art. 78 Abs. 3 der Verfassung des Landes Hessen und das Hessische Wahlprüfungsgesetz mit Art. 20 Abs. 2 Satz 2, Art. 92, Art 97 Abs. 1, Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG in Verbindung mit Art. 19 Abs. 4, Art. 28 Abs. 1 GG und dem Rechtsstaatsprinzip insoweit nicht vereinbar sind, als das Wahlprüfungsgericht beim Hessischen Landtag neben den beiden höchsten Richtern des Landes mit drei vom Landtag gewählten Abgeordneten besetzt ist und seine Entscheidungen durch Urteil trifft, das mit seiner Verkündung rechtskräftig wird und dass die genannten Vorschriften daher im Umfang der Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz nichtig sind - Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Zweiter Senat - vom 13. Juni 2000 - 2 BvF 1/00 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/1828.....5413
Beschluss5413

Tagesordnungspunkt 14:

Zweite Beratung: **Europaweiter autofreier Tag am 22. September 2000** - Antrag der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1491 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1821 5414
Biel (SPD)5414
Wenzel (GRÜNE).....5414
Haselbacher (CDU)5415
Beschluss5416
(Erste Beratung: 48. Sitzung am 31.03.2000)

Tagesordnungspunkt 15:

Erste und zweite Beratung:

Unser Land: vielseitig und weltoffen Für Demokratie und Menschenrechte - Gegen Gewalt und Fremdenhass - Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/18455417
Wernstedt (SPD).....5417
Schünemann (CDU)5420
Frau Harms (GRÜNE)5423
Schwarzenholz (fraktionslos).....5425
Gabriel, Ministerpräsident.....5427
Beschluss5430

Tagesordnungspunkt 16:

Erste Beratung:

Modernisierung der "Heidebahn" - modellhafte Verbesserung des Bahnverkehrs - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1836.....5430
Wenzel (GRÜNE).....5430
Frau Rühl (CDU).....5432
Möhrmann (SPD)5433
Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr5435
Ausschussüberweisung5436

Tagesordnungspunkt 17:

Erste Beratung:

Arbeitserlaubnis von Saisonarbeitskräften auf den niedersächsischen Inseln verlängern - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/18375437
Frau Ortgies (CDU).....5437
Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales.....5438
Frau Janssen-Kucz (GRÜNE).....5439
Watermann (SPD)5440
Ausschussüberweisung5441

Tagesordnungspunkt 18:

Besprechung:

**Chancengleichheit und Frauenförderung in
Wissenschaft und Forschung in Niedersachsen -**

Große Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 14/1434

- Antwort der Landesregierung - Drs. 14/1791.....	5441
Frau Dr. Andretta (SPD).....	5441
Frau Vogelsang (CDU)	5443
Golibrzuch (GRÜNE).....	5446, 5447
Frau Mundlos (CDU).....	5447
Oppermann , Minister für Wissenschaft und Kultur	5448

Tagesordnungspunkt 19:

Erste Beratung:

**Sicherstellung der Umsatzbesteuerung im E-
Commerce - Antrag der Fraktion der SPD - Drs.**

14/1841	5452
Knebel (SPD)	5452
Dinkla (CDU).....	5453
Golibrzuch (GRÜNE).....	5455
<i>Ausschussüberweisung</i>	5456

Tagesordnungspunkt 20:

Erste Beratung:

**Keine weiteren Belastungen für die Unterhal-
tungsverbände der Gewässer II. Ordnung -**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1846	5456
Frau Zachow (CDU)	5456, 5457
Jüttner , Umweltminister	5458, 5465
Klein (GRÜNE).....	5460
Beckmann (SPD)	5461, 5463
Dr. Stumpf (CDU)	5464, 5466
<i>Ausschussüberweisung</i>	5466

Nächste Sitzung	5466
-----------------------	------

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Eckel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Gabriel (SPD)	Staatssekretär Schneider, Staatskanzlei
Innenminister Bartling (SPD)	Staatssekretär Lichtenberg, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Aller (SPD)	
Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Merk (SPD)	Staatssekretärin Witte, Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kultusministerin Jürgens - Pieper (SPD)	Staatssekretär Dr. Lemme, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bartels (SPD)	
Justizminister Dr. Weber (SPD)	Staatssekretär Dr. Litten, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft Und Kultur
Umweltminister Jüttner (SPD)	
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Senff	

Beginn: 10.32 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Ich eröffne die 56. Sitzung im 24. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode.

Die Beschlussfähigkeit werde ich zu gegebener Zeit feststellen.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 8, den Dringliche Anfragen. Die Fraktion der CDU hat ihre Anfrage in der Drucksache 1851 zurückgezogen, sodass nur noch eine Dringliche Anfrage vorliegt. Anschließend setzen wir die Beratung in der Reihenfolge der Tagesordnung fort.

Die heutige Sitzung soll gegen 19.05 Uhr enden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst, bis spätestens morgen Mittag 12.00 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Hansen:

Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung der Finanzminister, Herr Aller, ab 17.00 Uhr, der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Herr Senff, vormittags, von der Fraktion der SPD Herr Wulf (Oldenburg), von der Fraktion der CDU Herr Meier und Herr Dr. Winn und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Janssen-Kucz, nachmittags.

Präsident Wernstedt:

Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 8:
Dringliche Anfragen

Die Fraktion der CDU hat, wie ich gerade gesagt habe, ihre Anfrage zurückgezogen, sodass nur

noch die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übrig bleibt.

Damit das Verfahren allen noch einmal deutlich wird, will ich es kurz darstellen: Jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete kann nur bis zu zwei Zusatzfragen stellen. Zu zählen sind die einzelnen Fragen. Die Zusatzfragen müssen knapp und sachlich sein. Sie müssen zur Sache gehören und dürfen die Frage nicht auf andere Gegenstände ausdehnen. Vor allem dürfen sie nicht verlesen werden.

(Möllring [CDU]: Zur Geschäftsordnung!)

- Herr Kollege Möllring zur Geschäftsordnung!

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wäre es nicht sinnvoll, die Sitzung so lange zu unterbrechen, bis ein Vertreter der Landesregierung anwesend ist? Sonst haben die Fragen nicht viel Sinn.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Ich unterbreche die Sitzung so lange, bis die Vertreter der Landesregierung hier sind.

Unterbrechung: 10.34 Uhr.

Wiederbeginn: 10.35 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Nachdem der zuständige Minister erschienen ist, kann ich die Dringliche Anfrage aufrufen:

b) Fernverkehrsverbindungen der Bahn in Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1852

Die Frage wird von Herrn Kollegen Wenzel gestellt.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Deutsche Bahn AG plant zum nächsten regulären Fahrplan-

wechsel - das ist Ende Mai nächsten Jahres - weitgehende Einschnitte in die Fernverkehrsverbindungen vieler niedersächsischer Städte und Regionen. Dabei sollen insbesondere InterRegio-Anbindungen gestrichen werden, die bislang sowohl für eine direkte und umsteigefreie als auch zugleich auch für eine schnelle Anbindung der niedersächsischen Regionen gesorgt haben. Der InterRegio ist für viele Kundinnen und Kunden der Bahn ein Sympathieträger, weil er bei vergleichsweise gutem Service auch eine preiswertere Alternative zu anderen Fernverkehrsangeboten – beispielsweise dem ICE - darstellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche niedersächsischen Fernverkehrsverbindungen der Bahn sind mit Stand von heute zum nächsten und übernächsten regulären Fahrplanwechsel, d. h. Ende Mai 2001 und Ende Mai 2002, definitiv in ihrem Bestand bedroht?

2. Welche Möglichkeiten zur Sicherung der InterRegio-Anbindungen im Nordwesten des Landes, in den touristischen Zentren an der Küste und im Harz, aber auch in Osnabrück, Diepholz und anderen Städten sieht die Landesregierung?

3. Unter welchen Rahmenbedingungen, insbesondere auch bezüglich eines finanziellen Ausgleichs durch den Bund, ist das Land Niedersachsen - gegebenenfalls gemeinsam mit anderen Partnern - bereit, die Initiative zur Gründung einer eigenen InterRegio-Gesellschaft zu ergreifen?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Die Antwort gibt der Herr Wirtschaftsminister Dr. Fischer.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wenzel, in der Tat konfrontiert uns die Deutsche Bahn wieder einmal mit neuen Kürzungsplänen im Fernverkehr. Die Pläne, die uns jetzt vorgelegt wurden, sind weiter reichend und gravierender als alle bisherigen Pläne. Das steht außer Frage.

Weil das so ist, hat die Landesregierung auch unverzüglich nach Bekanntwerden dieser Pläne

reagiert. Sie hat ihre Bedenken bereits wenige Tage später Herrn Mehdorn persönlich in aller Deutlichkeit vorgetragen; darüber ist berichtet worden. Ich habe dieses Thema auch sofort für die nächste Konferenz der Verkehrsminister, die Ende dieses Monats stattfindet, angemeldet.

Diese Pläne sind beileibe kein Thema ausschließlich Niedersachsens, sondern vielmehr eine Herausforderung für die deutsche Verkehrspolitik insgesamt. Die Angebotskürzungen treffen Niedersachsen nicht alleine, sondern alle Bundesländer sind davon betroffen, im Bundesdurchschnitt mit immerhin 10 %, bezogen auf den gesamten Fernverkehr. Während Mecklenburg-Vorpommern dabei sogar Kürzungen von mehr als 60 % zu verkraften hat - Bayern von 11 % -, kommt Niedersachsen hier mit knapp 5 % sogar noch einigermaßen glimpflich davon.

Meine Damen und Herren, worum geht es dabei im Kern? Im Grundsatz gilt es, den Konflikt zwischen unternehmerischem Handeln einerseits und dem Gemeinwohlinteresse andererseits zu lösen. Das Grundgesetz und die Bahnreform haben die Aufgabenverteilung eindeutig geregelt. Einerseits muss die Bahn AG selbst als Unternehmen am Markt agieren und dabei rentabel wirtschaften. Das haben wir alle mit der Bahnreform so gewollt. Andererseits können aus Gründen des Gemeinwohls bestimmte Fragen des Fernverkehrsangebots und der Infrastruktur nicht ausschließlich unter der Maxime der betriebswirtschaftlichen Ergebnisoptimierung stehen. Hier ist nach dem Grundgesetz eindeutig der Bund gefordert, der solche Leistungen bestellen und finanzieren muss.

Dieser offene Konflikt zwischen der Bahn AG einerseits und dem Bundesverkehrsministerium andererseits ist nur lösbar, wenn der Bund mehr Geld zur Verfügung stellt. Das fällt dem Bund schwer, wie wir wissen, denn wir alle wollen eine weitere Senkung der Staatsquote.

Bei allem Verständnis für die Konsolidierungszwänge erwarten alle Bundesländer, auch Niedersachsen, hier eine klare Grundsatzaussage des Bundesverkehrsministers auf der schon zitierten Verkehrsministerkonferenz Ende dieses Monats. Denn solange sich der Bund nicht zu seiner im Grundgesetz festgeschriebenen Verantwortung bekennt, fehlt der Bahn die Grundlage für ein langfristiges unternehmerisches Konzept, wird das Angebot im Fernverkehr in absehbarer Zeit auf eine Verbindung der Ballungsräume zusammen-

schrumpfen und werden die Forderungen aller Verkehrspolitiker, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, eine politische Lebenslüge bleiben.

Ich komme nun zur Beantwortung der Fragen.

Zu Frage 1: Zum nächsten regulären Fahrplanwechsel im Juni 2001 sollen nach der Vorstellung der Bahn Kürzungen auf folgenden InterRegio-Linien erfolgen: Zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven sowie zwischen Münster und Bremerhaven bzw. Cuxhaven sollen keine InterRegio-Züge mehr verkehren. Diepholz soll als Ersatz für die entfallenden InterRegio-Halte mindestens einen weiteren IC-Halt bekommen. Zwischen Oldenburg und Norddeich soll nur noch ein InterRegio-Zugpaar zur Abdeckung des Touristikverkehrs eingesetzt werden.

Zum übernächsten Fahrplanwechsel im Dezember 2001 hält die Deutsche Bahn AG eine Neukonzeption der InterRegio-Linien Hamburg - Hannover und Rheine - Norddeich für erforderlich. Nähere Angaben hat sie uns gegenüber dazu bislang nicht gemacht.

(Frau Zachow [CDU]: Hätten Sie doch einmal nachgefragt!)

- Haben wir getan.

Zu Frage 2: Möglichkeiten, InterRegio-Anbindungen - also Fernverkehr - zu sichern, hat die Landesregierung kraft Gesetzes nicht. Der Fernverkehr ist, wie ich eingangs schon gesagt habe, entweder von der Bahn selbst unter unternehmerischen Gesichtspunkten zu organisieren und durchzuführen oder - falls er sich nicht rechnet, strukturpolitisch aber für notwendig erachtet wird - von der Bundesregierung zu bestellen und zu bezahlen. Dies sieht das Grundgesetz vor.

Im Übrigen ist natürlich aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger entscheidend, wie sich das Gesamtangebot auf der Schiene darstellt. Da hat die Landesregierung im Rahmen des ihr Möglichen bereits einige wichtige Weichenstellungen vorgenommen:

Erstens. Ab November wird der Harz über eine neue Neigetechnikverbindung mit Hildesheim und Hannover im Westen sowie Halle im Osten deutlich besser in das überregionale Schienennetz integriert - das nicht nur, wie bisher, dreimal am Tag, sondern alle zwei Stunden.

Zweitens. An der Küste haben wir zwischen Bremerhaven und Bremen eine deutliche Verbesserung durch die Einrichtung einer schnellen Regionalexpresslinie geschaffen. Auch hier gilt ein kundenfreundlicher Zweistundentakt.

(Frau Vockert [CDU]: „Deutliche Verbesserung“ ist ja nun nicht richtig!)

Drittens. In allen übrigen Regionen, in denen Fernverkehrsleistungen entfallen sollen, bestehen bereits heute grundsätzlich alternative Angebote im Nahverkehr. Diese Nahverkehrszüge fahren überwiegend im Einstundentakt gegenüber den nur alle vier Stunden verkehrenden InterRegio-Zügen.

Bei allen Verbesserungen aber, die diese Maßnahmen bringen, muss festgehalten werden: Der Nahverkehr kann den Fernverkehr nicht ersetzen. Das gilt auch für die Anbindung der touristischen Zentren im Lande. Statt vermeintlich unrentable Strecken zu streichen, könnte und müsste sich die Bahn mit einem saisonal differenzierten Angebot als flexibles und kundenfreundliches Unternehmen beweisen. Ein entsprechendes Tourismuskonzept habe ich in unseren Verhandlungen mit der Bahn mehrfach angemahnt. Sie hat auch eine Prüfung zugesagt. Wir sind auf die Ergebnisse gespannt. Solange hier aber nichts geschieht und die Beteiligten regelmäßig vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sind heftige Reaktionen in der Öffentlichkeit nur verständlich.

Zu Frage 3: Wie ich schon erwähnt habe, stimmen die Rahmenbedingungen für die Bahn zurzeit nicht. Deshalb bleibt es zunächst Aufgabe des Bundes, hier für Klarheit zu sorgen. Das heißt, klar zu definieren, wo in Zukunft auf welchem Netz der InterRegio-Verkehr zu organisieren ist. Wir sind auch bereit - insofern folge ich dem Gedanken des Fragestellers Herrn Wenzel -, InterRegio-Verkehre als hochwertige Nahverkehrszüge zu bestellen, wenn - das ist natürlich die entscheidende Voraussetzung - der Bund entsprechende zusätzliche Finanzierungsmittel bereit stellt. Solange das aber nicht geregelt ist, bin ich auch nicht bereit, mich an irgendwelchen Planspielen zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Das muss man sich einmal vorstellen! Der Wirtschaftsminister tut nichts, solange ihr ihm nicht sagt, was er tun soll!)

Präsident Wernstedt:

Zu einer Zusatzfrage hat das Wort jetzt der Kollege Schirmbeck.

Schirmbeck (CDU):

Herr Minister Dr. Fischer, nach einem Vortrag im Wirtschaftsausschuss wissen wir, dass es ab Fahrplanwechsel 2003/2004 keinen InterRegio-Verkehr mehr geben wird. Müsste die Landesregierung vor diesem Hintergrund nun nicht aufgefordert werden, ein Verkehrskonzept für den Nah- und den Regionalverkehr in Niedersachsen zu entwickeln?

(Frau Vockert [CDU]: Die Landesregierung lässt das lieber alles schlunren!)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Schirmbeck, die von Ihnen hier aufgestellte Ausgangsbauptung stimmt nicht. Wahrscheinlich haben Sie meinen Vortrag nicht richtig verstanden.

(Oh! bei der CDU - Plauue [SPD]: Das wäre beim Kollegen Schirmbeck nichts Ungewöhnliches! - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie sind doch Auftrageber!)

Es gibt Überlegungen aufseiten des Bundes, aber noch keine Entscheidungen. Ich kann hier im Übrigen nur das berichten, was der Vertreter der Bahn AG gesagt hat. Wir sind nicht für den Fernverkehr zuständig. Ich habe eben gesagt, dass dies ein zentrales Thema der Verkehrsministerkonferenz der Länder im September sein wird; denn das ist ein Bundesthema und nicht ein Thema Niedersachsens.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das hängt doch miteinander zusammen!)

Präsident Wernstedt:

Frau Philipps ist die Nächste.

Frau Philipps (CDU):

Herr Minister, ich frage Sie: In welcher Höhe sind im Bundeshaushalt 2000 und in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes Investitionsmittel für die Schieneninfrastruktur gestrichen worden?

Präsident Wernstedt:

Bitte schön!

(Möllring [CDU]: Muss er erst Berlin fragen?)

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Das kann ich Ihnen so aus dem Stand nicht sagen. Ich möchte Sie aber später gern darüber informieren.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist doch das Kernthema! - Möllring [CDU]: Der niedersächsische Wirtschaftsminister weiß nicht, was vom Bund an Mitteln zur Verfügung gestellt wird! Das ist eine Antwort!)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Rolfes! - Danach der Kollege Hagenah.

Rolfes (CDU):

Herr Minister, wenn es richtig ist, dass beim nächsten Fahrplanwechsel die ersten InterRegio-Verbindungen gestrichen werden, wenn es außerdem richtig ist - das ist ja wohl unbestritten und war überall zu lesen -, dass ab dem Jahr 2003 z. B. die niedersächsische Nordseeküste vom Fernverkehr abgeschnitten sein wird, die InterRegios auf der Strecke von Münster über Rheine nach Norddeich eingestellt werden, und wenn man diesen Zeitplan kennt, dann frage ich Sie: Ist es vertretbar, dass sich der zuständige niedersächsische Minister hier hinstellt und sagt, dass er zunächst einmal abwarten wolle, was der Bund für ein Konzept vorlegt? Oder wäre es nicht besser, wenn er sich möglichst schnell auf den Weg machen würde, um mit seinen Kollegen auf Bundesebene eine vernünftige Lösung für die Erschließung Niedersachsens zu erzielen?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Dr. Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Rolfes, ich sage es noch einmal: Das ist kein Thema Niedersachsens, sondern dieses Thema ist von bundesweiter Bedeutung. Es geht hier um Überlegungen der Deutschen Bahn AG für den InterRegio-Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb habe ich mit meinen Länderkollegen verabredet, auf der nächsten Verkehrsministerkonferenz intensiv darüber zu reden.

Im Übrigen sage ich hier noch einmal - Herr Schirmbeck hat es eben schon behauptet und Sie auch -: Es gibt noch keine Beschlüsse der Bahn AG zur Einstellung des InterRegio-Verkehrs. Dies ist noch nicht geschehen. Vielmehr wird vor dem Hintergrund der unsicheren finanziellen Zukunft der Bahn AG überlegt, wie der Fernverkehr in Zukunft gestaltet werden soll. Es liegen bislang aber noch keine Konzeptionen vor. Deshalb wollen wir bei der nächsten Konferenz - ich habe dies selbst angemeldet - vor allem mit dem Bundesverkehrsminister Klarheit darüber schaffen, welche finanziellen Rahmenbedingungen der Bahn in Zukunft zur Verfügung gestellt werden sollen, damit in den Ländern - also auch in Niedersachsen - ein anständiger Fernverkehr gewährleistet werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Hagenah! - Dann Frau Steiner.

Hagenah (GRÜNE):

Herr Minister, können Sie entgegen Ihren bisherigen Aussagen bestätigen, dass andere Länder bereits über eine Mitfinanzierung des InterRegio-Verkehrs mit der Bahn verhandeln?

(Biel [SPD]: Wenn das so wäre, wäre das ja Quatsch!)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Es gibt offenbar in einigen Ländern solche Überlegungen. Ich kann aber nur davor warnen, in eine Verantwortung einzutreten, die nach dem Grundgesetz eindeutig festgelegt ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hagenah, wo waren Sie eigentlich gestern, als über den Haushaltsplan debattiert worden ist? Wir können doch eine im Grundgesetz eindeutig festgelegte Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern für den Nah- und Fernverkehr nicht einfach durch solche Überlegungen aushebeln. Wir müssen zwar darüber reden, weil wir uns natürlich auch für den Fernverkehr verantwortlich fühlen, aber er liegt nicht in unserer Zuständigkeit. Der Sinn der Verkehrsministerkonferenz liegt deshalb auch darin, sich darüber auszutauschen. Inzwischen haben alle Länder erklärt, dass sie den Bund ordentlich in die Pflicht nehmen werden.

(Beifall bei der SPD - Schurreit [SPD]: So ist es !)

Präsident Wernstedt:

Frau Steiner! - Danach Herr Ontijd.

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Minister, angesichts der positiven Auswirkungen der Entstehung einer privaten oder halbprivaten Konkurrenz für die Bahn, die teilweise schon festgestellt werden können, frage ich Sie: Ist die Landesregierung bereit, bzw. fasst sie es ins Auge, eine Machbarkeitsstudie zur Entwicklung einer eigenen InterRegio-Gesellschaft in Angriff zu nehmen?

Präsident Wernstedt:

Herr Dr. Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Steiner, ich habe bereits bei der Beantwortung der dritten Frage deutlich gemacht, dass wir gerne in solche Überlegungen eintreten werden. Wir haben auch Überlegungen in der Hinterhand, wie wir das machen wollen, wenn die Finanzierung einer solchen landeseigenen Gesellschaft geklärt ist. Wir sind also durchaus daran interessiert, diese

Aufgabe zu übernehmen, wenn der Bund sie nicht mehr wahrnehmen will und uns die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt. Ich meine auch, dass wir das können. Von daher will ich diese Lösung nicht ausschließen - sie wird auch Gegenstand der Gespräche sein -, aber es muss geklärt werden, wer sie bezahlt. Wir können und dürfen nicht dafür zahlen. Der Bund müsste deshalb bereit sein, uns die entsprechenden finanziellen Mittel zu übertragen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Ontijd! - Danach Herr Wenzel.

Ontijd (CDU):

Herr Minister, ist es angesichts der Tatsache, dass sich Niedersachsen selbst als Tourismusland Nummer eins in der Bundesrepublik apostrophiert, nicht geradezu Ihre Pflicht, die Zuständigkeit an sich zu reißen, auch angesichts der Tatsache, dass z. B. die Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg zumindest in Konturen ein Konzept vorgelegt hat, dessen Sie sich bedienen können, um zu einem Vorschlag zu kommen und mit Herrn Mehdorn darüber zu reden, ohne sich von ihm sagen lassen zu müssen, was er will?

(Schurreit [SPD]: Welche Vorstellung für einen Landtagsabgeordneten!)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich kenne die Vorstellungen der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, Herr Ontijd. Es ist auch interessant, was dort entwickelt worden ist. Ich sage es aber noch einmal: In einer Situation, in der es darum geht, wer für die Zukunft des Fernverkehrs zuständig ist, mache ich doch nicht dem, der nach dem Grundgesetz eigentlich zuständig ist, Angebote und schlage vor, ihm die Aufgabe wegzunehmen, ohne dass sichergestellt ist, dass ich dafür die entsprechenden Mittel bekomme.

Ich habe bereits deutlich gemacht, dass wir mit der Deutschen Bahn AG bzw. mit Herrn Mehdorn darüber verhandelt haben, wie er als Ersatz der zur

Streichung vorgesehenen InterRegios Tourismusfernverbindungen einrichtet, die flexibel auf die saisonalen Anforderungen reagieren. Bisher ist es so - das ist uns zumindest vonseiten der Bahn gesagt worden -, dass die InterRegios, die an die Küste fahren, völlig unterausgelastet und nicht wirtschaftlich sind. Das gilt zwar möglicherweise auf den Durchschnitt bezogen, ich meine aber, dass diese Züge bei einer stärkeren und flexibleren Ausrichtung auf den Tourismusbedarf - z. B. in der Saison oder an den Wochenenden - wirtschaftlich betrieben werden können. Das ist meine These. Darüber haben wir mit Herrn Mehdorn gesprochen. Er hat den Auftrag angenommen. Die Deutsche Bahn AG prüft zurzeit, wie die Tourismusregionen in Niedersachsen durch ein eigenständiges Tourismus-Fernverkehrskonzept besser bedient werden können. Wie ich bereits erwähnt habe, warten wir derzeit auf das Ergebnis.

Für den Fall, dass der Bund und die Bahn bereit sein sollten, Zuständigkeiten im Fernverkehr abzugeben und damit auch finanzielle Mittel zu überstellen, bin ich gern bereit - wir haben auch bereits entsprechende Überlegungen angestellt -, dass wir uns in diese Verantwortung begeben. Voraussetzung ist aber, dass die finanziellen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten geklärt werden.

Präsident Wernstedt:

Herr Wenzel! - Danach folgt Herr Schirmbeck mit seiner zweiten Zusatzfrage.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Minister Dr. Fischer, zu Frage 2 haben Sie geantwortet: Möglichkeiten hat die Landesregierung nicht. Ich frage Sie: Welchen Beschlussvorschlag wollen Sie Ihrerseits der Verkehrsministerkonferenz unterbreiten, um zu einer eindeutigen Übernahme der Verantwortung - auch der finanziellen Verantwortung - des Bundes zu kommen?

(Schurreit [SPD]: Es sind doch Verhandlungen, die dort geführt werden! Da kannst du doch nicht mit einem Papier hingehen!)

Präsident Wernstedt:

Herr Dr. Fischer, Ihre Vorschläge bitte!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Wenzel, hierauf gibt es eine ganz klare Antwort: Wir wollen, dass der Fernverkehr nicht nur erhalten bleibt, sondern verbessert wird. Deshalb werden wir an den Bund die Frage stellen, ob er weiter in der Verantwortung für den Fernverkehr bleiben wird. In diesem Fall müssen wir sagen, dass er mehr Geld dafür ausgeben muss, damit das Fernverkehrsnetz nicht schrumpft, wie es wohl in manchen Köpfen bei der Bahn angedacht wird. Oder aber er überträgt die Zuständigkeit an die Länder, denen dann aber die entsprechenden Mittel übertragen werden müssten. Dazu müsste der Bund dann auch bereit sein.

Präsident Wernstedt:

Herr Schirmbeck, Ihre zweite Zusatzfrage. - Dann Herrn Möllring.

Schirmbeck (CDU):

Herr Minister, hochrangige Bahnvertreter haben im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr gesagt, dass es das Produkt InterRegio mit Fahrplanwechsel 2003/2004 nicht mehr geben wird. Was unternehmen Sie, um zukünftig im Bereich Weser-Ems überhaupt noch Fernverkehr über die Verbindung Osnabrück - Hannover bzw. Oldenburg - Bremen hinaus aufrechtzuerhalten, oder soll es überhaupt keinen Bahnverkehr mehr im Bereich Weser-Ems geben?

Präsident Wernstedt:

Noch einmal, Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Schirmbeck, Ihre Feststellung wird auch nicht dadurch wahrer, dass Sie die Behauptung erneut aufstellen.

(Schirmbeck [CDU]: Das können Sie im Protokoll nachlesen! Schauen Sie ins Protokoll!)

- Nein, es ist nicht die Absicht der Bahn, dies zu tun, sondern es sind Überlegungen. Es wird also darüber diskutiert.

(Schirmbeck [CDU]: Das steht im Protokoll anders!)

- Entschuldigen Sie bitte, ich kann Ihnen nur sagen, was ich auch aus den Gesprächen mit der Bahn weiß. Sie stellen etwas als Tatsache hin, das noch gar nicht beschlossen ist. Man muss auch einmal sagen dürfen, dass das nicht korrekt ist.

Für den Fall, dass es so kommen sollte, wie Sie es sagen, habe ich schon mehrfach deutlich gemacht, welche Alternativen es gibt. Wir werden den Bund an seine Verantwortung erinnern. Wenn er nicht bereit ist, diese Verantwortung auch für den Nordwesten Niedersachsens - ich sage es aber noch einmal: es ist kein niedersächsisches Problem - zu übernehmen, dann übernehmen wir sie gerne. Wir müssten dann aber auch beim Bund die Mittel dafür einklagen.

Präsident Wernstedt:

Herr Möllring! - Danach Frau Rühl.

Möllring (CDU):

Herr Minister Fischer, nachdem Sie vorhin gesagt haben, dass im Wesentlichen Berlin oder die Deutsche Bahn AG entscheidet, und Sie eben erklärt haben, der Nordwesten Niedersachsens sei kein niedersächsisches Problem, frage ich Sie: Wer vertritt eigentlich die Interessen Niedersachsens im Aufsichtsrat der Bahn AG?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Dr. Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Möllring, wir kennen Ihre Art, zu argumentieren. Das regt uns auch nicht weiter auf.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist doch keine Antwort auf eine Frage! Ein stiller Umgang im Parlament! Vielleicht äußern Sie sich noch zur Kabinettsumbildung!)

- Herr Wulff, entschuldigen Sie bitte. Ich kann die Fragen so lange beantworten, wie ich will. Das müssen Sie erdulden.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Dann kann ich ja zur Kabinettsumbildung fragen!)

- Sie sollten nicht so ungeduldig sein.

Das Thema Fernverkehr ist kein Thema Niedersachsens, Herr Möllring. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von Möllring [CDU])

Ich habe bereits deutlich gesagt, dass Niedersachsen von der gesamten Streich-Thematik sogar unterdurchschnittlich betroffen ist.

Im Übrigen sind wir zurzeit mit dem Bund im Gespräch darüber, was passiert und was er in Niedersachsen macht. Sie wissen auch, dass diese Gespräche stattfinden. Wir haben mit dem Vorstand der Bahn eine Arbeitsgruppe gebildet, in der z. B. auch das Thema Tourismusverkehr erörtert wird.

(Wulf (Osnabrück) [CDU]: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ' ich einen Arbeitskreis!)

Speziell zu Ihrer Frage, Herr Möllring: Vielleicht wissen Sie nicht, dass die Deutsche Bahn AG eine hundertprozentige Tochter des Bundes ist und das Land keine Kapitalanteile hat.

(Möllring [CDU]: Wer vertritt da unsere Interessen?)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister, die Frage war: Wer vertritt das Land Niedersachsen im Aufsichtsrat der Bahn? Eigentlich ging es nur darum. Sie können ruhig Namen nennen.

(Möllring [CDU]: Er kennt die Namen nicht!)

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Wir sind nicht Anteilseigner der Bahn. Kein Land ist im Aufsichtsrat der Bahn vertreten. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Eveslage [CDU]: Wer ist denn aus Niedersachsen da drin?)

Präsident Wernstedt:

Er hat gesagt, dass das Land Niedersachsen nicht vertreten ist.

Nach Herrn Möllring kommt Frau Rühl, und dann kommt Herr Golibrzuch.

(Möllring [CDU]: Herr Frenzel von der Preussag sitzt da drin! - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Vielleicht sollte man die Kabinettsumbildung schon auf heute vorziehen!)

Frau Rühl (CDU):

Wir möchten gerne einen Namen hören, Herr Minister. Können Sie uns den nennen?

(Möhrmann [SPD]: Namen sind Schall und Rauch!)

Präsident Wernstedt:

Bitte sehr, Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich kann hier nur wiederholen: Das Land Niedersachsen ist nicht im Aufsichtsrat der Bahn AG vertreten, ebenso wie kein anderes Bundesland dort vertreten ist.

(Beifall bei der SPD - Schirmbeck [CDU]: Welcher Niedersachse ist denn da vertreten? Das wollen wir doch einmal wissen!)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob es rechtlich möglich ist, das zu nennen. Wenn der Minister sagt, dass er das nicht kann, dann kann ich dazu nichts weiter sagen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wenn man nicht kann, dann kann man eben nicht!)

Herr Golibrzuch! - Dann Herr Coenen!

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident, wir sehen das gelassen. Vielleicht bekommen wir die Antwort ja von Frau Knorre.

Angesichts des schrittweisen Rückzugs der DB AG aus der Fläche möchte ich von Ihnen, Herr Minister, gerne wissen, in welchem Umfang Sie planen, Nahverkehrsbetrieb auf niedersächsischen Schienenstrecken auf dem Wege der freihändigen Ver-

gabe oder der Ausschreibung auch in Zukunft in größerem Umfang für private Konkurrenten der Deutschen Bahn AG zu ermöglichen.

Präsident Wernstedt:

Herr Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Die Frage der Vergabe von Strecken im Wettbewerb ist sicherlich interessant, um den Wettbewerb und die Qualität zu verbessern. Wir haben, wie Sie wissen, bereits eine große Vergabe nicht an die Deutsche Bahn AG vorgenommen. Das Unternehmen nimmt am 5. November seinen Betrieb im Nordwesten auf. Wir versprechen uns davon insgesamt Verbesserungen. Wir beabsichtigen, weitere Strecken - wahrscheinlich eine noch in diesem Jahr; das ist aber noch nicht endgültig entschieden - zu vergeben.

Präsident Wernstedt:

Herr Coenen! - Darauf Herr Dinkla.

Coenen (CDU):

Herr Minister, ich frage Sie: Stehen für die Streckenabschnitte Osnabrück - Oldenburg und Oldenburg - Wilhelmshaven die Mittel, die veranschlagt worden sind, in vollem Umfang zur Verfügung, und wann werden die Arbeiten auf diesen Streckenabschnitten abgeschlossen?

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich kann den ersten Teil dieser Frage mit Ja beantworten. Was den zweiten Teil Ihrer Frage betrifft, so kann ich Ihnen mitteilen, dass die Arbeiten pünktlich bis zum 5. November abgeschlossen sein werden.

Präsident Wernstedt:

Herr Dinkla! - Dann Frau Steiner zur zweiten Frage.

Dinkla (CDU):

Herr Minister Fischer, Sie haben über Jahre hinweg die Bahn als fairen Partner bezeichnet. Vor dem Hintergrund dieser Feststellung frage ich Sie:

Erstens. Wie bewerten Sie denn die Auskunftsverweigerung der Deutschen Bahn AG über Langsamfahrstrecken in Niedersachsen? Die Bahn hat Angaben dazu als interne Daten bezeichnet.

Zweitens. Wie bewerten Sie die Ergebnisse des Gespräches, das der Ministerpräsident am 8. Mai mit Herrn Mehdorn geführt hat und in dessen Folge es große Presseerklärungen über hervorragende Ergebnisse gegeben hat?

(Schurreit [SPD]: Sehr erfolgreich!
Hervorragende Ergebnisse!)

Wie bewerten Sie den weiteren Gesprächsverlauf im Juli mit dem Ergebnis, dass entweder der Ministerpräsident in seiner Presseerklärung die Unwahrheit gesagt hat oder Herr Mehdorn knallhart feste Vereinbarungen gebrochen hat?

(Beifall bei der CDU - Frau Körtner
[CDU]: Das ist aber eine gute Frage!)

Präsident Wernstedt:

Das waren zwei Fragen. - Herr Dr. Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Zunächst kann ich Ihrer Eingangsfeststellung, dass ich die Bahn immer als besonders fairen Partner gelobt habe, nicht ganz folgen. Sie werden vielleicht meine Presseäußerungen der letzten Monate gelesen haben. Darin habe ich eine deutliche Distanz zum Verhalten der Bahn entwickelt. Mit dieser kritischen Einstellung sind wir auch in die Gespräche mit dem Vorstand der Bahn gegangen, die inzwischen stattgefunden haben. Ich habe vorhin erwähnt, dass wir eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben. Wir sind mit den Gesprächen bisher insofern nicht zufrieden, als wir unsere Maximalvorstellungen nicht erreicht haben. Wir sind aber insofern dennoch zufrieden, als einige Planungen der Bahn über Kürzungen im InterRegio-Bereich bereits in diesem Jahr um ein Jahr verschoben worden sind. Dies ist auch der Öffentlichkeit mitgeteilt worden.

In einem Punkt haben Sie Recht. Dies habe ich schon schriftlich mitgeteilt. Es hat einen Über-

mittlungsfehler gegeben, der allerdings korrigiert worden ist. Ich bitte, dies nachzusehen. Ansonsten sind die Gesprächsergebnisse aber alle korrekt übermittelt worden.

(Dinkla [CDU]: Zu den Langsamfahrstrecken habe ich keine Antwort bekommen - Möllring [CDU]: Das kann er ja auch nicht! - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Hilflös und zu früh!)

Präsident Wernstedt:

Frau Steiner! - Danach Herr Schröder!

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Minister, obwohl die Bahn natürlich behauptet, am Markt zu agieren, wissen wir alle, dass sie sich häufig noch wie ein Monopolunternehmen gebärdet. Angesichts dessen frage ich Sie, ob Ihnen bekannt ist, wann die geplante Regulierungsbehörde zur Vermeidung von Monopolmissbrauch ihre Arbeit aufnehmen wird.

(Wulff (Osnabrück) [CDU] - zu Frau Steiner [GRÜNE] -: Sie dürfen jetzt nur noch Fragen stellen, die beantwortet werden können!)

Präsident Wernstedt:

Bitte sehr, Herr Dr. Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich bin zunächst Herrn Dinkla noch eine Antwort schuldig, die ich übersehen habe. Ich wurde gefragt, wie ich es finde, dass wir von der Bahn keine Auskunft zu den Langsamfahrstrecken bekommen. Ich finde das nicht gut, und ich kritisiere das sehr; ich habe das auch öffentlich kritisiert. Ich halte das für keinen guten Stil. Unter Partnern jedenfalls sollte man anders miteinander umgehen.

(Beifall bei der SPD - Dinkla [CDU]:
Aber Sie akzeptieren es ja!)

- Nein, wir akzeptieren das nicht. Wir haben dieses Verhalten kritisiert. Aber wir können die Bahn ja nicht zwingen, etwas zu machen, was sie nicht tun will.

Nun wende ich mich der Beantwortung der Frage von Frau Steiner zu. Der Bund bringt zurzeit einen

Gesetzentwurf für die Errichtung einer Regulierungsbehörde auf den Weg. Wann dieser Gesetzentwurf verabschiedet werden kann, lässt sich im Moment noch nicht sagen.

Präsident Wernstedt:

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Schröder. - Dann Herr Althusmann.

Schröder (GRÜNE):

Herr Minister, nachdem der Ministerpräsident nach seinem Gespräch mit Herrn Mehdorn am 8. Mai mit entsprechenden Erfolgsmeldungen vor die Presse getreten ist - gesichert seien Oldenburg - Wilhelmshaven und Cuxhaven - Bremerhaven -, will ich noch einmal nachfragen, was in dem Gespräch zwischen Herrn Gabriel und Herrn Mehdorn zum Erhalt der nordwestdeutschen InterRegio-Verbindung konkret vereinbart worden ist und wer von den beiden hier wortbrüchig geworden ist.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Und was hat Herr Tacke dazu gesagt?)

Präsident Wernstedt:

Noch einmal, Herr Dr. Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Verabredet worden ist, dass die InterRegios, die Sie, Herr Schröder, angesprochen haben, bis Mitte 2001, also bis Juni 2001, erhalten bleiben sollen. Das ist verabredet worden, und daran hält sich die Bahn auch.

Präsident Wernstedt:

Herr Althusmann! - Dann Herr Wenzel mit seiner zweiten Frage.

Althusmann (CDU):

Herr Minister, angesichts der gestrigen Haushaltsverhandlungen auf Bundesebene wäre eigentlich zu fragen, ob es für einen Verkehrsminister des Landes Niedersachsen nicht ein Armutszeugnis ist, wenn er nichts, aber auch gar nichts über die Kürzungen sagen kann, die auf Bundeseite vorgenommen werden, während gleichzeitig die Verkehrsausgaben im Bundeshaushalt von 1998 bis heute von 12 % auf 9 % gesunken sind.

Vor dem Hintergrund der Aussage des Ministerpräsidenten Gabriel am 29. Juli in der „HAZ“, dass nach Absprache mit Herrn Mehdorn in Niedersachsen Sanierung vor Neubau komme, frage ich Sie: Wie steht die Landesregierung eigentlich heute zu dem Großprojekt Y-Trasse, wie steht sie zum Neubau des dritten Gleises von Hamburg bis Hannover, und wie werden Sie sich für die ICE-Verbindung Hamburg - Uelzen - Berlin einsetzen?

(Schurreit [SPD]: Und wo bleibt die Frage? Der Präsident ist heute Morgen sehr gnädig!)

Präsident Wernstedt:

Das war eine differenzierte Frage, Herr Schurreit. - Herr Minister, bitte sehr!

(Schirmbeck [CDU]: Dazu kann Herr Fischer nichts sagen! Das muss Herr Klimmt beantworten!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Sie haben in der Tat eine ganze Menge in diese Frage hineingepackt. Wir sind der Auffassung und ich bin der Auffassung, dass die Mittel, die der Bund für die Bahn bereitstellt, zu gering sind. Wenn der Bund seiner gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung bei der Bahn gerecht werden will, muss er die Mittel für die Bahn erhöhen. Deshalb begrüße ich auch, dass jetzt überlegt wird - dies ist schon verlautbart worden -, dass aus den Zinsersparnissen infolge der Einnahmen aus der UMTS-Versteigerung ein erheblicher Teil für Investitionsmittel im Bereich der Bahn zur Verfügung gestellt werden soll. Dieses Vorhaben ist zu begrüßen. Ich finde, dass davon auch eine Reihe von Nachholvorhaben der Bahn für Niedersachsen profitieren können.

Ihre Frage nach der Y-Trasse kann ich nicht beantworten, weil dies ausschließlich Sache des Bundes ist. Sie wissen, dass der Bund zurzeit dabei ist, einen neuen integrierten Bundesverkehrswegeplan auf den Weg zu bringen. Dieses Vorhaben ist Bestandteil dieses Bundesverkehrswegeplanes. Das hat der Bund bestätigt. Wir müssen also abwarten, wie der Bund dieses Vorhaben in einem neuen Bundesverkehrswegeplan bewertet.

Präsident Wernstedt:

Herr Wenzel, zweite Zusatzfrage! - Danach Herr Eveslage.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Minister Fischer, nach verschiedenen Schätzungen liegt das bundesweite Defizit des InterRegios tarifbereinigt bei etwa 200 Millionen DM jährlich. Frage: Wie hoch wäre das Defizit oder - besser gefragt - wie hoch wäre der Gewinn des Gesamtsystems InterRegio, wenn man die Trassenpreise auf das absolut niedrige Niveau einer Lkw-Vignette reduzieren würde?

Präsident Wernstedt:

Geht das ohne Taschenrechner, Herr Minister?

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ihr Vertrauen in meine Rechenkünste ehrt mich. Aber das ist insofern schwierig, als es hier viele Unbekannte gibt, mit denen man diese Rechnung aufstellen müsste. Der Betrag von 200 Millionen DM, den Sie angeben, wird von anderen nicht so gesehen. Die Schätzungen gehen da weit höher. Insofern würden sich dann, auch wenn man so eine Umrechnung machen würde, andere Ergebnisse zeigen, als wenn man Ihre Zahlen zugrunde legt. Das ist eine Rechenoperation, die nur hypothetischen Wert hat.

Präsident Wernstedt:

Herr Eveslage! - Dann Herr Rolfes zur zweiten Frage.

Eveslage (CDU):

Herr Präsident, da ich gar nicht glauben mag, dass der Verkehrsminister des Landes Niedersachsen nicht mehr über niedersächsische Präsenz im Aufsichtsrat der Bahn AG weiß, als er hier zum Ausdruck gebracht hat, frage ich die Landesregierung: Erstens. Ist ihr bekannt, welche Persönlichkeiten aus Niedersachsen - aus Niedersachsen, nicht unbedingt für Niedersachsen - im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG vertreten sind? Zweitens. Um welche Persönlichkeiten handelt es sich?

(Zuruf von der SPD: O Gott, das ist wichtig für den Wahlkampf in Cloppenburg!)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich kann Ihnen hier als Minister nur sagen, wer sozusagen von Amts wegen aus Niedersachsen da ist. Da habe ich Ihnen vorhin schon erzählt: Da wir keine Aktien bei der Deutschen Bahn AG haben und kein anderes Land auch,

(Schirmbeck [CDU]: Sollte man die denn kaufen?)

haben wir als Niedersachsen und auch alle anderen Länder keinen Vertreter im Aufsichtsrat der Bahn. Ob niedersächsische Bürger im Aufsichtsrat sind, kann ich Ihnen hier nicht sagen. Da gibt es sicherlich welche.

(Schirmbeck [CDU]: Das wissen Sie gar nicht? - Eveslage [CDU]: Das ist aber ein schwaches Bild für einen Verkehrsminister! - Schirmbeck [CDU]: Der Verkehrsminister kennt nicht den Aufsichtsrat der Bahn AG!)

Präsident Wernstedt:

Die Antwort ist erteilt. Dann kommt Herr Rolfes zur zweiten Frage! - Danach Herr Klare.

Rolfes (CDU):

Herr Minister, nur eine Eingangsbemerkung. Wenn Sie die Interessen Niedersachsens vertreten, können Sie auch auf Persönlichkeiten Niedersachsens zurückgreifen, um dann entsprechend die Interessenvertretung dort wahrzunehmen?

(Zurufe von der SPD: Frage!)

Den Namen könnten wir doch nennen. Das wäre doch eine Möglichkeit. Vielleicht machen Sie es gleich.

Die zweite Frage, die ich nach der Geschäftsordnung stellen darf, bezieht sich auf Folgendes: Was gedenkt der zuständige Minister für ein Konzept einzubringen, wenn es um die Gespräche mit der Bahn AG zum zukünftigen Konzept und zu der Teilung der Kosten des Bundes mit der Bahn AG geht? Wenn es nicht so bleibt, wie es ist, wird man ja mit den Regionen absprechen müssen, wie denn konzeptionell eine entsprechende Erschließung

möglich ist. Das kann man doch nicht tun, wenn die Schienenstrecken stillgelegt sind.

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Rolfes, die Fragen sind deutlich. Sie müssen sie nicht hinterher noch kommentieren.

(Zuruf von der CDU: Noch gibt es keine Kopfnoten!)

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Wenn wir mit der Bahn reden, reden wir mit dem Vorstand der Bahn und nicht mit dem Aufsichtsrat. So ist das. Zu Ihrer Frage habe ich schon mehrfach hier erwähnt: Wir haben natürlich ein Konzept dafür, was wir dann machen wollen. Aber wir können ein solches Konzept natürlich erst umsetzen, wenn entschieden ist, was die Bahn vorhat. Vorher werde ich das doch nicht tun, Herr Rolfes. Oder sind Sie so naiv zu glauben, dass sich die Bahn AG gerne darauf ausruht, wenn wir ein Konzept vorlegen und ihr die Kosten wegnehmen? Das können Sie doch wohl nicht erwarten.

Wir erwarten von der Bahn zunächst einmal, dass sie ihre Aufgaben ordentlich wahrnimmt. Das tut sie zurzeit nicht; und das klagen auf Bundesebene zurzeit alle Länder bei ihr ein. Wenn sie sich nicht zu Ihrer Verantwortung bekennt, dann müssen wir sehen, wie wir auf eigene Faust etwas tun. Ich habe schon gesagt, dass wir dazu bereit sind, dass wir das auch können, dass wir dazu auch Überlegungen haben. Voraussetzung ist natürlich, dass wir dann sozusagen eine Reform der Bahnreform machen müssen, nämlich was die Verteilung der Finanzmittel betrifft.

Präsident Wernstedt:

Jetzt ist Herr Klare dran. - Danach kommt Herr Schröder zu seiner zweiten Zusatzfrage.

Klare (CDU):

Herr Präsident, ich habe nur eine regionalbezogene Frage. Herr Minister, Sie haben vorhin erwähnt, dass in Diepholz ein zusätzlicher InterCity-Halt als Kompensation für den Wegfall der InterRegio-Züge geplant ist. Vor dem Hintergrund, dass in dieser Region 350.000 Menschen bahnmäßig nach Diepholz orientiert sind, frage ich: Werden Sie sich

dafür einsetzen, dass der Intercity auch jede Stunde halten kann?

(Beckmann [SPD]: Warum nicht alle halbe Stunde?)

Es kann dort keine Verspätungen geben, weil schon heute bei den Fahrplänen Pufferzeiten eingeplant sind.

(Zurufe)

Präsident Wernstedt:

Die Frage war in Ordnung. - Herr Fischer!

(Adam [SPD]: Die Frage: Wie heißt der Lokführer?)

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich bin gern bereit, die Region dort mit in die Diskussion einzubringen, mache mir aber angesichts der erkennbaren Haltung der Bahn AG wenig Hoffnung, dass diese Forderung auf Gegenliebe stößt. Immerhin finde ich schon wichtig, dass wir für die Streichung dieser InterRegio-Züge den zusätzlichen Tagesrandhalt in Diepholz bekommen werden.

(Schirmbeck [CDU]: Dafür fährt er dann in Osnabrück durch!)

Ich würde mich natürlich mit Ihnen gemeinsam darüber freuen, wenn noch mehr solcher Halte stattfinden könnten.

Präsident Wernstedt:

Herr Schröder! - Dann Herr Möllring zur zweiten Frage.

Schröder (GRÜNE):

Herr Minister, leider muss ich nochmals nach dem Gesprächsergebnis vom 8. Mai fragen: Der Ministerpräsident hat in seiner Presseerklärung vom gleichen Tage als Erfolgsmeldung u. a. Folgendes verbreiten lassen:

"Konkret wurde Folgendes vereinbart ...

6. Die InterRegio-Verbindung zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven wird auch über den Fahrplanwechsel

im Mai 2001 hinaus erhalten. Das gilt auch für die Verbindung Cuxhaven - Bremerhaven."

Jetzt frage ich, ob die Bahn von dieser ja angeblich getroffenen konkreten Vereinbarung über den Erhalt dieser beiden Züge auch über den Sommer des kommenden Jahres hinaus abgerückt ist?

(Schirmbeck [CDU]: Ob sie überhaupt etwas davon weiß?)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Schröder, ich habe eben auf Ihre erste Frage hin schon gesagt, dass wir mit der Bahn vereinbart hatten, dass die entsprechenden Verbindungen bis 2001 erhalten bleiben sollen. Das ist vereinbart gewesen. Die Übermittlung in dieser Presseerklärung war fehlerhaft. Dies ist aber auch inzwischen mehrfach an geeigneter Stelle korrigiert worden.

Präsident Wernstedt:

Herr Möllring! - Dann Herr Wulff.

Möllring (CDU):

Herr Minister, Sie haben hier mehrfach erklärt, dass der Bund nicht genügend Mittel für die Bahn zur Verfügung stellt oder zur Verfügung stellen kann. Ich frage Sie: Wie viel Geldmittel entzieht denn der Bund der Bahn in Niedersachsen durch jede Stufe der Ökosteuer?

(Lachen bei der SPD - Schurreit [SPD]: Er lässt aber doch nichts aus!)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

„Er lässt aber doch nichts aus“, so wurde hier gesagt. - Ich kann da keinen Zusammenhang sehen.

Präsident Wernstedt:

Herr Wulff!

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich möchte zwei Fragen stellen.

Erstens. Haben Sie sich bei den im Zuwachs des Schienenpersonenverkehrs erfolgreichen Ländern einmal nach den Ursachen für Ihre Erfolge erkundigt, beispielsweise in Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg? Auf diese Länder haben wir Sie seit langem immer wieder hingewiesen.

Die zweite Frage: Sind Sie bereit, in dieser prinzipiellen Frage, die hier Unmut auslöst, einen Strategiewechsel zu vollziehen, nämlich Ihre Strategie, dass für den Fernverkehr der Bund allein zuständig sei und für den Nahverkehr das Land, über den Haufen zu werfen und so wie Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Rheinland-Pfalz, Berlin und andere Fern- und Nahverkehr miteinander zu vernetzen und für die Auftragsvergabe im Nahverkehr ein bestimmtes Qualitätsniveau im Fernverkehr zur Grundlage und zur Voraussetzung zu machen?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Wulff, erstens brauchen wir uns nicht bei anderen Ländern zu erkundigen; denn wir sind sehr erfolgreich.

(Lachen bei der CDU)

Wir haben im vergangenen Jahr mit die höchsten Zuwächse im Schienenpersonennahverkehr gehabt.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt also überhaupt keinen Grund, neidisch auf andere Länder zu blicken.

Zweitens. Ich habe hier heute schon mehrfach Folgendes deutlich gemacht - wie übrigens auch schon früher an anderer Stelle -: Wenn sich der Bund dieser Aufgabe Fernverkehr entledigen will,

dann sind wir gern bereit, einzusteigen und auch Verantwortung zu übernehmen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Eine ganz neue Strategie! - Gegenruf von Schurreit [SPD]: Natürlich! Wenn das Geld dafür gegeben wird! Das ist doch klar! Das hat er schon dreimal erklärt!)

- Nein. Aber was bleibt uns denn anderes übrig?
- Es muss ja Fernverkehr stattfinden. - Ich sage hier nochmals: Bestandteil der Bahnstrukturreform war auch eine Neuverteilung der Mittel für den Bahnverkehr zwischen Bund und Ländern. Wir haben damals den Nahverkehr übernommen, haben dafür entsprechende Mittel bekommen. Wenn wir auch Verantwortung für den Fernverkehr übernehmen sollen, dann - da sind sich alle Länder einig; ich sage es noch einmal: das ist kein niedersächsisches Problem - wollen wir auch entsprechende Mittel vom Bund bekommen.

(Schurreit [SPD]: Das kann doch gar nicht anders gehen!)

Präsident Wernstedt:

Frau Ortgies! - Zur zweiten Frage dann Frau Rühl.

Frau Ortgies (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben zu Beginn Ihrer Ausführungen gesagt, die InterRegio-Strecke nach Wilhelmshaven werde ab Mai 2001 gestrichen. Sie sind ja nun zugleich auch für den Tourismus im Land Niedersachsen zuständig. Sie wissen, dass die Küste sehr vom Tourismus abhängig ist. Ich frage Sie: Wie können Sie es als Minister verantworten, dem zuzustimmen bzw. nicht vehement einzugreifen mit dem Ziel, dass der Gast weiterhin an die Küste kommen kann, ohne fünfmal umsteigen zu müssen?

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! - Biel [SPD]: Mit dem Fahrrad hinfahren!)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Ortgies, Sie stellen die Dinge hier wieder auf den Kopf. Wenn Sie mir unterstellen, ich hätte dem zugestimmt, dann ist das blanker Unsinn. Ich habe mehrfach gesagt, dass ich das kritisiere, was die Bahn da an Einschnitten vornimmt.

(Frau Ortgies [CDU]: Aber was wollen Sie dagegen unternehmen?
- Möllring [CDU]: Was tun Sie dagegen?)

Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis.

Ich habe außerdem gesagt, dass wir in den Gesprächen mit dem Vorstand der Deutschen Bahn AG speziell das Tourismusthema angesprochen haben und die Bahn darauf hingewiesen haben, dass man sich dann, wenn man ein ordentliches Unternehmen sein will, darüber Gedanken machen muss und auch flexibel auf bestimmte Kundenanforderungen reagieren muss. Der Tourismusverkehr ist ein solches Thema, das aus unserer Sicht ganz wichtig ist. Ich wiederhole hier noch einmal - ich glaube, ich sage es jetzt zum dritten Mal -, dass die Bahn zugesagt hat, ein solches speziell auf die Bedürfnisse des Tourismus an unserer Küste ausgerichtetes Konzept für den Fernverkehr zu entwickeln. Wir warten jetzt darauf.

Präsident Wernstedt:

Frau Rühl zur zweiten Frage! - Dann Herr Fischer.

(Beckmann [SPD]: Eine Frage zur Moorbahn!)

Frau Rühl (CDU):

Herr Minister, ich frage Sie: Welche Mittel hat die SPD-Landtagsabgeordnete Edda Goede gemeint, als sie in der „Nordseezeitung“ vom 11. Juli die Aussage gemacht hat: „Wir müssen uns mit allen Mitteln dagegen wehren, dass die Bahn AG zum Fahrplanwechsel 2001 die Inter-Regio-Linie ins Nordseebad Cuxhaven einstellt“?

(Beckmann [SPD]: Warum fragen Sie nicht die Abgeordnete?)

Präsident Wernstedt:

Herr Dr. Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Rühl, ich schlage vor, dass Sie sie einmal selbst fragen.

(Zustimmung bei der SPD
- Beckmann [SPD]: Genau!)

Präsident Wernstedt:

Herr Fischer!

Fischer (CDU):

Herr Minister, haben Sie nach der Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage den Eindruck, dass Sie beim Parlament den Eindruck erwecken, dieses Konzept, das Sie nicht haben, müsse auch wieder auf dem PC des Ministerpräsidenten erstellt werden?

(Zustimmung bei der CDU
- Beckmann [SPD]: Ihr müsst wirklich noch lange in der Opposition sein
- bei solchen Fragen!)

Präsident Wernstedt:

Herr Dr. Fischer!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Nein.

Präsident Wernstedt:

Mir liegen keine Wortmeldungen zu weiteren Zusatzfragen mehr vor. Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 9:

24. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/1835 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1853 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs 14/1854

(Unruhe)

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Donnerstag, dem 14. September 2000, zu beraten. Ich halte das Haus damit einverstanden, dass wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe dann die Eingaben aus der 24. Eingabenübersicht in der Drucksache 1835 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Wir kommen zur Beratung. - Ich stelle fest, dass keine Beratung gewünscht wird.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, muss ich die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen.

(Möllring [CDU]: Da sollten Sie vielleicht noch einmal klingeln!)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte die Plätze ein, damit wir einen Überblick darüber bekommen, ob wir beschlussfähig sind!

(Möllring [CDU]: Vielleicht sollten wir unterbrechen!)

Meine Damen und Herren, nachdem eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen den Raum betreten hat, stelle ich jetzt die Beschlussfähigkeit fest.

Ich lasse also nunmehr über die Ausschussempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 1835 abstimmen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer diesen Ausschussempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Das ist dann so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite Beratung:

Landwirtschaft in Niedersachsen erhalten - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1582 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - Drs. 14/1825

Der Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1582 wurde in der 50. Sitzung am 11. Mai 2000 zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen. Berichtersteller ist der Abgeordnete Schumacher. Bitte!

Schumacher (SPD), Berichtersteller:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt Ihnen mit der vorliegenden Drucksache 1825, den „Landwirtschaft in Niedersachsen erhalten“ überschriebenen Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen. Diese Entscheidung kam im federführenden Ausschuss nach einer relativ kurzen, kontrovers geführten Diskussion zustande, bei der sich keine Annäherung der Standpunkte der antragstellenden Fraktion auf der einen Seite und der Regierungsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der anderen Seite ergab.

Für die CDU-Fraktion führte ein Sprecher zu Beginn der Ausschussberatung aus, der Landwirtschaft seien bereits im Zusammenhang mit der Agenda 2000 und der so genannten ökologischen Steuerreform erhebliche Belastungen aufgebürdet worden. Aus der von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Einkommen- und Unternehmenssteuerreform ergäben sich für weite Teile der landwirtschaftlichen Betriebe weitere Benachteiligungen. Beispielhaft seien die eingeschränkten Möglichkeiten von Sonder- und Ansparabschreibungen zu nennen, die für eine Risikovorsorge gegen Einbußen durch Witterungseinflüsse oder ungünstige Marktbedingungen praktisch keinen Spielraum mehr ließen. Eine weitere Ungerechtigkeit liege aus Sicht seiner Fraktion darin, dass vorgesehen sei, lediglich bei Kapitalgesellschaften Veräußerungsgewinne nicht zu besteuern, wobei diese Unternehmensform in der Landwirtschaft aber praktisch nicht vorkomme. Hierin liege eine ungerechtfertigte Benachteiligung des Mittelstandes, die insbesondere auch Auswirkungen auf landwirtschaftliche Unternehmen zeige.

Ein Vertreter der SPD-Fraktion betonte, die steuerepolitischen Beschlüsse müssten in ihrer Gesamtheit gesehen werden. Die Argumentation auf einige für die Landwirtschaft negative Auswirkungen zu beschränken und die positiven Aspekte außer Betracht zu lassen, sei der Sache nicht dienlich. Dies habe schon die Diskussion um die Agenda 2000 gezeigt. Beispielhaft sei die Reduzierung der Rentenbeiträge aus dem Aufkommen der Ökosteuer zu nennen, die sowohl Entlastungen für die Unternehmer als auch für die Arbeitnehmer mit sich bringe.

Hiergegen wandte ein Vertreter der CDU-Fraktion ein, die Belastungen der Landwirtschaft durch die

Ökosteuer überstiegen wegen der geringen Anzahl versicherungspflichtiger Fremdbeschäftigter diesen Vorteil bei weitem.

(Unruhe)

Die Position der SPD-Fraktion wurde von dem Ausschussmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt. Es vertrat die Auffassung, Sonderregelungen für die Landwirtschaft würden zu Ungerechtigkeiten innerhalb des Steuerpakets führen, die wiederum in anderen Bereichen ausgeglichen werden müssten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Aus seiner Sicht sei es daher nicht sinnvoll, im Vorfeld der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss einen Antrag, wie den von der CDU-Fraktion vorgelegt, zu verabschieden.

Vor diesem Hintergrund bittet Sie der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit den Stimmen der Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Vertreter der CDU-Fraktion, den Antrag in der Drucksache 14/1582 abzulehnen. Der mitberatende Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat sich dieser Empfehlung ohne nennenswerte Aussprache mit demselben Stimmverhältnis angeschlossen. - Ich danke Ihnen.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur zweiten Beratung. Ich möchte kurz die Redezeiten mitteilen: SPD-Fraktion und CDU-Fraktion jeweils bis zu acht Minuten, Fraktion der Grünen und Landesregierung bis zu vier Minuten.

Eine Wortmeldung liegt vom Kollegen Ehlen vor.

Ehlen (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Landwirtschaft in Niedersachsen erhalten“ lautet die Überschrift dieses Antrages. Dies drückt genau das aus, was viele Landwirte in Niedersachsen im Moment an Stimmungslagen, an Befürchtungen in sich tragen. Die Steuerreform greift sehr vielen Bürgern und Unternehmern auf vielfältige Weise in die Tasche. Die rot-grüne Bundesregierung will mit dieser Steuerreform eine Umverteilung vornehmen, d. h. dem einen wird genommen, dem Anderen wird gegeben. Dabei wird allen versprochen, dass sie auch Vorteile haben werden.

(Zuruf von Inselmann [SPD])

Vorteile für die Landwirtschaft sind bei dieser Steuerreform überhaupt keine zu verzeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Im Rahmen der Ausschussberatungen mussten wir feststellen, dass eine Last auf die Landwirtschaft zukommt, und zwar bedingt durch die Steuerreform, durch die Agenda 2000 und durch einige andere Regelungen, auf die ich gleich noch eingehen werde.

Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform - das war ja der Hintergrund unseres Antrages - war geplant, Sonderabschreibungen und Ansparabschreibungen für die Landwirtschaft zu streichen. Diese Abschreibungsmöglichkeiten sind für Reinvestitionen für die Landwirtschaft unerlässlich. Außerdem - das ist ein harter Brocken, wenn es um die Altersversorgung von Landwirten geht - soll die Vergünstigung bei Betriebsaufgaben abgeschafft werden. Wenn man alles zusammenzählt, was die Landwirtschaft an Sonderbelastungen tragen müsste, dann kommt bis zum Jahre 2008 eine Belastung von 900 Millionen DM auf die Landwirtschaft zu, was eine Belastung von 2.000 bis 4.000 DM je niedersächsischen Betrieb bedeuten würde.

(Zuruf von Möhrmann [SPD])

- Darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Sie bekommen gleich noch Probleme. Das werden Sie schon merken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Unternehmenssteuerreform ist wahrscheinlich nicht allein mit Blick auf die Landwirte gemacht worden, sondern man hat vielmehr hauptsächlich Großkonzerne ins Auge gefasst. Wir wissen ja, dass der Bundeskanzler diese besonders in sein Herz geschlossen hat. Beispielsweise hat er die Kapitalgesellschaften von der Besteuerung ihrer Gewinne frei gestellt, die sie bei Verkauf ihrer Anteile oder ganzer Gesellschaften erzielen. Für die Landwirtschaft trifft dies nur in einigen wenigen Fällen zu, nämlich für die Großbetriebe in den neuen Bundesländern, die einen ähnlichen Rechtsstatus haben. Im Rahmen der Ausschussberatungen wurde vorgeschlagen, dass dies auch für die Landwirte gelten soll. Diese Möglichkeit gibt es im Moment nicht. Die SPD-Fraktion sollte sich einmal klar machen, worüber

man hier überhaupt spricht. Ich glaube, die SPD-Fraktion ist nicht in der Lage, die Landwirtschaft in Niedersachsen richtig einzuschätzen.

(Beifall bei der CDU)

Sie täte auch gut daran, sich einmal an bestehende Vorgaben zu halten, wenn es darum geht, Besteuerung von landwirtschaftlichen Betrieben durchzusetzen. Im Moment leiden die Landwirte in Niedersachsen, speziell die Milchviehbetriebe, darunter, dass die Abschreibung auf Milchquoten abgeschafft wird. In zahlreichen Betriebsprüfungen bei milchviehhaltenden Betrieben berufen sich die Prüfer auf interne Anweisungen der Oberfinanzdirektion Hannover und verweigern die Abschreibung für das erworbene Wirtschaftsgut Milchquote. Zusätzlich wird in Altfällen für die Wirtschaftsjahre 1998 und 1999 das Wertaufholungsgebot angewendet, d. h. die Abschreibungen der früheren Jahre werden dem Gewinn zugeschlagen. Dabei hat noch bis heute ein Erlass des Bundesfinanzministers aus dem Jahre 1985 Gültigkeit, bei dem im § 7 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes festgelegt ist, dass eine zehnpromtente Abschreibung auf zehn Jahre, und zwar in gleichen Prozentsätzen, vorzunehmen ist.

Meine Damen und Herren, dies ist eine Sache, die in Niedersachsen niedersächsischen Bauern aufgedrückt wird. Das kann nicht angehen.

(Beifall bei der CDU)

Es kann nicht sein, dass man, wie dies bereits in die Vergangenheit geschehen ist, gerade bei den sowieso schon gebeutelten Milchviehbetrieben das Wertaufholungsgebot anlegt. Ich weiß, dass sich Minister Bartels und auch Minister Funke dahin gehend geäußert haben, dieses zu erstreiten. Aber wir wissen auch, dass leider beide Minister in der Vergangenheit nicht in der Lage waren, sich im jeweiligen Kabinett den genügenden Freiraum zu schaffen und ihre Meinung durchzusetzen. Herr Minister, wir stärken Ihnen hier den Rücken und hoffen, dass Sie erfolgreich sind und dass Minister Funke in der Lage ist, sich endlich einmal durchzusetzen. Ich finde, er ist schon gar nicht mehr zu sehen.

(Beifall bei der CDU - Klare [CDU]:
So ist es! - Kethorn [CDU]: Aber eigentlich ist er nicht zu übersehen! -
Zuruf von der [SPD])

Ein anderes Segment ist die Mineralölsteuer. Die Landwirtschaft hat ja aufgrund der Belastungen durch die Ökosteuer keine Vorteile, sondern nur Nachteile zu verzeichnen. Wenn wir uns die Diskussionen der vergangenen Tagen - auch heute und morgen, so ist mir gesagt worden, finden in Hannover eine Demonstration der Transportunternehmen statt - vor Augen führen und feststellen, dass zum einen mittelständische Unternehmen der Transportwirtschaft in den Ruin getrieben werden und zum anderen die Landwirte einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen hinnehmen müssen, dann kommt man zu der Feststellung, dass es einfach so nicht geht.

(Zuruf von Beckmann [SPD])

Im Jahre 1999 gab es eine Erhöhung der Mineralölsteuer. Die Gesamtkosten für den Diesel sind seitdem auf insgesamt 1,71 DM gestiegen. Ich meine, man kann den französischen Nachbarn, die 71 Pfennige pro Liter zahlen müssen, weil sie mit Heizöl fahren dürfen, gegenüber ihren bundesdeutschen Kollegen, die 1,71 DM pro Liter zu bezahlen haben, nur gratulieren, dass sie eine landwirtschaftsfreundliche Regierung haben.

(Beifall bei der CDU)

Die Mineralölpreiserhöhung von 50 Pfennigen innerhalb eines Jahres kommt dem bundesdeutschen Finanzminister durch die Mehrwertsteuer mit 8 Pfennigen zugute. Meine Damen und Herren, diese 8 Pfennige kann ein pauschalierender Landwirt niemals geltend machen. Fast 95 % der Landwirte geben pauschal ihre Steuererklärung ab. Das verschwindet im Steuersäckel des Finanzministers.

(Zuruf von Beckmann [SPD])

Dies monieren wir. Es kann nicht sein, dass dies fortgesetzt wird und wir im nächsten Jahr die nächste Stufe der Ökosteuer bekommen.

Ich komme nun zum Schluss. In anderen Bundesländern sind ja ähnliche Anträge gestellt worden. Der Berufsverband hat ähnliche Argumente angeführt. Ich möchte Ihnen nun ein Kompliment machen. Die Bundesregierung hat ja zum Teil reagiert. Sie hat diese weisen und wichtigen Anregungen und Forderungen aufgenommen und ist zum Teil - das möchte ich ausdrücklich sagen - darauf eingegangen.

(Möhrmann [SPD]: Trotzdem habt ihr abgelehnt!)

- Nein, jetzt kommt es ja. - Jetzt will die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag das ablehnen, was ihre Bundestagsfraktion in Berlin beschlossen hat.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das ist ein dicker Hund!)

Deshalb sollten Sie noch einmal überlegen, ob Sie von Ihrer Absicht, diesen Antrag abzulehnen, nicht doch lieber Abstand nehmen sollten, um das, was Ihre Kolleginnen und Kollegen und die Bundesregierung in Berlin beschlossen haben, hier mit zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Kollege Brauns.

Brauns (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Überschrift des Antrags lautet „Landwirtschaft in Niedersachsen erhalten“. Meine Damen und Herren, das ist uns nicht genug. Wir wollen die Landwirtschaft in Niedersachsen nicht nur erhalten, sondern wir wollen sie fördern, stärken und weiterentwickeln.

(Beifall bei der SPD - Wojahn [CDU]: Das müsst ihr dann aber auch machen; wollen allein ist zu wenig! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir möchten gern, dass unsere Landwirtschaft Nr. 1 in der Bundesrepublik bleibt und dass ihre Position weiter ausgebaut wird. Dafür gibt es sehr gute Programme. Ich nenne hier nur das Programm „ProLand“.

(Zurufe von der CDU: Ja, ja!)

Dieses Programm mit seinen vielen Unterprogrammen ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich unsere Landwirtschaft weiterentwickeln wird.

Meine Damen und Herren, des Weiteren hat die Bundesregierung ein neues Programm auf den Weg gebracht, das Agrardieselgesetz. Dieses Agrardieselgesetz wird für die Landwirtschaft ab dem Jahre 2001 mehr als 400 Millionen DM und bis zum Jahre 2003 bis zu 700 Millionen DM an Entlastung bringen.

(Zuruf von der CDU: Das ist weniger als vorher! - Eveslage [CDU]: Aber das ist doch keine Entlastung! Das ist ein teilweiser Verzicht auf erhöhte Abgaben!)

Das ist ein wesentlicher, ein riesiger Schritt dahin, unsere Landwirtschaft noch wettbewerbsfähiger zu machen, als sie es ohnehin schon ist.

Damit, Herr Eveslage, komme ich zu dem eigentlichen Antrag.

Die CDU hat sich im Bundestag und im Bundesrat mit aller Macht gegen die Steuerreform ausgesprochen. Damit sind Sie voll gegen die Wand gelaufen. Sie haben sich und damit den Menschen in unserem Lande dadurch einen schlechten Dienst erwiesen.

Die Steuerreform ist beschlossen. Damit kann das in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalige Steuersenkungsprogramm in Kraft treten.

(Wojahn [CDU]: Das ist doch schon überholt! Das ist ein Steuererhöhungsprogramm!)

Das ist gut für unser Land, das ist gut für die Menschen, für die Wirtschaft, für neue Investitionen und für neue Arbeitsplätze.

(Zurufe von der CDU)

Die Steuerreform 2000 entlastet die Menschen, sie entlastet den Mittelstand

(Unruhe bei der CDU)

und bringt den Kapitalgesellschaften einen internationalen Steuersatz.

(Eveslage [CDU]: Das alles wird doch von der Ökosteuer wieder einkassiert! - Weitere Zurufe von der CDU)

Alle werden künftig erheblich weniger Steuern zu zahlen haben. Unsere Unternehmen werden in ihrer Wirtschaftskraft gestärkt.

(Eveslage [CDU]: Jetzt reden Sie mal zur Ökosteuer!)

Das bedeutet mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum für Deutschland.

Der Mittelstand ist der eindeutige Gewinner der Steuerreform.

(Lachen bei Teilen der CDU)

Das ist richtig und wichtig. Das ist für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland von großer Bedeutung. Die tragenden Säulen der deutschen Wirtschaft sind und bleiben die mittelständischen Unternehmen,

(Zurufe von der CDU)

zu denen auch unsere landwirtschaftlichen Betriebe gehören.

Bereits durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2002 und die Steuerreform 2000, wie vom Bundestag im Mai beschlossen, wird der Mittelstand um rund 20 Milliarden DM entlastet.

Ein weiteres Entlastungsvolumen zugunsten des Mittelstandes und der Arbeitnehmer von mehr als 5 Milliarden DM bringt das von den Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Vermittlungsausschuss initiierte Verfahren. Die Absenkung des Spitzensteuersatzes ab dem Jahre 2005 von 45 % auf 43 % bringt eine zusätzliche Entlastung für die Unternehmen. Allein die vorgesehene stärkere Absenkung des Spitzensteuersatzes zum Jahre 2005 auf 42 % bedeutet eine zusätzliche Tarifentlastung von 5 Milliarden DM.

(Zurufe von der CDU)

Die außerdem vorgesehene Wiedereinführung des halben Steuersatzes für aus dem Berufsleben ausscheidende Unternehmer bedeutet für den Mittelstand eine weitere Entlastung von 2 Milliarden DM.

Insgesamt wird der Mittelstand gegenüber dem Jahre 1998 damit um gut 25 Milliarden DM entlastet. Landwirtschaft und Forst, die überwiegend mittelständisch strukturiert sind, werden an diesen Entlastungen zugunsten des Mittelstands teilhaben. Dies gilt insbesondere für die im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens beschlossene weitere Entlastung des Mittelstands wie die Erleichterung der Umstrukturierung von Personenunternehmen. Ich nenne hier noch die Beibehaltung der Anspar- und Sonderabschreibungen für Neuinvestitionen, die Anhebung des Freibetrags für die Erlöse aus der Veräußerung bzw. Aufgabe von Betrieben um 40.000 DM, nämlich von 60.000 DM auf 100.000 DM, sowie die vorgesehene Wiedereinführung des halben Steuersatzes für die Erlöse aus

der Veräußerung bzw. Aufgabe von Betrieben. Mit diesen Maßnahmen werden wichtige Anliegen von Landwirtschaft und Forst voll erfüllt.

Aber auch die kleineren land- und forstwirtschaftlichen Betriebe profitieren von der Steuerreform. Bei diesen wirken sich insbesondere die Tarifsenkungen aus. Des Weiteren kommt ihnen die Anhebung des Freibetrags für die Erlöse aus der Veräußerung bzw. Aufgabe von Betrieben sowie die vorgesehene Wiedereinführung des halben Steuersatzes zugute. Viele kleinere landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Unternehmer, die ihren Betrieb als Teil ihrer Alterssicherung sehen, können die Betriebe mit einer erträglichen Steuerbelastung einstellen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Auch die Land- und Forstwirtschaft gehören zu den eindeutigen Gewinnern der Steuerreform.

(Unruhe bei der CDU)

Die rot-grüne Bundesregierung hat eine Steuerreform auf den Weg gebracht, die dazu beitragen wird, den wirtschaftlichen Aufschwung zu festigen. Dazu gehört auch die Forst- und Landwirtschaft. Das bedeutet für unsere Landwirtschaft in Niedersachsen, dass sie ihre Spitzenstellung ausbauen kann und wird.

Aus all den vorgenannten Grünen lehnen wir den vorliegenden CDU-Antrag ab, wobei sich dieser im Übrigen in der Sache erledigt hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Es spricht jetzt der Abgeordnete Klein.

Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Ehlen, Ihrer Einschätzung, dass es sinnvoll wäre, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen, scheint eine sehr spezielle Logik zugrunde zu liegen. Logisch wäre es meiner Ansicht nach, den Antrag zurückzuziehen; denn er ist zu 99 % erledigt. Die Fakten sind relativ deutlich: Die Sonder- und die Ansparabschreibungen bleiben erhalten, der Veräußerungsfreibetrag bleibt bei 100.000 DM, der halbe Steuersatz bleibt bestehen, der Mitunternehmererlass wird zum Teil erhalten.

Ich kann nur feststellen: Die Agrarpolitiker der Berliner Koalition haben ein kräftiges Wörtchen mitgeredet

(Ehlen [CDU]: Das haben wir denen ja gesagt!)

und haben für eine Lösung gesorgt, die Augenmaß erkennen lässt.

Entsprechend ist auch die Bilanz des Berufsstandes selbst. Das Landvolk titelt: Steuerreform für Landwirtschaft besser als erwartet. - Der Chefredakteur kommentiert: Besser als geplant und schlechter als gewünscht. - Das ist ja okay. Wünsche darf jeder haben. Damit bleibt von diesem Antrag nichts übrig als die üblichen Dauerklagen, wie wir sie ja von der Landwirtschaft durchaus gewöhnt sind und wie wir sie ja auch - ich sage einmal - als unvermeidbare Hintergrundbelastung inzwischen kennen und akzeptieren.

Unterschlagen wird dabei immer wieder, wie der Kollege Brauns schon gesagt hat, dass die Landwirtschaft, wie alle anderen ja auch, von den Tarifsenkungen erheblich profitiert hat, sodass es auch dort in der Tat zu Entlastungen kommt.

Meine Damen und Herren, Ziel dieser Steuerreform war der Subventionsabbau, Ziel waren Steuervereinfachungen, und Ziel waren wirtschaftsfördernde Entlastungen bei Arbeitnehmern, Mittelstand und Industrie. Diese heikle, aber unvermeidliche Operation ist gelungen, und der Patient erfreut sich bester Gesundheit, wovon auch die Landwirtschaft selbst ihre Augen nicht verschließen kann.

Sie wollten mit Ihrem Antrag die Landwirtschaft in Niedersachsen erhalten. Ich konstatiere: Es gibt keinen Betrieb, der durch rot-grüne Landwirtschaftspolitik seine Existenz verloren hat. - Um Ihr zweites Agitationsfeld auch gleich anzusprechen, füge ich hinzu: Es gibt keinen Betrieb, der durch rot-grüne Naturschutzpolitik

(Na! bei der CDU)

in den Ruin getrieben wird. - Ob die CDU das für ihre frühere Politik auch behaupten kann, wage ich, gelinde formuliert, zu bezweifeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen allerdings konstatieren - darüber sollten wir uns wirklich einmal unterhalten -, dass das, was wir beschönigend „Strukturwandel“ nennen, in

der Tat ein Problem ist. Bei unverändertem Szenario müssen wir damit rechnen, dass in der nächsten Generation zwei Drittel aller Haupterwerbslandwirte ihren Betrieb aufgeben werden.

(Zurufe von der CDU)

Da frage ich Sie einmal: Wo sind denn die Warnungen der CDU, wenn immer wieder die Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Weltmarkt vehement gefordert wird, wobei dieser auf der anderen Seite ja einen Kostendruck erzeugt, dem viele benachteiligte Lagen überhaupt nicht standhalten können? Wo sind Sie denn tätig geworden, um dem Preisdruck der Lebensmittelketten einmal entgegenzutreten und in dieser Hinsicht etwas zu unternehmen?

(Zuruf von Oestmann [CDU])

Wann oder wo haben Sie den Verbrauchern und Verbraucherinnen einmal gesagt, dass das Höfesterben auch etwas damit zu tun hat, dass sie nur 14 % ihres Familienbudgets für Nahrungsmittel ausgeben und ausgeben wollen?

(Ehlen [CDU]: Das machen die jeden Tag auf jeder Versammlung!)

Wo ist Ihr Widerstand gegen die Patentierung von Leben, die die Landwirte in Zukunft zu Lizenznehmern der großen Agrarmultis machen wird? Abschließend gefragt, meine Damen und Herren: Wo sind denn Ihre Warnungen vor der grünen Gentechnik, die für die Landwirtschaft ja nichts anderes als eine Rationalisierungstechnik ist,

(Oestmann [CDU]: Darin unterscheiden wir uns eben!)

die über kurz oder lang dazu führen wird, dass das Fleisch eben nicht mehr im Stall, sondern im Labor erzeugt werden wird?

Meine Damen und Herren, an diesen Punkten entscheidet sich der Erhalt der niedersächsischen Landwirtschaft, und in diesen Punkten sägen Sie an der Existenz vieler Betriebe, die Ihnen angeblich so am Herzen liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat nunmehr der Landwirtschaftsminister Bartels.

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon interessant, wenn man sich noch einmal die Rede des Kollegen Ehlen vergegenwärtigt. Er hat relativ wenig zu seinem Ausgangsantrag gesagt,

(Ehlen [CDU]: Herr Minister, ich habe Sie gelobt! Das mache ich nie wieder!)

sondern hat hier eine Reihe von Punkten angeführt, die mit dem Ausgangsantrag überhaupt nichts zu tun haben. Warum, Herr Ehlen, haben Sie das gemacht? - Sie haben es natürlich deshalb gemacht, weil Sie festgestellt haben, dass Ihr Antrag völlig überflüssig war.

(Zustimmung von Plauke [SPD] - Oestmann [CDU]: Das behaupten Sie jedes Mal! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vielleicht darf ich daran erinnern, meine Damen und Herren, dass wir uns, als Ihr Antrag hier eingebracht wurde, in der Situation befunden haben, dass ich genau die Punkte, die Sie hier vorgetragen haben, bereits im zuständigen Ausschuss des Bundesrates eingereicht und schon einen Beschluss des Agrarausschusses auf meinem Konto hatte.

(Ehlen [CDU]: Haben Sie ja gut gemacht!)

Heute stellen wir nun am Ende der Beratung fest, dass genau die Punkte, die ich hier vorgetragen habe und die unsere agrarpolitische Position darstellen, auch auf Punkt und Komma umgesetzt worden sind, aber ohne Ihre Hilfe. Da bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen - auch darüber gehen Sie ja ganz locker hinweg -, dass die CDU im Vermittlungsausschuss nicht einen einzigen Antrag zu diesem Thema gestellt hat. Das heißt, Sie haben hier eine Luftnummer gemacht und nichts folgen lassen. Das ist doch das Peinliche an der Situation.

(Oestmann [CDU]: Wer sich hier peinlich verhält, Herr Minister, das ist noch offen!)

Deshalb wäre es natürlich gut gewesen, wenn Sie heute hier gesagt hätten: Der Antrag ist erledigt, wir reden nicht mehr darüber. Aber Sie wollten es noch einmal hören, also sagen wir es Ihnen natürlich auch.

Meine Damen und Herren, die Sonderansparabschreibungen für die Land- und Forstwirtschaft sind erhalten geblieben. Der Freibetrag bei der Aufgabe von Betrieben ist von 60.000 DM auf 100.000 DM erhöht worden. Die Wiedereinführung des halben Steuersatzes bei der Aufgabe oder Veräußerung landwirtschaftlicher Betriebe ist durchgesetzt worden. Besonders begrüße ich auch, dass die Hürden für eine Zusammenarbeit in Kooperation durch die teilweise Wiedereinführung des Mitunternehmererlasses abgebaut werden konnten. Das alles sind Punkte, die wir gewollt haben.

Ich erinnere noch an den Abgeordneten Kethorn, der hier gefragt hat: Bartels, bist du denn überhaupt in der Lage, das in Bonn durchzusetzen? - Ja, Sie sehen es: Wir waren dazu in der Lage. Der Kollege Funke in Berlin und ich haben das gemeinsam geschafft. Dafür sollten Sie hier sagen: Herzlichen Dank dafür.

(Ehlen [CDU]: Habe ich doch gesagt!)

Das andere Thema, dass Sie, Herr Ehlen, angesprochen haben, die Abschreibung der Milchquote, ist schon längst - Sie haben das eben auch festgestellt - von mir aufgegriffen worden, und ich gehe davon aus, dass wir auch dieses Thema im Interesse der niedersächsischen und der deutschen Landwirtschaft lösen werden. Aber wer hier noch heute sagt, die Agenda 2000 habe auch die Landwirtschaft in arge Bedrängnis gebracht,

(Ehlen [CDU]: Aber sicher!)

der liest die Tageszeitungen und die Fachzeitungen nicht; denn alles das, was an negativen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Agenda 2000 prognostiziert worden ist, ist überhaupt nicht eingetreten.

(Ehlen [CDU]: Zum Beispiel?)

Warum stehen wir in der Landwirtschaft heute so gut da?

(Ehlen [CDU]: Schwacher Euro!)

Warum, Herr Ehlen, gibt es in der Landwirtschaft eine Investitionsbereitschaft, wie wir sie in den letzten Jahren nicht hatten?

(Zuruf von Oestmann [CDU])

- Lieber Herr Oestmann, weshalb habe ich z. B. in diesem Haushaltsjahr die Mittel für die einzelbetriebliche Förderung auf über 85 Millionen DM aufstocken können? - Ich konnte das, weil die Unternehmen investitionswillig sind.

(Oestmann [CDU]: Warum wohl?)

- Warum? - Sie sind es, weil sie Chancen im Markt sehen und weil sie die Unterstützung der Landesregierung haben.

Weshalb hat sich Niedersachsen von der Spitzenposition, die es innehatte, mit der höchsten Zuwachsquote in Deutschland - einer höheren Zuwachsquote als die der übrigen Wirtschaft - noch einmal sozusagen nach vorne katapultiert? - Das hat seine Ursache natürlich auch darin, dass wir in Niedersachsen eine gute Landwirtschaftspolitik für unsere Landwirte und für den vor- und nachgelagerten Bereich gemacht haben. Das zahlt sich in Arbeitsplätzen und in Wertschöpfung aus. Deshalb geht es den Bauern eben nicht so, wie Sie, Herr Ehlen, es eben geschildert haben, sondern sie haben Hoffnung und Zuversicht, sie sehen Perspektiven im Markt

(Wojahn [CDU]: Das stimmt nicht!)

und nutzen ihre Chancen. Wir unterstützen sie dabei.

Ich bin froh, meine Damen und Herren, Ihnen heute sagen zu können, dass wir zum einen die 142 Millionen DM, die wir aus EU-Mitteln für das Haushaltsjahr 2000 zur Verfügung gestellt bekommen haben, durch nationale Kofinanzierungsmittel auf 290 Millionen DM verdoppelt haben

(Beifall bei der SPD)

und dass diese 290 Millionen DM zum anderen innerhalb eines Dreivierteljahres ausgegeben worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Damit sind im ländlichen Raum, für den Sie ja immer reden, innerhalb eines Dreivierteljahres Investitionen in einer Höhe von 350 Millionen DM realisiert worden. Das bedeutet Arbeitsplätze und qualitative Verbesserung der Strukturen im ländlichen Raum. Das soll uns bitteschön einer nachmachen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schirmbeck?

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Bitte sehr!

Schirmbeck (CDU):

Herr Minister, wenn alle Bauern so zufrieden sind, warum findet hier dann morgen eine Bauerndemonstration statt?

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]:
Die kommen alle, weil sie wissen,
dass Sie auch kommen!)

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Lieber Herr Schirmbeck, Sie sind doch ein intelligenter Abgeordneter. Beantworten Sie sich Ihre Frage einmal selbst. Das können Sie wohl.

Eines ist doch klar - der Abgeordnete Brauns hat eben noch einmal ganz deutlich darauf hingewiesen, aber auch Herr Klein hat es deutlich gemacht -: Selbst in den Fachzeitschriften der Landwirtschaft steht, dass die Landwirte zufrieden sind mit dem Ergebnis, das auf der steuerlichen Ebene erreicht worden ist, und dass die Investitionsbereitschaft vorhanden ist. Schauen Sie sich die neueste Umfrage vom IFO-Institut an, die genau belegt, dass die Landwirte Zuversicht haben und deshalb eben investitionsbereit sind. Meine Damen und Herren, das können Sie nicht wegdiskutieren. Machen Sie nicht mies, sondern helfen Sie mit, die Situation noch weiter zu verbessern. Wir jedenfalls wollen unseren Teil dazu leisten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Nach § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung erhält der Kollege Kethorn für zwei Minuten das Wort.

Kethorn (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem es dieses Loblied von Minister Bartels auf die rot-grüne Agrarpolitik der Bundes-

regierung gegeben hat, muss doch wohl einiges richtig gestellt werden.

Die bundesdeutsche Landwirtschaft - dies wird auch nicht von den Berufsverbänden oder von der Bundesregierung dementiert - hat durch verschiedene Maßnahmen auf EU-Ebene, durch die Steuerreformgesetze, die Steuerentlastungsgesetze und durch die Ökosteuern enorme Belastungen hinnehmen müssen. Wenn hier von Entlastung gesprochen wird, dann ist das schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU)

Die bundesdeutsche Landwirtschaft, Herr Minister Bartels, hat nach wie vor eine Belastung von 2,7 Milliarden DM zu tragen, und dieser Zahl ist auch vom Finanzministerium nicht widersprochen worden. Wenn Sie dann hier ein Loblied auf diese rot-grüne Agrarpolitik der Bundesregierung singen, dann ist das pure Heuchelei, Herr Minister!

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, Sie haben angesprochen, dass wir den Antrag „Landwirtschaft in Niedersachsen erhalten“ viel zu spät eingebracht hätten. Das ist doch völlig falsch. Zu dem Zeitpunkt, zu dem wir den Antrag hier im Plenum eingebracht haben, gab es noch keinen Bundestagsbeschluss und auch noch keinen Bundesratsbeschluss.

(Eveslage [CDU]: Eben!)

Die Diskussionen in den Gremien waren noch voll im Gange. Es war noch nicht einmal zu erkennen, ob es überhaupt zu Verbesserungen des Ursprungsentwurfes kommen würde. Durch unseren Antrag haben wir - das will ich ja eingestehen - Ihre Initiative, die Sie dann ergriffen haben, unterstützt. Wenn Sie jetzt monieren, dass wir Ihren Antrag unterstützen, dann ist es wohl auch ein Zeichen von Arroganz, wenn Sie Unterstützung von der Opposition nicht wollen.

(Beifall bei der CDU)

Sie, Herr Minister, sollten eigentlich dankbar sein, dass wir Sie in dieser Angelegenheit unterstützt haben; denn nach wie vor ist Niedersachsen das Agrarland Nr. 1. Nicht nur die Regierung kann die Landwirtschaft in Niedersachsen vertreten, auch die Opposition hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, hier diese Interessen anzusprechen

(Beifall bei der CDU)

und Sie bei ihren Bemühungen zu unterstützen.

Einen dritten Punkt möchte ich kurz ansprechen, Herr Minister. In Ihrem Wahlprogramm 1998 sprechen Sie von einer leistungsfähigen Landwirtschaft. Sie wollen die Landwirtschaft leistungsfähig erhalten, und Sie wollen die vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten der bäuerlichen Betriebe fördern. Sie wollen also die dafür notwendigen Instrumente hier in Niedersachsen entwickeln.

(Glocke des Präsidenten)

Zwei Punkte, Herr Minister, sind in der Steuerreform nicht berücksichtigt worden.

Präsident Wernstedt:

Sie müssen zum Schluss kommen!

Kethorn (CDU):

Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss. - Herr Minister, es geht um zwei elementare Instrumente zur Stärkung der bäuerlichen und gerade nicht der agrarindustriellen Landwirtschaft. Der eine Punkt ist die Senkung der degressiven Abschreibung auf bewegliche Güter von 30 % auf 20 %. Leistungsfähige Betriebe, die Neuinvestitionen, Ersatzinvestitionen tätigen müssen, werden dadurch nachhaltig beeinträchtigt. Dies haben Sie nicht erkannt, und dies haben Sie auch nicht durchgesetzt.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Zum anderen, Herr Minister - - -

Präsident Wernstedt:

Sie müssen jetzt aufhören!

Kethorn (CDU):

Herr Präsident, ich komme zum letzten Satz. - Ein weiteres Instrument: Es ist gefordert worden, die steuerfreie Reinvestitionsrücklage bei Betriebsumstellungen zu berücksichtigen. Dies haben Sie nicht gemacht. Bei den Kapitalgesellschaften ist das möglich, bei der bäuerlichen Landwirtschaft nicht.

Herr Minister, Sie haben in zentralen Punkten die Interessen der Landwirtschaft in Niedersachsen nicht berücksichtigt!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das waren sehr großzügige zwei Minuten, Herr Kollege Kethorn.

(Kethorn [CDU]: Danke schön!)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Drucksache 1825 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1582 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Danke. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen und der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich einen ausländischen Gast begrüßen. In der Loge auf der Seite der CDU-Fraktion sitzt der Bürgermeister der Stadt Lukavac in Bosnien-Herzegowina, Herr Zijad Omerdić. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Punkte 11 und 12 auf, die vereinbarungsgemäß zusammen beraten werden:

Tagesordnungspunkt 11:

Zweite Beratung:

Qualifizierung für die Region: Berufsbildende Schulen in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1029 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/1826

und

Tagesordnungspunkt 12:

Zweite Beratung:

Zukunftssicherung für die berufsbildenden Schulen als Partner der ausbildenden Wirtschaft - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1583 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/1827

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 1029 wurde in der 33. Sitzung am

6. Oktober 1999 und der Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1583 wurde in der 50. Sitzung am 11. Mai 2000 an den Kultusausschuss zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Für die Beratung liegen folgende Redezeiten fest: SPD und CDU jeweils bis zu zehn Minuten, Grüne bis zu fünf Minuten, Landesregierung bis zu fünf Minuten.

Zunächst hat sich der Abgeordnete Voigtländer gemeldet.

Voigtländer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte an einen Gedanken des Fraktionsvorsitzenden der CDU von gestern anknüpfen. Im letzten Teil seiner Rede zum Haushalt hat er eingefordert - so habe ich ihn verstanden -, dass die Kultur der Auseinandersetzung in diesem Hause, aber auch die Art und Weise, wie Fragen beantwortet werden, wie man miteinander umgeht, eine andere sein müsste. Ich hielt das in dem Teil seiner Rede für durchaus nachdenkens- und bemerkenswert.

Weil die Fraktionen im Bereich der beruflichen Bildung in den vergangenen Monaten durchaus in vielen Positionen übereingestimmt hatten, erhoffe ich mir, dass das am heutigen Tag so bleibt und dass wir für die vielen tausend Schülerinnen und Schüler in diesem Land die rechtlichen Möglichkeiten schaffen, nicht nur einen Beruf zu erlernen, sondern auch so motiviert zu werden, dass sie in Zukunft, nach ihrer Ausbildung, einen Arbeitsplatz haben, mit dem sie Geld verdienen, um damit ihre eigene Lebenssituation zu meistern.

Was ist bislang passiert? Die SPD beschäftigt sich bereits im Jahr 2000 damit, wie im Jahr 2008 der Schülerberg im berufsbildenden Schulwesen mit den vorhandenen Ressourcen so ausgesteuert werden kann, dass eine ausreichende Zahl von Unterrichtsstunden gegeben werden kann, die aber auch den jeweiligen Ausbildungsinhalten, den Notwendigkeiten der Zeit und den Bedürfnissen der Wirtschaft insgesamt gerecht werden. Das ist in der Tat kein leichtes Unterfangen; es ist, wie ich schon gesagt habe, ein Prozess.

Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung haben ein Modernisierungskonzept zum berufsbildenden Schulwesen aufgelegt, das im Wesentlichen aus drei große Abschnitten besteht.

Der erste Punkt ist: Wir wollen - das deutete ich eben an -, dass bis zum Jahr 2008 kontinuierlich die notwendigen Unterrichtsstunden zur Verfügung gestellt werden. Das ist angesichts steigender Schülerzahlen nicht einfach. Wir müssen aber auch feststellen: Obwohl die Zahl der Berufsschultage schon von zwei auf eineinhalb reduziert wurde, werden nicht mehr nur 7,3 Stunden pro Schüler gegeben, sondern zehn. In den letzten Jahren, etwa seit 1990, ist also kontinuierlich mehr unterrichtet worden. Das ist für den Einzelnen nicht immer deutlich geworden, aber das sind die Fakten. Also: Ressourcensicherung.

Dazu zählt auch - das ist in unserem Modernisierungskonzept nicht nur gefordert, sondern inzwischen auch umgesetzt worden -, dass mehr als 5.000 Stunden zusätzlich gegeben wurden. Liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, vor allen Dingen aber von der CDU, damit müssen Sie den Ammenmärchen begegnen, denen Sie selbst ausgesetzt sind, weil das Fakten sind, die die Realität widerspiegeln. Ich betone noch einmal: Im Gegenwert von mehr als 200 Stellen sind Stunden in das berufsbildende Schulwesen eingebracht worden, und damit wird noch mehr unterrichtet als bisher. Auch das gehört zur Ressourcensicherung.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite wichtige Punkt, meine Damen und Herren, ist: Wir wollen die Quantität, aber auch die Qualität der Abschlüsse und die Qualität der Leistungen im berufsbildenden Schulwesen verbessern. Dazu hat es eine Fülle von neuen, von qualitätssichernden Abschlüssen gegeben. Ich brauche sie nicht alle aufzuzählen; Sie kennen das Konzept. Inzwischen, nach anfänglichem Stottern, das ich gerne eingestehen will, wird das genauso ein Qualitätsprogramm und genauso Erfolg versprechend sein wie das, was wir im Zusammenhang mit der Verlässlichen Grundschule geschaffen haben und was wir uns im Zusammenhang mit einer im Grunde genommen wohl totalen Restaurierung des Sek-I-Bereichs auf die Schultern gelastet haben.

Qualitätssicherung heißt nicht nur Verbesserung der Abschlüsse, sondern auch, dass die einzelnen Möglichkeiten, die Schülerinnen und Schüler in Zukunft haben, Abschlüsse zu erzielen, verbessert werden und dass die Leistungen dabei gleichzeitig in höherem Maße überprüft werden, als das bisher der Fall gewesen ist. Das berufsbildende Schulwesen wird davon nicht ausgenommen.

Ein dritter, ein sehr zukunftssträchtiger Bereich ist: Wir wollen die berufsbildenden Schulen Stück für Stück zu regionalen Kompetenzzentren entwickeln. Das ist ebenfalls eine schwierige Aufgabe, weil die Schulen mitmachen müssen. Man kann nicht Fortschritte in Schulen erzielen, wenn man sie von oben verordnet, sondern die Lehrerinnen und Lehrer müssen auch in diesen Forderungen der Gegenwart leben und dazu beitragen, sie umzusetzen.

Regionale Kompetenzzentren heißt, dass sich Berufsschulen in Zukunft nicht nur immer selbstständiger organisieren werden und über Budgetrechte verfügen. Das ist jetzt schon zum Teil der Fall. Das heißt, sie bilden nicht nur ihre Klassen selbst, sondern sie bezahlen in Zukunft auch in einem gewissen Maß die Ausbildungskräfte, die sie brauchen, und setzen diejenigen ein, die kompetent sind, die die Region erfordert und die das System insgesamt braucht. Niedersachsen steht damit - das ist zumindest meine Einschätzung - an der Spitze der bundesweiten Entwicklung. Das ist in einem Land, das mit Finanzen nicht gerade gesegnet ist, nicht nur ein hoher Anspruch, sondern auch eine große Verpflichtung, die das Parlament gegenüber den jungen Leuten in diesem Land insgesamt eingegangen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf Folgendes hinweisen: Im Jahr 2008 werden wir einen Schülerberg haben, für dessen Bewältigung wir in geeigneter Weise die entsprechenden Unterrichtsstunden zur Verfügung stellen müssen. Hierbei handelt es sich um einen kontinuierlichen Weg, der von jetzt ab über die Jahre 2002, 2003 usw. hinweg gegangen wird. Wir können schon jetzt feststellen: Es hat eine Verjüngung der Lehrkräfte stattgefunden.

(Busemann [CDU]: 0,2! Sagen Sie, wie viel!)

Von der Altersteilzeit wird in einem hohen Maße Gebrauch gemacht.

(Busemann [CDU]: 0,1!)

- Herr Busemann, auf Sie gehe ich immer gern ein. Deshalb möchte ich das auch an dieser Stelle gleich tun.

(Busemann [CDU]: 0,1!)

Sie haben nämlich schon in Ihrer letzten Rede - jetzt dürfen Sie dazu wahrscheinlich nicht mehr

sprechen - deutlich gemacht, dass Sie zumindest im Bildungsbereich - was den juristischen Bereich angeht, vertrete ich eine ganz andere Meinung, wie Sie wissen - nicht *die* qualifizierte Stimme Ihrer Fraktion sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Klare [CDU]: Das ist typisch Lehrer! Damit machen wir unseren Ruf noch weiter kaputt, lieber Jacques!)

Zurück zu der Frage, wie es weiter gehen soll. Die wesentlichen Grundzüge des Modernisierungskonzeptes habe ich Ihnen eben schon dargestellt. Nun aber zu Ihrem Konzept bzw. Ihrem Entwurf. Schon im Oktober 1999 ist das Modernisierungskonzept von der Kultusministerin auf den Weg gebracht worden. Seit dieser Zeit - also seit fast einem dreiviertel Jahr - haben Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion mit vielen, vielen Vertretern der Schulen gesprochen und diesen die Gedanken, die Absichten und die Zielvorstellungen dieses Konzeptes näher gebracht. Dort ist nicht nur Freude aufgekommen, sondern es hat auch eine Menge Missverständnisse gegeben. Missverständnisse hat es im Zusammenhang mit dem Klassenbildungserlass und den Verordnungen aber auch hier im Parlament schon gegeben. Man kann nicht davon ausgehen, dass die Direktoren von Schulen ganz selbstverständlich schlauer sein müssen als die Abgeordneten dieses Hauses. Inzwischen sind die Schulen zu 80 % oder mehr in der Lage, mit der Neuordnung umzugehen. Auch der Klassenbildungserlass gibt ihnen die gleichen Möglichkeiten wie schon zuvor. Die Probleme, die Sie, Herr Busemann, befürchtet haben, sind nicht aufgetreten. Für positiv an Ihrem Konzept halte ich, dass es auch so wesentliche Forderungen wie z. B. die nach einer größeren Selbstständigkeit der Schulen enthält. Im Wesentlichen hapert es bei Ihnen aber an der Begründung. Ich bin mir allerdings sicher, dass Sie uns auf diesem Wege folgen werden; denn die einzige Chance, den bereits eingeschlagenen Weg so fortzusetzen, bietet nur das Konzept der SPD-Fraktion. Ich freue mich darüber, dass wir mit unseren Aussagen und Forderungen auch die Kultusministerin in dieser Weise unterstützen konnten. Ich glaube, wir gehen einen gesunden, einen nachvollziehbaren und einen erfolgreichen Weg im Rahmen der beruflichen Bildung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Vockert. Bitte schön!

Frau Vockert (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Jaques Voigtländer, in diesem Bereich eine entsprechende Auseinandersetzung, eine Kultur der Auseinandersetzung und letztendlich auch eine Harmonie einzufordern, ist immer dann opportun, wenn man damit versuchen will, eigene Schwächen zu verdecken und zu übertünchen. Da werden wir aber nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU - Fasold [SPD]:
Ich sage nur „Padua“!)

- Ja, auch in Padua waren wir uns darüber einig, dass es möglich sein müsste, im berufsbildenden Bereich einen gemeinsamen Konsens zu finden. Ich hätte mir das gewünscht; denn vom Grundsatz her sind wir uns darüber einig, dass unsere Berufsschulen so ausgestattet werden müssen, dass sie als Partner der Ausbildung im dualen System ernst genommen werden. Das heißt erstens, dass sich die Berufsschulen auf die veränderten Bedingungen einstellen müssen, wozu sie bekanntlich bereit sind. Zweitens heißt das aber auch, dass wir, die Politiker hier in diesem Hause, gefordert sind, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. An dieser Stelle kommen wir aber nicht zu einem gemeinsamen Konsens; denn das, was diese Landesregierung vorgelegt hat, ist überhaupt nicht dazu geeignet, die erforderlichen Rahmenbedingungen an den Schulen zu schaffen oder zu verbessern. Bezüglich der Rahmenbedingungen - das müssen Sie, Herr Kollege Voigtländer, einmal zur Kenntnis nehmen - kneift diese Landesregierung.

Angesichts dessen finde ich es beschämend, dass die SPD mit ihrem Antrag, den sie hier vor einem Jahr in den Landtag eingebracht hat, nunmehr versucht, von diesen schlechten Bedingungen an den berufsbildenden Schulen - sämtliche Schülerinnen und Schüler werden Ihnen das bestätigen können - abzulenken. Sie betreiben nach wie vor eine Politik der Verschleierung, des Schönrechnens. Den berufsbildenden Schulen gerade in der Fläche versetzen Sie damit aber einen Todesstoß. Sie legen ein so genanntes Modernisierungskonzept vor, wissen aber ganz genau, dass es sich hierbei ganz eindeutig um eine Mogelpackung handelt.

(Beifall bei der CDU)

Was nun die Berufsschulpolitik angeht, haben Sie, lieber Kollege Jaques Voigtländer, gerade gesagt, dass Niedersachsen hier bundesweit an der Spitze stehe. Dem muss ich aber entgegenhalten, dass die Berufsschulen in Niedersachsen stiefmütterlich behandelt werden,

(Beifall bei der CDU)

weil die Landesregierung aus ihnen ein Stiefkind der Bildungspolitik gemacht hat. Nun können Sie ja daran gehen, hier und da wieder ein Modellprojekt einzurichten - dann können Sie wieder sagen, dass Sie unheimlich innovativ sind - oder ein Modernisierungskonzept wie das in Rede stehende vorzulegen, welches letztendlich aber nur vor dem Hintergrund der Frage, wie Ressourcen eingespart werden können, konzipiert worden ist. Auf diese Weise fahren Sie unsere Berufsschulen in Niedersachsen aber ganz eindeutig gegen die Wand.

(Zustimmung von Möllring [CDU])

Sie betreiben Bilanzkosmetik und setzen nicht auf Bildungsinvestitionen.

Letztendlich versuchen Sie - meiner Meinung nach muss jeder einmal darüber nachdenken, ganz besonders Sie von der SPD -, mit immer weniger Geld bei immer mehr Schülern und immer weniger Lehrern den Eindruck zu erwecken, dass im Ergebnis immer mehr herauskommt. Ihre Politik stößt letzten Endes aber auf immer weniger Akzeptanz, da immer mehr Menschen Ihre Mogelpackung durchschauen.

(Beifall bei der CDU - Busemann [CDU]: So ist es!)

Herr Kollege Voigtländer, wenn Sie sich hier hinstellen, wundere ich mich immer; denn gerade Sie sollten es zum einen aufgrund Ihrer Vorkenntnisse, zum anderen aber auch deshalb, weil Sie mit einigen wenigen Kollegen aus der SPD-Fraktion über Land gefahren sind, besser wissen. Sie und einige Ihrer Kolleginnen und Kollegen haben für Ihr Konzept, das Sie uns hier gerade noch einmal präsentiert haben, erhebliche Prügel einstecken müssen. Viele Watschen für die Reform BBS 2000, Einschnitte bei den berufsbildenden Schulen, Mogelpackungen hier und da - das war die Kritik. Daran hat sich nichts geändert. Sie haben aber an Ihrem Konzept bisher nichts weiter geändert. Ich glaube, dass die gesamte Kritik an Ihnen abgeprallt

ist und Sie überhaupt nicht zur Kenntnis genommen haben, dass die Berufsschulen vor Ort mangelhaft ausgestattet sind und eine mangelhafte Unterrichtsversorgung und frustrierte Lehrkräfte aufweisen. Hinzu kommt, dass auch Nachwuchsschullehrkräfte völlig fehlen.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Voigtländer?

Frau Vockert (CDU):

Wenn sie denn kurz ist, bitte schön.

Vizepräsident Gansäuer:

Ich weiß aber nicht, ob sie kurz ist. - Bitte schön!

Voigtländer (SPD):

Frau Kollegin Vockert, räumen Sie ein, dass eine kritische Auseinandersetzung gegenüber Schulen heutzutage selbstverständlich sein muss?

Frau Vockert (CDU):

Selbstverständlich. Wenn Sie diese Kritik dann aber wenigstens aufgreifen und umsetzen würden. Das machen Sie aber nicht.

(Beifall bei der CDU)

Warum setzen Sie sich eigentlich mit den Schulen vor Ort auseinander und sprechen mit denen über das Modernisierungskonzept, wenn Sie anschließend die konstruktive Kritik aus den Schulen noch nicht einmal umsetzen? - Insofern können Sie die Dialogphase und die ganzen Gespräche doch vergessen.

Was machen Sie nun? Sie haben den Lehrerberdarf statistisch um 800 Stellen gesenkt, ohne die Unterrichtsversorgung auch nur um einen Deut zu verbessern. Aber Sie sprechen hier von 5.000 Unterrichtsstunden, Herr Kollege Voigtländer. Mit Sicherheit wird uns Frau Ministerin Jürgens Pieper gleich auch noch einmal vorhalten, dass wir die 207 neu geschaffenen Stellen auf jeden Fall anerkennen sollten, ist doch damit tatsächlich für eine Verbesserung gesorgt worden.

Unabhängig davon, Herr Kollege Voigtländer - Sie waren wenigstens so ehrlich und haben angespro-

chen, dass die Schülerzahlen bis zum Jahr 2008 weiter steigen - - -

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fasold?

Frau Vockert (CDU):

Gleich. Ich möchte aber vorher meine Ausführungen beenden. - Bis zum Jahr 2008 werden die Schülerzahlen tatsächlich ansteigen. Bis zum Jahr 2015 wird es im Verhältnis zu heute 10.000 Schüler und Schülerinnen mehr geben, Herr Kollege Voigtländer. Was machen Sie im Bereich der Unterrichtsversorgung? Sie sagen: Wir haben durch die Aufstockung auf Vollzeitstellen 207 neue Stellen geschaffen. - Sie haben aber dabei überhaupt nicht berücksichtigt, dass die Schülerzahlen steigen. Sie haben mit keinem einzigen Wort darauf hingewiesen, dass es sowieso in vier Jahren dazu gekommen wäre, weil aufgrund des Rechtsanspruchs die Aufstockung automatisch erfolgen wird. Sie haben kein Rezept für den Bereich der Unterrichtsversorgung, keine einzige Antwort und kein Konzept. Das gilt es nach wie vor zu kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es übrigens interessant, wenn im Antrag der SPD-Fraktion - wir werden gleich darüber abstimmen - zu lesen ist, dass „die durch den technologischen Wandel bedingten Änderungen für den Unterricht“ aufgegriffen werden sollen. Tolle Formulierung! Jeder hat bestimmt genug Vorstellungskraft, sich etwas darunter vorzustellen - Stichwort „neue Medien“.

Wenn aber die reale Situation so ist, wie sie ist, Herr Kollege Voigtländer, nämlich dass für das gerade im Informationszeitalter wichtige Fach Informatik an den Berufsschulen im Jahresmittel ganze acht Studienplätze zur Verfügung stehen, von denen fünf besetzt sind, auf die die Industrie bereits wartet, und dass eine Schwundquote von 50 % zu berücksichtigen ist, sage ich Ihnen voraus, dass es in diesem Bereich keinen einzigen Lehrer geben wird, der das umsetzt, was Sie fordern, nämlich dass „die durch den technologischen Wandel bedingten Änderungen für den Unterricht“ aufgegriffen werden sollen. Das kann nicht stattfinden, meine Damen und Herren. Hier verschlafen wir zurzeit die Politik. Das Problem ist, dass die

Berufsschülerinnen und -schüler in diesem Lande das auszubaden haben. Das wollen, können und dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns die Frage stellen, was unsere Berufsschulen, Berufsschülerinnen und -schüler dieser Landesregierung bzw. der SPD wert sind, können wir nur zu dem Ergebnis kommen: Das ist gleich null.

Unsere Schülerinnen und Schüler haben - davon sind wir felsenfest überzeugt - etwas Besseres verdient.

(Beifall bei der CDU - Lanclée [SPD]:
Ob man Ihnen das vor Ort wohl glaubt?)

- Ja, wir haben vor Ort im Landkreis Cuxhaven genauso wie in Braunschweig und Aurich diese Diskussion geführt, und wir haben die Kritik im Gegensatz zu Ihnen ernst genommen. Wenn wir nämlich wissen, dass an vielen Berufsschulen jede vierte Unterrichtsstunde nicht erteilt wird, Herr Lanclée, dann heißt die Lösung nicht wie bei Ihnen Bilanzkosmetik, sondern die Lösung heißt Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte.

(Beifall bei der CDU)

Wenn - wie es der Kollege Voigtländer angesprochen hat - tatsächlich modernisiert werden soll, dann heißt das nicht differenzierte Ausbildungsangebote durch vorrangiges Kostendenken, wie Sie es betreiben, und Freigabe von Standorten im ländlichen Raum, sondern dann heißt es, flexibel auf die Situation vor Ort und auf die regionalen Bedürfnisse einzugehen, auch wenn es etwas kostet.

Wenn wir - darin sind wir uns einig, Herr Kollege Voigtländer - mehr Selbständigkeit stärken und die Eigenverantwortung fördern wollen,

(Glocke des Präsidenten)

dann heißt das nicht, dass wir durch die so genannte Budgetierung, diesem Allheilmittel, heimlich einsparen wollen, wie Sie dies im Konzept vorsehen, sondern dann müssen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, aus Erfahrung weiß ich, dass Sie die Glocke des Präsidenten nicht sonderlich interessiert. Aber Sie müssen trotzdem zum Ende kommen.

Frau Vockert (CDU):

Ich habe die 22 Sekunden im Kopf, danke. - Wenn wir verhindern wollen, dass unser duales Ausbildungssystem zum Auslaufmodell wird, dann hilft es nichts, uns irgendetwas vorzumachen - es hilft übrigens auch nichts, wenn Sie das ständig schönreden -, sondern dann müssen tatsächlich entsprechende Konsequenzen - auch im fiskalischen Bereich - gezogen werden. Wir stehen dazu und haben mit unserem Antrag die notwendigen Weichenstellungen vorgenommen. Sie haben noch Zeit, entsprechend umzukehren. Ich wünsche Ihnen im Interesse der Berufsschülerinnen und Berufsschüler, dass Sie auf den richtigen Weg kommen werden.

(Beifall bei der CDU - Frau Pawelski
[CDU]: Gut!)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Litfin.

Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Voigtländer hat Recht. Auch in diesem Themenfeld bahnte sich eine andere Kultur der Auseinandersetzung an. Wir sind - und zwar alle Fraktionen gemeinsam - zu Anfang davon ausgegangen, dass im berufsbildenden System ein riesiger Veränderungsbedarf besteht. Wir haben bei den diversen Gesprächen, die wir mit Lehrern und Lehrerinnen und Schulleitern und Schulleiterinnen berufsbildender Schulen geführt haben, festgestellt, dass sich die Schulen dringend verändern wollen, weil sie merken, dass sie das müssen, wenn sie ihren Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden sollen.

Das Problem - deshalb wird meine Fraktion leider beide Anträge ablehnen - ist, dass über diese Allgemeinplätze hinaus nichts weiter bekannt ist, was sich denn ändern soll. Niemand weiß heute, wie die Kompetenzzentren für die Region, wovon die Landesregierung spricht und die die SPD lobt, aussehen sollen. Die Schulen vor Ort wissen es

nicht, und ich habe die Befürchtung, dass die SPD-Landtagsfraktion es auch nicht weiß. Vielleicht weiß es der Kollege Voigtländer, aber der Rest weiß es nicht, auch Eckhard Fasold nicht, der jetzt seine Wangen aufblasen muss. Ob die Landesregierung bzw. die Kultusministerin es weiß, steht für mich in den Sternen.

(Zuruf von Fasold [SPD])

Die Kultusministerin konnte es ja nicht unterlassen: Obwohl wir uns alle darüber einig waren, dass die Schulen sehr viel mehr Freiheit brauchen, um schnell und angemessen z. B. auf neue Berufsbilder, aber auch auf Veränderungen alter Berufsbilder reagieren zu können, um neue Angebote für Jugendliche konzipieren zu können, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, um neue Fachoberschulen, die gebraucht werden, einrichten und alte auflösen zu können, wird mit der neuen BbS-VO und insbesondere dem Klassenbildungserlass das Gegenteil gemacht: Freiheit wird genommen, die Schulen werden in ihrer Freiheit wieder eingeschränkt.

Die frei verfügbaren Personalressourcen in dem so genannten kleinen Deckungskreis sind geradezu lächerlich. Auch hierbei haben die Schulen nur die Freiheit, damit umzugehen, wenn sie mit dem zuständigen Dezernenten der Bezirksregierung gut auskommen. Ich meine, dass das nicht die Grundlage einer innovativen Schulpolitik sein kann.

Ich muss aber auch der CDU-Fraktion sagen, dass die Forderung nach zusätzlichen Ressourcen gut und schön und populär ist

(Zuruf von der CDU: Vor allen Dingen ist sie richtig!)

- sie ist auch nicht falsch -, aber mehr des Gleichen allein hilft nicht; sondern die Frage ist, was anders gemacht werden kann. Über dieses „anders“ werden wir uns noch auseinander setzen müssen, weil keine der großen Fraktionen in ihren Anträgen Vorschläge unterbreitet hat, wie sie sich dies konkret vorstellt. Meine Fraktion hat das getan. Wir haben den Antrag zum Thema „Berufsschulen nach dänischem Modell“ gestellt, der sich noch in der Beratung befindet.

Ich habe die große Hoffnung, dass sich die großen Fraktionen diesem Antrag anschließen werden, um wenigstens auszuprobieren, ob auch unsere Berufsschulen anders, und zwar viel freier arbeiten können.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin Litfin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Busemann?

Frau Litfin (GRÜNE):

Es tut mir Leid, Herr Kollege Busemann. Ich habe noch eine Minute und 25 Sekunden Redezeit.

Ich habe die Hoffnung, dass sich die großen Fraktionen dem Antrag anschließen werden, um ausprobieren zu können, ob die Berufsschulen viel enger mit den Betrieben, Kommunen, Kammern und allen Akteuren in ihrem Bereich, die in irgendeiner Form mit Berufsbildung zu tun haben, zusammenarbeiten zu können, um ausprobieren zu können, ob unsere Berufsschulen in der Lage sein werden, wie Schulen in Dänemark freie Angebote konzipieren zu können, in denen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, Module zu erwerben, die ihnen dann auch nicht verloren gehen, sondern als Qualifikation bei einem neuen Weg, den sie einschlagen werden, angerechnet werden, und ob Schülern und Schülerinnen dann, wenn sie nach einem Vierteljahr feststellen, dass dieser Ausbildungsplatz nicht das Wahre für sie ist oder der Meister diese Feststellung trifft, sofort etwas anderes machen können und nicht auf den Beginn des nächsten Schul- bzw. Ausbildungsjahres warten müssen.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Ressourcen sagen, die auf der Grundlage des neuen Klassenbildungserlasses verteilt werden. Die Berufsschule in Walsrode beschwert sich nicht zu Unrecht darüber, dass die Fachoberschule Technik in einer Zeit, in der wir einen wahnsinnigen Ingenieurmangel erleben, gezwungen ist, mit 32 Schülern und Schülerinnen in einer Klasse zu arbeiten, was schon einmal ziemlich unmöglich ist. Ich empfinde dies als verantwortungslos, wenn wir dann noch berücksichtigen, dass sie gezwungen ist, sowohl Realschüler und Realschülerinnen, die frisch von der allgemein bildenden Schule kommen, als auch junge Leute oder ältere Leute, die bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, eine Berufstätigkeit ausgeübt haben und sich weiterbilden wollen, in dieser einen 32er-Klasse zu unterrichten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, bevor ich Frau Ministerin Jürgens-Pieper das Wort erteile, möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass die Fraktionen übereingekommen sind, dass wir noch vor der Mittagspause den Tagesordnungspunkt 14 - dabei geht es um den europaweiten autofreien Tag - besprechen und abschließen wollen. Ich bitte Sie, sich darauf einzustellen.

Frau Ministerin, Sie haben jetzt das Wort.

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich Besuche abstatte, erlebe ich im Gegensatz zu Frau Vockert und Frau Litfin immer völlig andere berufsbildende Schulen. Ich würde Sie gerne zu einem solchen Besuch einladen. Ich habe Ihnen dieses Angebot ja schon einmal unterbreitet. Ich erlebe motivierte Lehrkräfte, gut ausgestattete, mit der Wirtschaft zusammenarbeitende Schulen und Verbände, die gebildet werden. Ich war gerade in Ostfriesland, in Leer und in Emden, und einige Ihrer Abgeordneten waren auch dabei. Dort gibt es glänzende Wirtschaft-life-Projekte.

(Frau Vockert [CDU]: Friede, Freude, Eierkuchen!)

Die Schulen nehmen so viel Geld ein, dass wir uns aus steuerlichen Gründen schon fast Sorgen über Fördervereine machen müssen.

(Busemann [CDU]: Wie heißt das Bundesland, von dem Sie sprechen?)

- Das ist Niedersachsen. Sie werden es nicht glauben. Ich rate Ihnen dringend, in die berufsbildenden Schulen zu gehen. Dann werden Sie erleben, wie die sich dem technologischen Wandel, wie Sie es vorhin so schön zitiert haben, anpassen und wie motiviert diese Schulen sind. Wir können auf diese Kollegien wirklich stolz sein.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin, eine Sekunde! - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können es ja einmal wie in der Berufsschulklasse versuchen

(Mühe [SPD]: Lieber nicht!)

und demjenigen, der hier vorne redet, zuhören. Diejenigen, die das nicht möchten, können den Saal verlassen und sich draußen unterhalten. - Bitte schön!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Frau Litfin, bei Ihrem dänischen Modell, dem wir uns in der Diskussion gerne stellen werden, besteht die Freiheit der Schule vor allem darin, dass die Ausbildung dort zu 80 % finanziert wird und die Schulen dort 20 % hinzuverdienen. Wir können uns damit gerne auseinander setzen. Aber auch dies muss bitte in aller Offenheit einmal gesagt werden.

Ich habe Ihnen im Oktober des letzten Jahres mein Modell vorgestellt. Ich bin froh darüber, dass sich auch die Fraktion dieser Diskussion gestellt hat. Es waren vor Ort viele Diskussionen unter der Zielvorgabe „Ressourcen sichern - Qualität sichern und steigern - regionale Kompetenzzentren schaffen“ zu führen. Ich finde, dass wir ein recht ordentliches Maßnahmenbündel geschnürt haben, sodass wir jetzt, zum Schuljahresanfang, ein ganzes Stück weiter sind.

Die verbesserte Altersstruktur an den berufsbildenden Schulen ist schon genannt worden. 322 junge Lehrkräfte sind zum 1. Februar und zum Anfang des Schuljahres hinzugekommen. Niedersachsen ist attraktiv für junge Lehrkräfte. Sie erzählen da etwas völlig Falsches.

(Busemann [CDU]: Was?)

Die Einstellung auf volle Stellen übt eine hohe Anziehungskraft aus. Die steigende Zahl der Bewerberinnen aus anderen Bundesländern lässt sich nachweisen.

Darüber hinaus ist bereits erwähnt worden, dass wir durch die Anhebung der Dreiviertel-Beschäftigungsverhältnisse 5.000 Lehrerstunden dazugewonnen haben. Sie diskutieren das Stunden-Soll, ich diskutiere das Stunden-Ist, und das hat sich in diesem Schuljahr deutlich verbessert.

(Frau Vockert [CDU]: Dadurch, dass Sie zunächst wieder reduziert haben!)

Die Änderung von Standards, die in der Debatte war, ist so sogar von der Wirtschaft gefordert worden, um nämlich von dem staatlichen Angebot der Vollzeitschulen wegzukommen und das duale

System zu stärken. Das ist ein wichtiges Element unseres Konzeptes.

Der zum 1. August in Kraft getretene Klassenbildungserlass stellt sich als ein verbessertes Controllinginstrument dar, und die eingehenden Erörterungen haben zur Versachlichung dieses Themas ja auch sehr deutlich beigetragen.

Frau Vockert, wir haben schon in diesem Schuljahr nur wenige Budgetüberschreitungen, da durch intensive Beschäftigungen Lösungen gefunden worden sind. Die Klassenbildungsentscheidungen, die im Frühjahr getroffen worden sind, ließen sich allerdings nicht mehr rückgängig machen, wie ich an dieser Stelle schon einmal erwähnt habe. Diese Entscheidungen haben an einigen Stellen zu Budgetüberschreitungen geführt. Es betrifft allerdings nur sehr wenige Schulen. Die meisten Schulen kommen mit diesem Instrument zurecht. Wir werden im kommenden Jahr noch eine Feinsteuerung ausüben. Man merkt es Ihnen ja schon an, dass das für Sie gar kein Thema mehr ist, weil Sie gemerkt haben, dass hierfür an den Schulen längst Lösungen gefunden worden sind.

(Frau Vockert [CDU]: Nein, das ist falsch!)

Die berufsbildenden Schulen wiesen im letzten Schuljahr eine durchschnittliche Klassenfrequenz von 19,5 Stunden auf. Sie werden jetzt im Durchschnitt bei 20,5 Schülern liegen. Das ist auch im Ländervergleich keine schlechte Qualität.

(Klare [CDU]: Was sagt die Zahl der Berufsschüler aus?)

Sie vernachlässigen Dinge, die dieses Maßnahmenbündel enthält, die wir sicherlich gemeinsam vertreten. Ich denke, dass wir einig darin sind, dass wir künftig an der Berufsoberschule die Erlangung der Hochschulreife ermöglichen, dass wir eine leistungsgerechte Differenzierung ermöglichen und dass wir - das ist ein wichtiges Ziel - leistungsschwachen Schülern im Berufsvorbereitungsjahr den Hauptschulabschluss ermöglichen.

Wir werden die berufsbildenden Schulen weiterentwickeln. Wir sind dabei noch nicht am Ende unseres Weges angelangt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Personalkostenbudgetierung und die Schulen, die sie annehmen werden, werde ich Ihnen in Kürze vorstellen. Die berufsbildenden Schulen

werden außerdem ein Fortbildungsbudget erhalten, um ihren Fortbildungsbedarf selbst finanzieren zu können. Insofern kann man sagen, dass wir mit dem Modernisierungskonzept einen guten Weg beschritten haben.

Wir sind im Wettbewerb an der Spitze der Bundesländer, was sich schon heute feststellen lässt. Wir werden im nächsten Jahr die ersten Kompetenzzentren vorstellen können. Ich bedanke mich noch einmal bei der SPD-Fraktion dafür, dass sie diesen Weg mit ihrem Antrag unterstützt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, nach unserer Geschäftsordnung - § 75 Abs. 2 - erhält Frau Kollegin Litfin eine Redezeit von bis zu zwei Minuten.

Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich empfinde es als beschämend, dass die zuständige Kultusministerin, die hier eben versucht hat, Kompetenz zu demonstrieren,

(Buß [SPD]: Das hat sie!)

es als grundlegend für die Freiheit des berufsbildenden Systems in Dänemark ansieht, dass die Schule 20 % des benötigten Geldes dazuverdienen dürfen. Das ist es nicht. Das ist nur ein Gesichtspunkt, der aus meiner Sicht das dänische Schulmodell unserem überlegen macht. Es ist noch eine ganze Menge anderer Gesichtspunkte, die tatsächlich die Freiheit der Arbeit bedeuten.

Herr Kollege Domröse, was ist denn dagegen zu sagen, wenn berufsbildende Schulen die Möglichkeit haben, auf dem Weiterbildungsmarkt Geld dazuzuverdienen? Wenn man das in Niedersachsen ausprobieren will, muss man damit nicht gleich anfangen. Aber es ist doch nichts dagegen zu sagen - man muss es ja nicht gleich vorschreiben -, dass sie die Möglichkeit haben. Das ist doch eine gute Geschichte.

Wirklich empört hat mich aber der Satz der Ministerin: Wir werden die berufsbildenden Schulen weiterentwickeln. - Das will überhaupt niemand.

(Frau Rühl [CDU]: Lächerlich!)

Sie soll die Schulen sich entwickeln lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Die können das viel besser eigenständig als irgendeine Bürokratie, die sie von oben weiterentwickeln will. Das funktioniert nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Nach der gleichen Bestimmung der Geschäftsordnung erhält Frau Kollegin Vockert bis zu drei Minuten Redezeit - in Worten: drei.

(Heiterkeit)

Frau Vockert (CDU):

Danke schön. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wirklich ein Hohn, wenn Sie, Frau Ministerin, sich hier hinstellen und sagen, dass die Besuche der Schulen, die Sie abgestattet haben, Friede, Freude, Eierkuchen gewesen sind, dass es keine Probleme gibt, dass es läuft und alles in Ordnung ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Nehmen Sie denn überhaupt nicht zur Kenntnis, Frau Ministerin, a) was in der Presse läuft, b) welche Watschen Ihre SPD-Kollegen in den Berufsschulen erhalten haben und c) wie viele Petitionen es zum Thema BbS-VO und zum Thema Klassenbildungserlass gibt?

Wir haben einige davon morgen strittig gestellt. Ich weiß nicht, mit welcher Blindheit, Ignoranz, Arroganz Sie geschlagen sind. Es ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]:
Wenn das Arroganz und Ignoranz ist,
dann ist Ihre Rede Firlefanz!)

Wir haben Ihnen, Frau Ministerin, als Sie das Modernisierungskonzept vorgelegt haben, im Zusammenhang mit BbS-VO, im Zusammenhang mit dem Klassenbildungserlass genau gesagt, wo die Knackpunkte sind, wo die Probleme auftauchen. Genau das ignorieren Sie weiterhin, genau das ist eingetroffen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie haben trotz und alledem - - -

(Voigtländer [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich habe nicht mehr genug Redezeit, Herr Kollege Voigtländer. - Genau das zeigt mir heute wieder, dass Sie keine Antworten haben. Frau Ministerin, selbst wenn Sie jetzt bei der Unterrichtsversorgung mit Soll und Ist kommen, sagen Sie uns bitte eine Antwort, was bis zum Jahre 2008 geschieht bei steigenden Schülerzahlen, was bis zum Jahre 2015, wenn wir dann 10.000 Schülerinnen und Schüler mehr haben als heute. Die Antwort „207 Lehrerstellen“ kann nun wirklich nicht richtig sein, weil Sie überhaupt keine Vorsorgepolitik betreiben.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Ich finde es beschämend. Beschämend finde ich auch, dass in dem Moment in Antworten auf Petitionen - wir kommen morgen noch dazu - davon gesprochen wird, man werde ja den Berufsschulen helfen. Herr Kollege Voigtländer sprach vorhin von Unterrichts- - -

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei allem Wohlwollen: Man kann ganz anderer Meinung sein als der Redner.

(Zuruf)

- Frau Kollegin, Sie müssen das Präsidium nicht auf Zeit aufmerksam machen. Das machen wir hier sehr sorgfältig. Kritik in dieser Hinsicht können Sie an anderer Stelle anbringen als hier im Plenum.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Lautstärke hier im Saal ist nicht zu ertragen. Wenn das so weitergeht, unterbreche ich die Sitzung. Die Rednerin hat jetzt noch eine Minute Redezeit, und die wird sie jetzt nutzen. Ich bitte Sie dringend in Ihrem eigenen Interesse, jetzt zuzuhören.

Frau Vockert (CDU):

Sie, Frau Ministerin, und die gesamte SPD-Landtagsfraktion sprechen im Bereich der Unterrichtsversorgung davon, dass Sie in Einzelfällen helfen wollen. Sie haben entsprechende Beruhigungspillen auch tatsächlich schon verabreicht.

Jetzt sprechen Sie davon, dass die Unterrichtsversorgung ausgesteuert wird. In Antworten auf Petitionen steht dann, dass eine Feinsteuerung stattfindet. Frau Ministerin, seien Sie ehrlich, gehen Sie mit den Berufsschülerinnen in unserem Lande ehrlich um, und tun Sie tatsächlich etwas, damit die Modernisierung, die stattfinden soll und über die wir uns einig sind, umgesetzt werden kann. Aber täuschen Sie nicht, verschleiern Sie nicht, und tricksen Sie nicht. Das werden wir weiter anprangern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Voigtländer, Sie haben bis zu drei Minuten Redezeit. Bitte schön!

Voigtländer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin auf einen Gedanken Ihres Fraktionsvorsitzenden von gestern eingegangen. Sie haben das wieder aufgenommen. Was Sie eben geleistet haben, war beschämend.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Ah!)

Ich habe immer den Eindruck, wenn bestimmte Begriffe hier fallen - ich will nur die beiden aufgreifen, die Sie genannt haben - wie „aussteuern“ und „Feinsteuerung“, muss doch jedem Folgendes klar sein: Wenn im Jahre 2008 am meisten Berufsschülerinnen und -schüler in den Schulen sein werden, darf man schon heute durchaus darüber nachdenken.

(Busemann [CDU]: Seit Jahren wollen Sie nachdenken! Und was kommt?)

Aussteuern bedeutet hier lediglich, dass man sehen muss, wie man aufgrund steigender Schülerzahlen dann auch mehr Lehrerstunden zur Verfügung hat. Das reguliert man, indem man einen Klassenbildungserlass so abfasst, dass den Schulen die Möglichkeit gegeben wird, effizient mit der durchaus nicht billigen Personalressource umzugehen. Das muss doch in Ihren Kopf hineingehen, mein Gott noch mal!

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Bereich der Feinsteuerung. Feinsteuerung berücksichtigt, dass wir in diesem Bundesland Niedersachsen durchaus unterschiedliche Regionen haben, dass wir unterschiedliche Schulstandorte

(Busemann [CDU]: Mangelverwaltung!)

mit unterschiedlichen Industriebereichen, Handwerksbereichen und, und, und haben. Jede Berufsschule in Niedersachsen ist anderer Art mit anderen Zusammensetzungen. Es gibt da keine gleichen Berufsschulen. Informieren Sie sich doch einmal, Herr Busemann. Mein Gott, Sie sind doch begabt,

(Heiterkeit)

Sie sind doch nicht bildungsunfähig an dieser Stelle.

(Busemann [CDU] erhebt sich und verneigt sich)

- Sie sehen, wir kommen zusammen. Ich bin da immer ganz sicher. - Also, an dieser Stelle bedeutet Feinsteuerung lediglich, dass die SPD-Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion in der Lage sein werden, es zu keinem Verlust an Ausbildungsplätzen kommen zu lassen. Und das werden wir Ihnen garantieren, bis heute und in alle Ewigkeit. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sich der Saal wieder beruhigt hat, können wir zu den zwei notwendigen Abstimmungen kommen.

Ich rufe die Abstimmung zu Punkt 11 auf. Wer der Beschlussempfehlung des Kultusausschusses in der Drucksache 1826 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Der Beschlussempfehlung des Kultusausschusses ist gefolgt worden.

Ich rufe jetzt die Abstimmung zu Punkt 12 auf. Wer der Beschlussempfehlung des Kultusausschusses in der Drucksache 1827 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1583 - da können Sie ihn nachlesen - ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das Erste war wiederum die Mehrheit.

Auch hier ist der Beschlussempfehlung des Kultusausschusses gefolgt worden.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 11 und 12 erledigt.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 13:

Einzig (abschließende) Beratung:

Verfassungsgerichtliches Verfahren - Verfahren über den Antrag festzustellen, 1. dass Art. 78 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen mit Art. 28 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Demokratieprinzip nicht vereinbar ist, so weit für die Prüfung der Wahlen zum Hessischen Landtag bestimmt ist, dass 'gegen die guten Sitten verstoßende Handlungen, die das Wahlergebnis beeinflussen', die Wahl 'im Falle der Erheblichkeit für den Ausgang der Wahl' ungültig machen, 2. dass Art. 78 Abs. 3 der Verfassung des Landes Hessen und das Hessische Wahlprüfungsgesetz mit Art. 20 Abs. 2 Satz 2, Art. 92, Art 97 Abs. 1, Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG in Verbindung mit Art. 19 Abs. 4, Art. 28 Abs. 1 GG und dem Rechtsstaatsprinzip insoweit nicht vereinbar sind, als das Wahlprüfungsgericht beim Hessischen Landtag neben den beiden höchsten Richtern des Landes mit drei vom Landtag gewählten Abgeordneten besetzt ist und seine Entscheidungen durch Urteil trifft, das mit seiner Verkündung rechtskräftig wird und dass die genannten Vorschriften daher im Umfang der Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz nichtig sind - Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Zweiter Senat - vom 13. Juni 2000 - 2 BvF 1/00 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/1828

Es geht um zwei Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, zu denen uns dieses gebeten hat, Stellung zu nehmen. Traditionsgemäß, um es einmal einfach auszudrücken, tun wir das nicht. Wir waren uns auch im Ältestenrat darüber einig, dass wir das nicht tun wollen. Dementsprechend sieht die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der Drucksache 1828 auch von einer Stellungnahme ab.

Wer wie empfohlen beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Dies ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den letzten Tagesordnungspunkt vor der Mittagspause auf:

Tagesordnungspunkt 14:

Zweite Beratung:

Europaweiter autofreier Tag am 22. September 2000 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1491 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1821

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 1491 wurde in der 48. Sitzung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Der Kollege Biel hat zuerst das Wort. Bitte schön!

Biel (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele schimpfen über verstopfte Straßen, aber niemand will auf sein Auto verzichten. Daher ist es auch legitim, dass man über Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Situation nachdenkt. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthält aber nur einen ganz kleinen Aspekt. Er sieht nicht das Ganze.

Ein ganz wichtiger Punkt muss dabei doch betrachtet werden: Niedersachsen ist ein Flächenland, meine Damen und Herren.

(Plaue [SPD]: Wir sind immer für Überraschungen gut!)

Es wird schlecht zu erreichen sein, dass jede Person zu jeder Zeit an jedem Ort ein flächendeckendes ÖPNV-Angebot hat. Auch viele Arbeitnehmer sind Pendler und auf ihr Auto angewiesen.

(Adam [SPD]: Sehr richtig!)

Ein europaweiter autofreier Tag in der Woche stellt viele Menschen in unserem Land Niedersachsen vor unlösbare Probleme.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, es bleibt aber den Kommunen unbenommen, zu ähnlichen Aktionen an Sonntagen aufzurufen. Diesen Weg halten wir für richtig und für wichtig. In Niedersachsen gibt es einige Städte, die dazu aufrufen, und zwar mit großem Erfolg. Wir brauchen vom Land Niedersachsen her keine Bevormundung für die Kommunen. Ich halte den Weg, so etwas unten vor Ort zu machen, für richtiger und wichtiger. Eine solche Aktion wird von den Menschen gemacht, und damit kommt es aus dem Herzen. Damit wird man dem Ziel dieses Antrages für einen europaweiten autofreien Tag eher gerecht, als wenn der Landtag jetzt beschließt, dass ein europaweiter autofreier Tag eingeführt werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat jetzt Herr Kollege Wenzel.

Wenzel (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der europafreie Tag ist mittlerweile - - -

(Zurufe: Der europafreie Tag?
- Heiterkeit - Zurufe - Unruhe)

Der europaweite autofreie Tag - aber es ist auch ein europaweiter Tag, Herr Dr. Domröse,

(Mühe [SPD]: Aber er ist nicht europafrei; denn wir sind Europa!)

das liegt in der Natur der Sache - ist mittlerweile mehr als eine Aktion. Er wird mehr und mehr zu einer europäischen Bewegung.

(Jahn [CDU] lacht)

„In die Stadt - ohne mein Auto!“ lautet das Motto. Dabei geht es nicht um Zwang. Es geht vielmehr um umweltfreundliche Mobilität. Es geht um fantasievolle Aktionen. Es geht um attraktive Alternativen.

762 Städte in ganz Europa - 762 Städte! - beteiligen sich mittlerweile an dieser Initiative, die von der EU-Umweltkommissarin Wallström ins Leben gerufen wurde. 60 Städte in Deutschland machen mit, 152 Städte in Italien, sogar 215 Städte in Spanien. Dabei sind auch Städte in Schweden,

Portugal, Irland, Zypern, Island, Ungarn, Israel, Polen, Rumänien und der Schweiz.

Die Bundesminister für Umwelt und Verkehr, Trittin und Klimmt, unterstützen diese Aktion ebenso wie die Konferenz der Umweltminister der Länder. Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen beteiligen sich auch direkt und mit konkreten Aktionen sowie einer ganz konkreten Unterstützung.

Wie sich der Niedersächsische Umweltminister, Herr Jüttner, zum autofreien Tag stellt, ließ sich anhand der Protokolle der Umweltministerkonferenz leider nicht nachvollziehen. Vielleicht wird uns Herr Jüttner gleich noch einmal persönlich erklären, wie er dort abgestimmt hat und wie er die Sache sieht. Seine Fraktion hat sich ja bei der ersten Beratung im Plenum und auch heute eher kritisch geäußert.

Gemeinden, Städte, Länder, Regionen und Staaten bereiten sich heute mit den vielfältigsten Aktionen auf diesen Tag vor. Schulen und Einzelhandelsverbände machen mit. „Bummeln ohne Ende“ heißt es in Mainz. „Einkaufsspaß in Ditzinger Läden“ gibt es mit Lieferservice per Lastenfahrrad in Ditzingen. Ein Großkonzert findet in Hamburg an der Binnenalster statt.

(Unruhe)

Schulwegsicherungsaktionen und Bobbycar-Demos gehören genauso dazu wie die Aktion „Wir helfen dem Rat aufs Rad“. Die Blade-Night, die Roller- und Skaterfeten wie in Göttingen sind andere Formen der Teilnahme.

(Glocke des Präsidenten)

In Brüssel lädt die EU-Kommission die teilnehmenden Staaten zu einem Medienevent ein.

Meine Damen und Herren, leider liegt uns heute ein ablehnender Beschlussvorschlag von CDU und SPD vor. Ich meine aber, dass einige Argumente noch einmal überprüft werden sollten. Es geht nicht um einen Kreuzzug gegen das Auto, sondern es geht um Werbung für sinnvolle Alternativen.

Es kam der Einwand: Nehmt doch lieber einen Sonntag. - Das ist natürlich problematisch, weil nicht alle an einem anderen Tag feiern können, wenn man so etwas in Europa gemeinsam machen will. Außerdem ist am Sonntag der ÖPNV natürlich besonders schlecht.

Einige Kollegen von CDU und SPD meinten auch, es sei an diesem Tag nicht opportun, weil die EXPO stattfindet. Warum beteiligt sich die EXPO nicht selbst an diesem Aktionstag?

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Warum nimmt man das Motto „Mensch - Natur - Technik“ nicht ernst und veranstaltet an diesem Tag eine riesige Werbeveranstaltung für umweltfreundliche Mobilität?

(Beifall bei den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum letzten Satz. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Argumente haben sich im Nachhinein als nicht tragfähig erwiesen. Auch wenn es für konkrete Unterstützung spät ist, wäre die ideelle Unterstützung durch diesen Landtag doch sehr schön und sehr hilfreich. Deshalb würde ich mich freuen, wenn Sie sich einen Ruck geben und unserem Antrag zustimmen könnten, meine Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Kollege Haselbacher hat das Wort.

Haselbacher (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn man in der politischen Diskussion immer wieder auf die Einflüsse des Autoverkehrs auf die Umwelt hinweisen muss, so erscheint mir dieser Antrag zu diesem Zeitpunkt überflüssig. Ich möchte sogar so weit gehen und sagen: In der augenblicklichen, zum Teil verzweifelten Situation vieler Menschen und Betriebe, die im weitesten Sinne aufs Kfz angewiesen sind, ist dieser Antrag sogar zynisch.

(Zustimmung bei der CDU)

Menschen kämpfen infolge der hohen Spritpreise um ihre persönliche Existenz. Viele Familien, die auf den Pkw angewiesen sind, um den Arbeitsplatz zu erreichen, überlegen händeringend, wie sie die enorm gestiegenen Spritpreise in ihrer familiären Finanzplanung berücksichtigen können. Täglich überlegen sehr viele Mitbürgerinnen und Mitbürger gerade unter Kostengesichtspunkten genauestens, welches Verkehrsmittel sie zur Erledigung

ihrer Aufgabe wählen sollen, und verzichten, wo immer dies möglich ist, auf das Auto. Wenn in einer solchen Situation gerade die Grünen, die an dieser Misere ja nicht ganz unschuldig sind, den Menschen, die eben tagtäglich überlegen, wie sie den hohen Spritpreisen entgehen können, empfehlen „Ihr könnt ja Freitag in acht Tagen einmal das Auto stehen lassen“, dann ist das eine Verhöhnung der durch diese enorme Spritpreiserhöhung betroffenen Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Empfehlung ist auch deshalb zynisch, weil diese Möglichkeit überall dort, wo der ÖPNV vorhanden ist, wegen der hohen Spritpreise schon längst genutzt wird; diejenigen aber, bei denen der ÖPNV so nicht vorhanden ist, müssen diese Empfehlung als Hohn und Spott empfinden. In der aktuellen Situation sollten die Grünen ihren Antrag also zurückziehen, da durch ihre Ökosteuerbelastung die Menschen dort, wo sie es können, den ÖPNV bereits nutzen oder dort, wo sie den ÖPNV nicht nutzen können, diesen Vorschlag als höhnisch empfinden.

Ich bin der Auffassung, dass derartige Anträge erst dann Sinn machen, wenn das System des ÖPNV so weit und so gut ausgebaut ist, dass der Vorschlag „autofreier Tag“ auch eine echte Chance auf Verwirklichung hat.

Bei der Gelegenheit darf man vielleicht einmal darauf hinweisen, dass Niedersachsen allein 1 Milliarde DM Kfz-Steuer einnimmt und durch die Regionalisierung der Bahn über mehr als 800 Millionen DM verfügen kann.

Sicherlich gibt es noch weitere Gesichtspunkte. Herr Wenzel, Sie haben eben die EXPO angesprochen. Ich halte diesen Termin gerade wegen der EXPO für außerordentlich unglücklich.

(Wenzel [GRÜNE]: Wegen der vielen Besucher, oder warum?)

Bedenken Sie die mittlerweile glücklicherweise steigenden Besucherzahlen auf der EXPO! Oder wollen Sie den verbesserten Besucherstrom jetzt bremsen, um anschließend wieder rückläufige Besucherzahlen kritisieren zu können?

(Wenzel [GRÜNE]: Sie haben nicht verstanden, worum es geht, Herr Hahselbacher!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir passt auch die Art des Antrags deshalb nicht, weil er meines Erachtens wieder einmal Dirigismus, Gängelerei der Bevölkerung und Besserwisseri ausdrückt. Lassen Sie die Menschen doch vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Situation selbst entscheiden! Die Menschen wissen viel besser als die Grünen,

(Frau Steiner [GRÜNE]: Die Grünen sind auch Menschen!)

was für sie unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Verhältnisse, unter Berücksichtigung ihres Engagements für die Umwelt, unter Berücksichtigung ihres Wohnorts und ihrer möglichen Reiestrecke gut ist und welches Verkehrsmittel für sie gut ist.

(Wenzel [GRÜNE]: Genau das wollen wir!)

Fazit: Der Antrag ist überflüssig; er ist zumindest in der augenblicklichen Situation zynisch. Die Bevölkerung ist verantwortungsbewusst genug, um gerade umweltrelevante Sachverhalte zu berücksichtigen. Der ÖPNV muss in vielen Bereichen erst einmal die Voraussetzungen für einen reduzierten Autoverkehr schaffen. In einem so sehr vom Auto abhängigen Land wie Niedersachsen darf es nicht immer wieder Kampagnen gegen das Auto geben. Abschließend - das ist für mich persönlich sehr wichtig -: Die Grünen sollten endlich aufhören, die Menschen immer wieder bevormunden zu wollen und ihnen immer und überall ihre zum Teil nicht nachvollziehbaren Überlegungen und Vorstellungen aufzwingen zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlaube ich mir den Hinweis, dass unmittelbar nach der Mittagspause der gemeinsame Antrag „Unser Land: vielseitig und weltoffen Für Demokratie und Menschenrechte - Gegen Gewalt und Fremdenhass“ beraten wird. Ich habe den Wunsch, dass dann das Plenum dem Anlass entsprechend besetzt ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 1821 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 1491 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt, und der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde mit großer Mehrheit gefolgt.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause und einen guten Appetit.

Unterbrechung: 13.01 Uhr.

Wiederbeginn: 14.32 Uhr.

Vizepräsidentin Goede:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der für Sie hoffentlich angenehmen und erholsamen Mittagspause fahren wir in unserer heutigen Sitzung fort.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 15:

Erste und zweite Beratung:

**Unser Land: vielseitig und weltoffen
Für Demokratie und Menschenrechte -
Gegen Gewalt und Fremdenhass** - Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1845

Dazu liegen mir mehrere Wortmeldungen vor. Zunächst erteile ich das Wort Herrn Professor Wernstedt. Bitte schön, Herr Professor Wernstedt!

Wernstedt (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute zu einem Thema, das in den vergangenen zwei, drei Monaten die gesamte Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland in große Aufmerksamkeit und auch Erregung versetzt hat.

Das Thema Rechtsextremismus und Gewalttaten ist an sich kein isoliertes deutsches Phänomen. Das

demokratische Deutschland hat nach unserer Auffassung trotzdem besonderen Grund, mit rechtsextremem Denken und Handeln wachsamer und streitbarer umzugehen als manches andere Land der Welt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir sind nach den Exzessen des Nationalsozialismus sozusagen gebrannte Kinder und daher in unserem eigenen Interesse aufgefordert, unzweideutig und entschieden in dieser Frage zu sein.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Niedersächsische Landtag hat in den letzten Jahrzehnten - ich sage „Jahrzehnten“, das ist eine lange Zeit - wiederholt über Rechtsextremismus diskutiert und auch gemeinsam Anträge verabschiedet. Wir waren uns z. B. immer einig, dass Bergen-Belsen und die Gedenkstätten für unser Land wichtige Orte der Begegnung, des Lernens und des Gedenkens sind und dass man sie pflegen und fördern muss, wenn es über Details selbstverständlich auch unterschiedliche Meinungen gab. Als z. B. mitten im Wahlkampf 1982 die SPD nach dem Auffinden von Waffen von Neonazis in der Lüneburger Heide eine Anhörung zum Rechtsextremismus durchführte, sprachen selbstverständlich auch die der CDU angehörenden Minister Dr. Möcklinghoff und Dr. Remmers. Ich bin dankbar dafür, dass dies in diesem Landtag immer möglich war und möglich ist, wie es der heute zu diskutierende Antrag auch wieder dokumentiert.

Dennoch gibt es in diesem Sommer eine Besonderheit: Endlich, so scheint es, reagieren Öffentlichkeit, Politik und Gesellschaft so eindeutig und entschieden auf die Morde und anderen Gewalttaten und Provokationen von Rechtsextremisten, dass dies breiter wahrgenommen wird als zuvor. Ich bin genau einen Tag, nachdem der schreckliche Mord an einem Obdachlosen in Ahlbeck vor einer Kirchentür passiert war, in dem Ort gewesen und habe mitbekommen, wie zunächst überhaupt nicht reagiert worden ist und wie dann am Ende der Woche auch die Bewohner des Ortes anfangen, darüber zu reden, dass dies nicht eine zu entschuldigende Sache einiger dorf- und stadtbekannterer Jugendlicher war, sondern dass die Schwelle des Verbrechens überschritten war. Nachdem die Menschen, die zunächst bereit waren, vieles zu entschuldigen, und zwar aus Gründen, die wir alle kennen, das erkannt hatten, wurde die Debatte ernsthafter.

Es ist gut zu wissen, dass die demokratischen Kräfte in diesem Lande jedwede Form von Extremismus, wie es in dem Antrag auch heißt, ablehnen und den Schutz der Menschen garantiert wissen wollen und auch selber garantieren wollen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dies ist ein unmissverständliches Bekenntnis gegen Gewalttätigkeit jeder Art, aber auch umgekehrt - auch das, wie man sagen muss - die Erinnerung daran, dass das Monopol der Gewalt - es gibt nämlich keine Gesellschaft, in der nicht auch Gewalt passiert - in unserem Land beim Staat und seinen demokratisch legitimierten Institutionen liegt und bei niemandem sonst.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Diskussion der letzten Wochen hat, so meine ich, das Bewusstsein dafür geschärft, dass es sich bei der Frage des Rechtsextremismus und seiner Bekämpfung nicht nur um tagespolitisch isolierte Aufgaben und kurzfristige Maßnahmen handelt. Ich verstehe die Debatte heute auch so, dass wir versuchen herauszufinden, an welchen Stellen das sozusagen im Bewusstsein ständig bleiben muss, ohne dass man beginnt, Phrasen zu dreschen.

Fast alles, was konkret dazu gesagt worden ist, mag richtig sein, und vieles ist auch notwendig, seien es die Vorschläge der Fraktionen, der Parteien, die Beschlüsse von Regierungen, unserer Regierung, der Bundesregierung, der Regierungen aller anderen Länder, und dennoch: Wenn es nur jeweils isoliert gesehen wird, so meine ich, bleibt es unzureichend. Es muss ein öffentliches Klima herrschen, und zwar gegenwärtig herrschen und nicht nur deshalb, weil es in der Tageszeitung gestanden hat, damit schneller, damit leichter und damit vor allem auch einheitlich in der Bevölkerung identifizierbar ist, was gut ist und was böse ist, was wir wollen und was wir nicht wollen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Zorn konnte einem ja ins Gesicht steigen, als man die unterschiedlichen Begründungen hörte, was warum geschah, ob es in Dessau oder in Ahlbeck war oder ob es der bisher unaufgeklärte Mordanschlag in Düsseldorf war, also ob es in Ost oder in West war, wenn auch jeweils mit unterschiedlichen Begründungen und in verschiedenen Zusammenhängen.

Was kann es bedeuten, wenn wir sagen, es handele sich um ein tiefer liegendes Problem? Ich möchte versuchen, das an zwei Beispielen deutlich zu machen, die mir im Zusammenhang hiermit außerhalb der unmittelbaren Tagesprobleme und der Fantasie, die man da aufbringen kann, einfallen.

Das erste Beispiel: Ignatz Bubis, der in diesem Landtag vor sieben Jahren so eindrucksvoll gesprochen hat - die dabei waren, wissen es noch -, hat kurz vor seinem Tod im letzten Jahr eine ungeheuer pessimistische Bilanz seines Wirkens gezogen. Ihm schienen sein ganzes Bemühen um Aufklärung und sein Vertrauen in die deutsche Gesellschaft, dass sie alles das, was mit Nationalsozialismus oder Rechtsextremismus zu tun hat, bewältigt hat, vergeblich zu sein. Viele haben damals gesagt, dass sei übertrieben.

Paul Spiegel, Bubis' Nachfolger im Amt des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der das damals auch gesagt hat, meinte in der letzten Woche, Bubis habe vielleicht sensibler und früher gewittert als andere, was sich im Gefüge der gesamten deutschen Gesellschaft tat und tut, und zwar bevor es zu Rechtsextremismus und diesen scheußlichen und von uns allen in ihrer Wertigkeit überhaupt nicht zu diskutierenden Taten kam. Ich weiß - er hat es mir bei seinem Besuch im Mai 1999 gesagt -, dass ihn der stürmische Beifall der gesamten anwesenden deutschen Elite zu Martin Walsers Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Oktober 1998 zutiefst verstört hat. Warum? - In den Debatten der darauf folgenden Monate hat sich etwas geklärt - es ist wohl ganz wichtig, dass wir es noch einmal in Erinnerung rufen -, was so gefährlich ambivalent an Walsers Rede war: Walser hat zu Recht kritisiert - das sagte Bubis auch -, dass es ritualisierte Formen des Gedenkens und sozusagen der Political Correctness gibt, die nur noch in Phrasen daherkommt, und dass das viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande wirklich aufregt. Ich meine, man muss dann auch zugestehen, dass man das nachvollzieht. Die berechtigte Kritik Walsers am ritualisierten Gedenken hätte er, Walser, aber unterscheiden müssen von der weiterwirkenden Verantwortung aller Deutschen - auch eines sprachmächtigen Schriftstellers - in den Fragen der Erinnerung und daraus folgender historisch-politischer Rede. Wenn dies nicht klar ist und bleibt - so hat es Bubis mir auch noch einmal erklärt -, gerät das letzte Tabu, das die deutschen Demokraten in diesem Lande beachten, ins Wan-

ken, nämlich die einheitliche Beurteilung dessen, was wir auf der rechten Seite nicht wollen.

Es ist natürlich immer eine Zumutung für eine Gesellschaft, mit Geschichte in der Form eines ethischen Imperativs konfrontiert zu werden, in diesem Falle nämlich mit dem wiederholten „Nie wieder“. Wir können uns und unsere Kinder daraus nicht mehr befreien, auch dann nicht, wenn die Zukunftsaufgaben und die Gegenwartsbewältigung alle Kräfte aufzuzehren scheinen und wir glauben, von Termin zu Termin hetzen zu müssen. Das bedeutet im Übrigen für jede Generation eine neue Anstrengung und auch neue Formen. Das, was wir erarbeitet haben und worüber wir uns in den letzten Jahrzehnten bis heute hin einig sind, ist insofern eine Verpflichtung. Aber diese anzunehmen, wenn sie einer Form entspricht, die die Jungen annehmen können, ist Anstrengung der Jungen selbst.

Das zweite Beispiel: Es wurde in den letzten Wochen als Sensation gehandelt, dass bis zu 15 % der Deutschen potenziell rechtsextremistisch wählen könnten. Für die alte Bundesrepublik ist dies nicht überraschend, weil bereits die so genannte Sinus-Studie - einige werden sich daran erinnern - von 1981 - die Befragung ist also 20 Jahre her - diese Dispositionen für die alte Bundesrepublik ermittelt hatte. Autoritäre und undemokratische Gesinnung in unterschiedlichen Varianten und Zusammensetzungen sind der Hauptnährboden dafür, und dass es valent ist, wissen wir. Trifft diese Disposition auf sich verstärkende soziale Probleme, kann ein gefährliches Gemisch aus Benachteiligungsängsten, unverständenen Zusammenhängen und Resentiments entstehen, die sich dann in verschiedenen Wellen und Gelegenheiten auch politisch artikulieren: in den 60er-Jahren in der NPD, in den 70er-/Anfang der 80er-Jahre mit den Republikanern und vor zwei Jahren in der DVU in Sachsen-Anhalt.

Die Statistiker haben ermittelt, dass in Deutschland etwa 10 % der Menschen in Armut leben - das ist schlimm, und wir alle haben die Aufgabe, daran mitzuwirken, dass sich das bessert - und etwa 10 % in so genanntem prekärem Wohlstand. „Prekärer Wohlstand“ heißt, dass sie am Rande dessen leben, was sozusagen ein Abgleiten unter die Armutsgrenze bedeuten würde. Das heißt, dass 10 % der Bevölkerung ständig Angst haben, ihre ohnehin schwache Position in der Gesellschaft noch zu verlieren. Aus der Geschichte des Untergangs der Weimarer Republik wissen wir, dass nicht so sehr die wirklich Armen, sondern diejenigen, die Angst

hatten, in die Armut zu geraten, in die Arbeitslosigkeit zu fallen oder ihre Existenz zu verlieren, der stärkste aggressive Nährboden für den Nationalsozialismus waren. In dieser Situation ist dann auch die Ausländerfeindlichkeit nicht weit. Die demokratischen Parteien dieses Landes sind in der Pflicht, mit diesen Problemen sorgfältig umzugehen und auch Ängste aufzunehmen und rational abzuarbeiten.

Alle wissen, nicht erst seit der Greencard-Debatte, dass wir ohne Zuwanderer in den nächsten Jahrzehnten weder die Produktion noch die Renten werden sichern können. Jeder dritte Arbeitsplatz ist heute schon vom Export abhängig, d. h. vom Ausland abhängig. Internationale Verflechtungen der Ökonomie, der Ökologie, des kulturellen Lebens, der Akzeptanz kultureller Einflüsse, natürlich auch der politischen Organisationen, der EU, der offenen Grenzen - die wir alle so begrüßt haben -, der NATO, der EXPO - darüber haben wir gestern geredet - und vieler anderer Dinge zeigen, dass wir ohne den Blick nach draußen und ohne das offene Land in Zukunft wirklich überhaupt nicht werden leben können. Das müssen alle verstehen und begreifen, sonst werden sie in diesem Lande nie heimisch sein.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ansonsten werden auch die Deutschen, die in diese rechtsextremistische Ecke denken, nicht heimisch in ihrem eigenen Land sein.

Alle wissen auch, dass wir in der Frage des politischen Asyls besonders bewusst, vor allem menschenrechtsbewusst vorgehen müssen, aber dabei auch klar vorgehen müssen. Wir alle wissen, dass das gesamte Problem im Kern seit Jahrzehnten verschleppt wird.

(Zustimmung von Oestmann [CDU])

Ein Zuwanderungsgesetz, das beide Seiten - sowohl, wenn man so will, die arbeitsmarktpolitisch-perspektivische Seite der Entwicklung der deutschen Gesellschaft als auch die Asylproblematik - inhaltlich im Blick hat, ist längst überfällig; aber es wird ohne Übereinkunft aller demokratischen Parteien nicht erreichbar sein. Damit - auch politisch - zu spielen, wird zum Schluss jedenfalls niemandem in diesem Lande nutzen. Ich hoffe, dass die Süßmuth-Kommission, die gestern ihre Arbeit aufgenommen hat, in diesem Sinne auch wirklich einen solchen Grad an Rationalität und

Information in ihre Arbeit einbringen kann, dass dabei etwas Vernünftiges herauskommt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Solange dies nicht der Fall ist, frisst sich eine Denkweise in diese Gesellschaft hinein, die direkt in unser heutiges Thema führt, nämlich die Annahme, dass es wertvolle und weniger wertvolle Menschen gibt. Die Empörung, die uns angesichts malträtiertes und getöteter Ausländer, Behinderter oder Obdachloser erfasst, beruht auf unserer gemeinsamen Überzeugung - sei sie grundgesetzlich, ethisch, religiös motiviert oder alles zusammen -, dass jeder Mensch eine Würde besitzt und diese unverletzlich ist und wir sie auch geschützt wissen wollen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Aber genau diese Voraussetzung wird von rechts-extremistisch Argumentierenden oder dumpf Agierenden nicht erfüllt. Man muss das wissen. Sie denken und handeln insofern rassistisch. Das heißt, dass nach diesem Denken Menschen prinzipiell unterschiedliche Wertigkeit haben. Dies steht in eklatantem Widerspruch zu allen Werten, die diesen Staat und diese Gesellschaft begründen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es ist deshalb falsch, abwiegeln und beschönigend auf solche Gewalttaten zu reagieren. Es gibt in unserem Land nämlich keinen Spielraum für eine derartige Haltung, und es darf ihn nicht geben. Mir scheint, dass die Klarheit in den Debatten der letzten Monate - auch die Klarheit der Sprache in unserem gemeinsamen Antrag - bereits eine gewisse Wirkung in diesem Sinne erzielt hat.

Aber täuschen wir uns nicht. Die politische Verantwortung darf natürlich nicht nur repressiv sein - das ist eine Seite; sie ist wichtig und in den letzten Jahren vielleicht auch manchmal zu sehr vernachlässigt worden -, sondern sie muss sich natürlich auch präventiv zeigen. Dazu gehören Projekte der Jugendarbeit, ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, kulturelle Angebote, aber auch die Sozialpflichtigkeit des Auftretens. Ich nenne diesen Begriff deswegen, weil vieles von dem, was uns heute beunruhigt, wohl aus der Sprachlosigkeit resultiert.

Außerhalb dieser im engeren Sinne politischen und erzieherischen Aufgaben - die man sehr viel weiter fassen kann - scheint es mir notwendig, die unge-

lösten Probleme im Zusammenhang mit der Anwesenheit von Ausländern mit präzisen Begriffen und ohne Furcht zu bearbeiten. Weltoffenheit ist die Selbstverpflichtung eines Volkes und von Menschen, neugierig, kooperativ und rational in die Welt und zu anderen Völkern zu gucken, über sie nachzudenken und mit ihnen zu agieren. Dies ist natürlich verbunden mit der Hoffnung, dass andere uns genau so sehen und behandeln, denn überall in der Welt, außer in Deutschland, sind auch wir Ausländer.

(Starker Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Professor Wernstedt. - Meine Damen und Herren, Herr Kollege Schünemann hat jetzt ums Wort gebeten.

Schünemann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident Wernstedt, ich darf mich im Namen meiner Fraktion ausdrücklich für Ihre sehr nachdenkliche Rede bedanken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, Deutschland *ist* ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land. Daran darf es keinen Zweifel geben. Aber weil dies so ist und damit dies so bleibt, muss eines völlig klar sein: Wer in unserem Land Menschen Gewalt antut, wer Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer politischen Gesinnung verfolgt, schlägt oder sogar umbringt, der muss wissen, dass unser Rechtsstaat entschlossen dagegen vorgehen und alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen wird, dies in der Zukunft zu verhindern.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Menschenwürde zu schützen ist - Herr Professor Wernstedt, Sie haben es gesagt - ein Verfassungsauftrag. Dies ist, meine Damen und Herren, die Aufforderung an den Staat, aber auch an jeden einzelnen Bürger, diesen Auftrag umzusetzen - an jedem Ort, zu jeder Zeit und gegen jedermann.

Meine Damen und Herren, Menschenhetze, das Malen von Hakenkreuzen an Wände, das Verbreiten von neonazistischen Parolen im Internet, das alles müssen wir mit aller Entschiedenheit verhindern.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es kann einen schon beunruhigen, wenn manche versuchen, Gewalt zu verharmlosen, indem sie sagen, sie täten dies vor einem politischen Hintergrund. Meine Damen und Herren, Gewalt kann man nicht begründen. Dies muss deutlich sein; denn sonst würde man Gewalt auch verharmlosen.

Gewalt kann man auch nicht in rechte Gewalt und in linke Gewalt einteilen. Nein, es muss deutlich werden, dass unser Staat gegen jedwede Form von Extremismus, Gewalt und Fremdenhass vorgeht. Dieses Signal muss auch heute von diesem Parlament ausgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, diesen uns heute vorliegenden Entschließungsantrag so auszuhandeln, und darf mich ganz ausdrücklich auch bei Herrn Möhrmann und Frau Stokar von Neuforn dafür bedanken, dass wir so sachlich und zielorientiert gearbeitet haben. Es wäre wirklich ein fatales Signal gewesen, wenn es uns nicht gelungen wäre, in dieser Frage einig zu sein.

Wir alle müssen natürlich auch von der Geschichte lernen. Die Weimarer Republik ist u. a. auch daran zerbrochen, dass das Bündnis der Demokraten zerschlagen worden ist und nicht gehalten hat. Daran müssen sich auch die jüngeren Politiker meiner Generation immer wieder erinnern. Es ist lange her, aber es ist wichtig, dass wir uns das immer wieder vor Augen führen.

Meine Damen und Herren, es ist schon bedenklich, dass gerade in Niedersachsen im letzten Jahr die Zahl der extremistisch motivierten Straftaten zugenommen hat. Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten hat sich sogar verdoppelt. Die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten ist angestiegen. Aber auch die Zahl der Gewalttaten vor einem ausländerextremistischen Hintergrund hat im letzten Jahr zugenommen. Dies muss man in dieser Diskussion auch sagen.

Es ist deshalb wichtig, dass wir auf alle diese Dinge reagieren, und zwar geschlossen reagieren. Aber ein Appell allein reicht in keiner Weise aus. Wir müssen auch denjenigen, die unseren Appell „null Toleranz gegen Gewalt“ umsetzen müssen, den Rücken stärken und dürfen sie nicht alleine lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Dazu gehören die Polizei, die Justiz und auch der Verfassungsschutz. Die Damen und Herren, die Beamten, die dort ihren Dienst tun, haben einen verdammt schwierigen Job. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle für ihre Arbeit und für ihre Mühe ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Natürlich müssen wir die Polizei auch so ausstatten, dass Sonderermittlungsgruppen eingesetzt werden können. Wir müssen sie so ausstatten, dass sie gerade an den öffentlichen Plätzen, wo Extremismus besonders auftaucht, besondere Kontrollen durchsetzen kann. Wir müssen über eine mobile Videoüberwachung nicht nur nachdenken, sondern sie auch so schnell wie möglich ermöglichen. Eine zentrale Erfassung reisender Gewalttäter aus dem extremistischen Bereich durch das Bundeskriminalamt muss selbstverständlich sein.

Genauso müssen wir bei der Justiz anfangen. Wir müssen Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten, und wir müssen die beschleunigten Verfahren anwenden. Aber ganz wichtig ist auch, dass man auf die Jugendlichen, die hier abrutschen, besonders reagiert. Deshalb ist eine Verzahnung von Jugendsachbearbeitern bei der Polizei, von Jugendgerichtshilfe, von Jugendstaatsanwälten, von Jugendrichtern absolut notwendig, und wir müssen sehen, dass wir das im ganzen Land so schnell wie möglich umsetzen.

Natürlich gehört auch der Verfassungsschutz dazu. Es ist wichtig, dass wir auch den Verfassungsschutz so ausstatten, dass er richtig reagieren kann, dass er die entsprechenden Daten sammeln kann.

Meine Damen und Herren, Herr Professor Wernstedt hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass der Staat allein diese Frage nicht lösen kann. Dann können wir den Extremismus in unserem Land nicht sinnvoll bekämpfen. Nein, es ist ein Aufruf an uns alle. Die Gesellschaft ist gefordert, sich auch tatsächlich gegen Extremismus einzusetzen. Wir brauchen eine Zivilgesellschaft. Wir brauchen eine Gesellschaft mit Zivilcourage. Deshalb ist es richtig, dass wir auch in unserem Antrag besonders darauf hinweisen und unsere Bürgerinnen und Bürger ermuntern, sich wirklich zu engagieren und wachsam zu sein.

Meine Damen und Herren, 7 % der 8 Millionen Menschen in Niedersachsen sind Ausländer. Insofern ist klar, dass wir alles daran setzen müssen, eine Integration in unserem Land hinzubekommen. Integration bedeutet, dass man aufeinander zu geht. Wir müssen natürlich sehen, dass man Toleranz gegenüber anderen Lebensformen und anderen Kulturen übt. Dafür, meine Damen und Herren, ist die EXPO ein wunderbares Beispiel. Deshalb ist es auch so wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler in unserem Lande zu dieser EXPO gehen, um dieses friedliche Miteinander der Kulturen zu erleben.

(Beifall bei der CDU)

Zur Integration gehört aber auch, dass man sich in die Gesellschaft einbindet, hier aufeinander zu geht und versucht, hier heimisch zu werden. Deshalb hat die CDU-Fraktion zu Beginn dieser Legislaturperiode eine Anhörung zu diesem Thema durchgeführt, an der u. a. Professor Pfeiffer und auch Herr Minnier vom Verfassungsschutz teilgenommen haben. Wir haben ein Aktionspaket für Integration geschnürt. Leider ist es damals nicht möglich gewesen, hier die Schritte umzusetzen, über die wir diskutieren wollten. Die gemeinsame Zusammenarbeit bei der Erarbeitung des vorliegenden Entschließungsantrages hat aber letztendlich dazu beigetragen, dass wir in dieser Frage aufeinander zu gegangen sind. Ich würde mich freuen, wenn von hier nun auch das Signal ausgehen würde, dass es notwendig ist, bei der Integration gemeinsam verstärkte Anstrengungen zu unternehmen. Ich meine, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Integration haben die Medien - lassen Sie mich auch das noch sagen - durchaus einen ganz wichtigen Auftrag. Es ist richtig und wichtig, dass über Gewalttaten, über Extremismus - auch in Sondersendungen - berichtet wird. Genau so wichtig aber ist es, dass auch über Alltäglichkeiten und über das Miteinander von Deutschen und ausländischen Mitbürgern berichtet wird. Wenn dies in den Zeitungen jetzt verstärkt geschieht, so ist dies völlig richtig. Das Beispiel, dass ein Deutscher eine Geldbörse mit viel Geld verloren hat, ein türkischer Jugendlicher diese Geldbörse findet, sie am nächsten Tag abgibt und der Finder auf die 10 % Finderlohn verzichtet, weil es in der Türkei völlig normal ist, eine Fundsache abzugeben, wäre in der Presse sehr viel mehr wert, als über andere

Dinge zu sprechen. Ich meine, dass man dies den Medien in dieser Form einmal sagen muss.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Herrn Professor Pfeiffer genannt. Herr Präsident Wernstedt, auch Sie haben darauf hingewiesen, dass die Tatsache, dass insbesondere sehr viele Jugendliche für extremistische Parolen empfänglich sind, sehr nachdenklich stimmen muss. Deshalb müssen wir gerade an dieser Stelle ansetzen. Hier hat natürlich die Familie eine ganz wichtige Rolle zu übernehmen. Die Erziehungsberechtigten dürfen wir in dieser Frage nicht aus der Verantwortung entlassen. Dieses wäre schlecht. Meine Damen und Herren, der Staat muss die Familien, die Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe aber unterstützen. Wir müssen versuchen, Freiräume zu schaffen, damit die Kinder so erzogen werden, wie man es sich wünscht.

Meine Damen und Herren, wenn man als junger Familienvater und Politiker über Familienförderung und den Erziehungsauftrag spricht, wird man selber nachdenklich, weil man sich fragt, ob man in dieser Frage wirklich immer die richtigen Prioritäten setzt. Deshalb sollten wir darauf achten, dass wir die Kindererziehung gerade in der Familie ganz besonders unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch die Schule spielt hier eine ganz besondere Rolle. Deshalb müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Bildungsfrage in den Vordergrund unserer Debatten zu stellen. Wir können die Augen nicht vor der Situation in den meisten Grundschulen verschließen, wo der Ausländeranteil zum Teil 50 % oder 60 % beträgt. Dies sollten wir in keiner Weise beklagen. Natürlich sagt die Sozialforschung: Je früher man dies als eine Selbstverständlichkeit ansieht, desto weniger Gefahr besteht, dass man das Lernen mit anderen Kulturen falsch versteht.

Es wäre nun aber fatal, wenn wir die Lehrerinnen und Lehrer mit dieser Aufgabe allein ließen, meine Damen und Herren. Wir müssen stattdessen versuchen, sie zu unterstützen. Ich meine, das ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Integration sowie gegen Fremdenhass und Extremismus.

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt müssen wir darüber nachdenken, ob wir in den Erziehungsbereich, aber auch in den schulischen Bereich insgesamt mehr christlich-humanistische Werte hinein nehmen sollten. Wir müssen über Extremismus in der Gesellschaft sprechen. Wir dürfen nicht einfach nur so tun, als wenn es sich hier um eine Randerscheinung handelt. Wir müssen die Gesellschaft auffordern, sich damit auseinander zu setzen.

Ich selbst, meine Damen und Herren, gehöre ja der jüngeren Generation an. Wir alle aber kennen nichts anderes als eine freiheitlich demokratische Republik, einen Rechtsstaat. Wir haben dies als Selbstverständlichkeit hingenommen. Ich meine aber, dass wir uns auch darüber Gedanken machen müssen, dass es nicht nur eine Form ist, um zu regieren, sondern dass es auch eine Lebensform ist. Wir müssen den Wert des Rechtsstaates, der freiheitlichen Demokratie, nicht nur in die Köpfe der Menschen wieder zurückholen, sondern meiner Ansicht nach auch in die Herzen der Menschen; denn wenn wir es nicht schaffen, den tatsächlichen Wert der freiheitlichen Demokratie in unserem Lande insgesamt so darzustellen, dann werden wir auch den Extremismus nicht bekämpfen können. So aber bin ich sicher: Wenn wir hier im Landtag so debattieren, wenn von diesem Landtag ein Signal ausgeht und wir es schaffen, darüber nicht nur zu reden, sondern auch etwas umzusetzen, dann wird unser Land ganz sicher auch in Zukunft ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, als Nächste hat Frau Kollegin Harms ums Wort gebeten. Bitte schön, Frau Harms!

Frau Harms (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind hier in Niedersachsen mit der Landtagsdebatte zum Rechtsextremismus ja spät dran. Gegenseitige Appelle, starke Erklärungen und große Worte hatten wir in diesem Sommer schon reichlich. Ich meine, dass die Politik jetzt die Aufgabe hat, diese aufgeregte und laute Diskussion des Sommers verantwortlich weiter zu führen, und zwar ganz in dem Sinne, in dem es Herr Wernstedt hier mit seinen einleitenden Sätzen für die SPD-Fraktion

bereits versucht hat: Richtige und ehrliche Analysen der verschiedenen Ereignisse und ihrer Hintergründe und daraus resultierende Handlungen im Land Niedersachsen, darum sollte es uns gehen. Die Diskussion um die neue Rechte, um Ausländerfeindlichkeit sowie um Gewalt gegen Fremde und Schwache ist in den letzten Jahren ja immer wieder einmal aufgeregter geführt worden. Sie ist aber immer kurzatmig geblieben. Brennende Flüchtlingsunterkünfte, die Wahlerfolge der DVU waren zwar immer wieder Anlass, aber auf Zeiten von Aufregung und Betroffenheit folgten dann aber immer wieder auch Zeiten des Verdrängens und Verleugnens.

Was folgt jetzt nach diesem Sommer 2000? Schaffen wir es dieses Mal, aus dieser kurzatmigen Empörung herauszukommen? - Ich frage dies hier, weil ich im Gegensatz zu meinem Vorredner daran zweifle. Das sind keineswegs behagliche, sondern sehr unbehagliche politische Zweifel; denn wir hätten in der Tat nichts lieber als eine breite politische Einigkeit gegen die neuen Rechten. Auch wenn sich die Probleme in Niedersachsen ganz anders darstellen als in den neuen Bundesländern, so meine ich, dass dieses sehr weltoffene und tolerante Land, das in der Überschrift des Antrags genannt ist, von uns noch aufgebaut werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein Programm gegen rechts ist leicht gezimmert, besonders dann, wenn es sich auf Postulate, auf fünf neue Sozialarbeiterstellen bei der Polizei und auf unbestimmte Integrationsmaßnahmen beschränkt und außerdem noch haushaltsneutral ist. Wenn Sie das schon für ein Programm halten sollten, Herr Ministerpräsident, dann hätte ich mich bisher in Ihnen getäuscht. Für uns ist das noch kein vollständiges und adäquates Programm.

Meine Damen und Herren, aus der Debatte des vergangenen Sommers bleiben für mich sehr viele Fragen offen. Zwei unbeantwortete Fragen möchte ich hier stellen:

Erstens. Wo verläuft die Grenze zwischen zu verfolgender Ausländerfeindlichkeit und populistischer Stimmungsmache mit Parolen wie „Kinder statt Inder“ oder „Das Boot ist voll“?

Zweitens. Haben wir tatsächlich bisher eine verantwortliche Flüchtlings- und Asylpolitik gemacht?

Ich möchte mit niedersächsischen Beispielen antworten: Wenn auf dem Höhepunkt der Debatte um Ausländerfeindlichkeit in Celle im Konsens aller Parteien einschließlich der Grünen eine Mauer zwischen Deutschen und Flüchtlingen gebaut wird - gleichsam eine Mauer gegen das Fremde -, dann zeigt das grell den schlechten Stand von Integration und Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn in Leer eine Wählergemeinschaft unter Führung eines bekannten rechtsradikalen, antisemitischen und rassistischen Hetzers an die 20 % der Stimmen erzielt, wie wiederholt geschehen, dann zeigt auch das etwas über die Verankerung rechten Denkens in der Gesellschaft.

Bleiben wir zunächst in der Mitte der Gesellschaft. Viele haben sich im Sommer mit starken Forderungen nach law and order, die ich jetzt auch wieder gehört habe, zu Wort gemeldet. Darunter waren auch Politiker, die in den letzten Jahren meiner Meinung nach wiederholt unverantwortlich gehandelt haben, und zwar wegen der Lufthoheit über dem deutschen Stammtisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer wieder haben Politiker aus der CDU, aber auch aus der SPD mit ihren Parolen an Ausländerfeindlichkeit, Hass und Neid appelliert und damit solche Haltungen gesellschaftsfähig gemacht und geschürt. Entgleisungen dieser Art sollten meiner Meinung in Zukunft mit Abschiebung bestraft werden - ganz besonders, wenn es sich um Politiker handelt, die im Amt für innere Sicherheit und Ordnung verantwortlich sind. Wenn sich die Parteien auf so etwas wie eine freiwillige Selbstkontrolle, einen Ehrenkodex gegen rechten Populismus einigen könnten, wären wir einen großen Schritt weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch wir sind dafür, dass Gewalttäter, die Ausländer und schwache, hilf- und wehrlose Menschen bedrohen, überfallen und umbringen, hart bestraft werden. Aber warum sind die Gesetze bisher nicht konsequent angewandt worden? Wer heute populistische Drohungen nach rechts ausspricht, für den verbieten sich populistische und ausländerfeindliche Sprüche auch im Wahlkampf.

Wenn das Ende der NPD und der völkischen Aktivitäten rund um diese Partei mit einem Verbot erreicht würde - warum nicht? Nur darf niemand glauben, dass sich durch das Verbot einer Partei oder mehrerer Parteien die Probleme, die im vergangenen Sommer unter dem Titel „Rechtsextremismus“ verhandelt wurden, gelöst werden können. Wir reagieren dann besonders misstrauisch, wenn wegen der Gefahr von rechts begonnen wird, Grundrechte auszuhöhlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu unserem Antrag und zu Niedersachsen: Die eigenen Appelle und Erklärungen ernst nehmen, bedeutet für uns, zwei gesellschaftliche Aufgaben besonders ernst zu nehmen. Die eine Aufgabe betrifft das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Jugend. Unser gemeinsamer Antrag appelliert an Schule, Eltern, Vereine, Medien und Politik, Humanität und Zivilcourage zu zeigen.

Ich meine, dass das Wichtigste im Verhältnis zur Jugend wieder sein wird, dass alle Kinder geachtet und gefordert werden. Die fragen sich nämlich, wozu sie auf dieser Welt sind. Sie fragen sich in zunehmendem Maße, was sie können und wer sie eigentlich braucht. Wenn unsere Jugendlichen diese Fragen nicht mehr beantworten können, dann kann diese Gesellschaft nicht mehr als Gesellschaft für alle begeistern.

Soziale Brennpunkte - so nennen wir abgehängte Stadtteile -, in denen Hass, Neid und Gewalt zwischen den Bewohnern und gerade auch den jugendlichen Bewohnern wachsen, gibt es ebenfalls in Niedersachsen. Wir wollen, dass alles dafür getan wird, dass dieser Desintegration, die wir schon lange beobachten und die nicht nur ausländische Jugendliche betrifft, mit aller Kraft entgegen gewirkt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Wir wollen dafür quasi ein Aufbauprogramm jenseits der Aussteigerprogramme, die unbedingt gut finanziert und von guten Leuten durchgeführt werden müssen. Wir wollen ein umfassendes Programm zum Einsteigen in die Gesellschaft.

Möglicherweise kommt es Ihnen banal vor, aber ich will auch banale Wahrheiten aussprechen. Schulgebäude verkommen. Können denn nicht arbeitslose Jugendliche und Schüler die Renovierung übernehmen? Jugendeinrichtungen fehlen.

Warum nicht selber welche bauen? Soziale, kulturelle und ökologische Projekte werden nicht in Angriff genommen. Könnten nicht doch mehr Jugendliche dafür arbeiten?

Auch wenn manch einer in den letzten Wochen vor sozialarbeiterischen Ansätzen gewarnt hat, es geht um sehr viel mehr. Es geht um Ziele, Werte, Ideale und auch um materielle Ergebnisse, auf die die jugendlichen Macher nachher stolz sein können.

Die zweite große Aufgabe, die wir sehen, ist die Korrektur einer verfehlten Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik. Vielleicht müsste einmal über das Wort „Toleranz“ nachgedacht werden. Es kann nicht weiter nur um Duldung und Toleranz gehen, sondern es muss auch um Anerkennung der immer noch als Ausländer bei uns lebenden Menschen gehen.

Die isolierende Unterbringung z. B. in Kasernen am Stadtrand ist falsch. Lebensbedingungen von Flüchtlingen - ob geduldet oder anerkannt - müssen verbessert werden. Ausbildung und Arbeit müssen erlaubt werden. Es könnte tatsächlich Kriminalität verhindern, wenn die Leute Geld verdienen würden. Es wäre auch die beste Entgegnung auf den immer wiederkehrenden Vorwurf, dass die uns sowieso nur auf der Tasche liegen.

Eine Quote für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst gerade auch bei der Polizei - wie meine Kollegin Frau Stokar immer wieder betont - wäre ein sehr großer Schritt, um aus Ausländern Inländer zu machen.

Deutsch zu lernen, das öffnet mehr Möglichkeiten für Arbeit und Ausbildung. Es ist auch ein unverzichtbarer Beitrag zur Integration, die schließlich von zwei Seiten aus gewollt und geleistet werden muss.

Es reicht nicht, wenn Prominente Gesicht zeigen. Es reicht nicht, sich auf bekannte Künstler und herausragende Politiker zu beschränken. Die „tageszeitung“ empfiehlt in ihrer kleinen Aktion, ein „Z“ als Zeichen für Zivilcourage am Revers zu tragen, und zwar als Zeichen dafür, dass man ansprechbar und hilfsbereit ist, wenn es darauf ankommt. Es gibt die Aktion Noteingang, d. h. die Kennzeichnung von Laden- oder Hauseingängen, wohin sich Bedrohte flüchten können, wenn es darauf ankommt. Diese Ideen zu verbreiten und auch mitzumachen - dafür sollten wir alle werben.

Wir haben auch nichts dagegen, zusammen die EXPO zu besuchen und dort für das, worüber wir heute reden, einzutreten. Aber da die EXPO Ihrer Meinung nach jeden Tag ein Fest gegen Ausländerfeindlichkeit und für die weltoffene deutsche Gesellschaft ist,

(Zustimmung von Minister Aller)

wäre es mir sehr recht gewesen, wenn der Landtag bei einer Demonstration als einheitlicher politischer Block gegen rechts durch Hannover gelaufen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend nur noch eines: Ich meine, dass sich unser Ziel, auf das wir uns in der Entschließung scheinbar schon verständigt haben, in der Art, wie wir es anstreben, erst verlässlich zeigen wird. Ich bin davon überzeugt, dass eine Politik der Anerkennung, wie wir sie im Umgang mit der Jugend immer mehr vermissen und wie es sie gegenüber Flüchtlingen noch nie gegeben hat, der richtige Weg zu mehr Humanität, zu größerer Zivilcourage und zu mehr Demokratie ist. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Frau Kollegin Harms. - Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Kollege Schwarzenholz um das Wort gebeten. Herr Kollege Schwarzenholz, ich erteile Ihnen fünf Minuten Redezeit.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Frau Schliepack [CDU]: Frau Präsidentin!)

- Entschuldigung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! - Ich glaube, hier sind viele unter uns, die in diesem Themenkomplex ganz konkrete Erlebnisse hatten. Mir ist es z. B. so ergangen, dass einer meiner politischen Freunde, ein Gewerkschafter aus Salzgitter, der in einem Nachbardorf wohnt, während des Sommers angegriffen worden ist. An dem Auto vor seinem Haus wurden die Reifen aufgeschlitzt. Es wurden Hakenkreuze daran geschmiert. Das Gewerkschaftshaus in Salzgitter wurde in dieser

Art und Weise angegriffen. Eine Wohnung wurde aufgebrochen. Das ist in vielen Regionen bei uns leider schon fast so etwas wie Alltag. Man kann froh sein, dass nicht weiter gehende Angriffe auf die Person und die Gesundheit erfolgt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Professor Wernstedt hat darauf hingewiesen, dass wir in Deutschland aufgrund unserer Vergangenheit eine ganz besondere Verantwortung haben, aus den Fehlern der Vergangenheit, insbesondere aus den Ursachen, die zu dieser Vergangenheit geführt haben, zu lernen. Wenn wir hier über rechte Gewalt reden, dann reden wir letztlich über Faschismus. Hier sind Kernfaschisten am Werk, die versuchen, in breite Teile der Bevölkerung einzudringen, die versuchen, die gesellschaftlichen Grundlagen dieses Staates, dieses Landes zu destabilisieren, die versuchen, Demokratie zu beseitigen, die versuchen, Rassenhass zu zünden, und die versuchen, eine andere Gesellschaft, eine aggressive Gesellschaft mit Aggressionen nach innen und außen aufzubauen, die wieder Krieg führt. Wir haben solche Organisationen auch bei uns in Niedersachsen. Wir stehen vor der Situation, dass von diesen Gruppen ganz offen z. B. die Revision der deutschen Grenzen propagiert wird und dazu natürlich auch die entsprechende Aggressivität nach innen erzeugt werden muss. Das ist eine sehr ernste Situation.

Wenn in diesem Entschließungsantrag von einem weltoffenen Land gesprochen wird, dann teile ich die Auffassung von Frau Harms insoweit, als dass Demokratie natürlich nur dann dauerhaft leben kann, wenn das Land auch nach innen und außen weltoffen ist und wenn das Land tatsächlich von einer humanistischen Grundhaltung geprägt ist. Diese Haltung muss aber auch täglich neu erkämpft werden.

Als ich diesen Entschließungsantrag, an dem ich nicht mitgewirkt habe, gelesen habe, hat mich ein riesiges Unbehagen gepackt. Ich habe mir nämlich sofort die folgende Frage gestellt: Was sage ich, wenn ich außerhalb dieses Landtages gefragt werde, was das ist, was wir tun? - Ich bitte Sie, sich diesen Entschließungsantrag einmal genau anzusehen. In diesem Entschließungsantrag werden Appelle an Dritte geäußert. Aber was tun wir? Wo setzen wir an? Wo verändern wir die Politik? Was tun wir konkret?

Ich möchte meinen Respekt an dieser Stelle einmal vor Kolleginnen und Kollegen der CDU äußern,

die mit großer Energie und Empörung innerparteilich gegen die Kampagne gegen den Doppelpass in Hessen und die Kampagne „Kinder statt Inder“ vorgegangen sind. Diesen Kolleginnen und Kollegen möchte ich meinen Respekt ausdrücken, weil ich glaube, dass das die notwendige Voraussetzung ist.

Was müssen wir konkret tun? Es gibt leider die Situation, dass vieles von dem Rechtspopulismus, der in diesem Lande betrieben wird, von diesen neofaschistischen Kreisen sozusagen als Türöffnerfunktion verstanden wird. Dann gibt es leider auch bestimmte Ereignisse im staatlichen Handeln, die von diesen faschistischen Ideologen genutzt werden. Wenn z. B. ein Sondereinsatzkommando in Hildesheim eine Sinti-Siedlung kollektiv mit mehreren hundert Beamten umstellt, weil es darum ging, drei Straftäter festzustellen, und man hinterher in der Zeitung von einem „Sturm auf das Zigeunerlager“ liest, dann wird das von diesen Kräften natürlich benutzt. Dann muss sich auch staatliches Handeln fragen lassen, was man erreicht, wenn man vom Asylmissbrauch spricht und wenn man beginnt, Flüchtlinge zu diskriminieren, indem ihnen statt Bargeld mit Gutscheinen so eine Art Status zweiter Klasse gibt. Dann muss man sich doch fragen, ob man damit die Wirkung erreicht, die es den Ideologen ermöglicht, mit dieser Vorgehensweise in die Bevölkerung einzudringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Entschließungsantrag benennt aus meiner Sicht keinen einzigen konkreten Punkt, den wir in der Politik selbst verändern. Wir sind doch für diese Situation verantwortlich, wenn es dazu kommen kann, dass sich diese faschistischen Ideologen ausbreiten können. Wir selbst müssen uns doch fragen - und das ist doch auch das, was Ignaz Bubis letztlich meinte -, was *wir* falsch machen. Bevor wir an Dritte appellieren, müssen wir bei uns selbst anfangen, müssen wir uns an die eigene Nase fassen.

Ich kann nicht verstehen, warum in dieser Resolution nicht klipp und klar gesagt wird, dass neofaschistische Organisationen verboten werden, die nachweislich zu Gewaltaktivitäten aufrufen und sie organisieren, wie die NPD, wie der Stahlhelm in Stade, wo Wehrsportübungen mit Jugendlichen veranstaltet werden und wo offen faschistische Waffenpropaganda ausgeübt und eingeübt wird.

Ich meine nicht, dass das Verbot der Organisationen das Faschismusproblem in unserem Lande lösen wird. Aber der Schutzmantel des Parteien-

privilegs wird von diesen Kräften genutzt, um sich entsprechend verbreiten zu können. Diesen Schutzmantel muss man ihnen wegnehmen. Faschismus ist keine politische Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen.

(Zustimmung von Frau Elsner-Solar
[SPD])

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, zu unserem gemeinsamen Antrag hat sich Herr Ministerpräsident Gabriel zu Wort gemeldet.

Gabriel, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag wird uns allen keine Probleme bereiten. Er ist und beinhaltet so wie die Debatte hier heute pure Selbstverständlichkeit. Es kann auch gut sein, dass man sich über Selbstverständliches gelegentlich neu verständigt. Aber was hat uns diese Selbstverständlichkeit in diesen letzten Monaten und Jahren, vielleicht Jahrzehnten gebracht? Denn auch vor unserer Debatte waren alle die, die hier im Raume sitzen, und ihre Vorgängerinnen und Vorgänger dafür eingetreten. Demokraten sind für Freiheit eingetreten. Sie sind auch für Jugendprogramme, für soziale Integration, für Polizei, für Verfassungsschutz eingetreten. Alles das, was wir hier heute besprechen, ist Grundverständnis von Parlamentarierinnen und Parlamentariern in einer Gesellschaft lange vor diesem Tag, und das ist auch gut so. Trotzdem erleben wir, dass wir mit diesen Selbstverständlichkeiten offensichtlich nicht haben verhindern können, dass aus 13 % rechtsextremen Wählerpotential im Jahre 1980 bei der Herausgabe der Sinus-Studie - Herr Professor Wernstedt hat darauf hingewiesen - inzwischen nach und nach konkretes rechtsradikales Wählerverhalten geworden ist und unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen eben nicht mehr nur Wählerverhalten, sondern Aktionen gegen Menschen, bei weitem nicht nur gegen Ausländerinnen und Ausländer, auch gegen Behinderte, Alte, Kranke, Schwache, je nachdem, wer gerade über den Weg läuft, initiiert werden.

Ich meine, dass wir uns dann, wenn die heutige Debatte einen Sinn haben soll, über das unterhalten müssen, was nicht selbstverständlich ist. Ich meine auch nicht, dass es schlimm ist, wenn wir uns im Umgang mit dem Rechtsradikalismus im ersten

Schritt noch nicht über alles verständigen können, sondern vielleicht auch eine Diskussion über die Fragen beginnen, was nicht selbstverständlich ist und was davon in Zukunft selbstverständlich werden muss, damit wir besser und engagierter Antidemokraten, Rechtsradikale und Gewalttäter bekämpfen können.

Wir haben ja ein bisschen Sorge davor, dass es ein schlechtes Bild nach außen abgibt, wenn in einer solchen Situation nicht alle einer Meinung sind. Ich meine, dass es eher eine Schwierigkeit bedeuten kann, wenn wir uns zu schnell einig werden. Herr Kollege Schünemann, Sprache macht ja deutlich, wovor wir manchmal Angst haben - wir beide, alle, die hier sitzen. Wenn Sie sagen, dass wir diesen Antrag in großer Mühe und mit großer Sorgfalt verhandelt haben, dann deutet diese Formulierung darauf hin, dass es Dinge gab, die verhandelt werden mussten. Es macht Sinn, dass wir die Dinge, die aus dem Antrag herausgehandelt worden sind, vielleicht nicht heute, aber in den kommenden Wochen und Monaten erneut diskutieren.

Ich würde mich - weniger als Ministerpräsident, mehr als Parlamentarier - gerne an einer Debatte über die Dinge beteiligen, die von den Fraktionen benannt worden sind, aber nicht in dem Antrag enthalten sind, weil wir uns nicht haben einigen können, denn ich meine, dass wir über die Nichtselbstverständlichkeiten sprechen müssen. Ich bin sicher, dass wir alle am Ende mehr davon haben werden. Ich weiß, dass sich die CDU eine deutlichere Aussage z. B. zum Thema Verfassungsschutz gewünscht hat. Ich fände es gut, wenn wir darüber reden. Ich weiß, dass bei Sozialdemokraten und Grünen andere Punkte angesprochen worden sind. Ich fände es gut, wenn wir auch darüber diskutierten. Diese Punkte sind in dem Antrag ja auch nicht enthalten.

Frau Kollegin Harms, ich fände es gut, wenn wir an diesem Punkt echte Haushaltsberatungen machten, weil es gut wäre, wenn wir darüber reden würden, ob die Initiativen der Regierung ausreichen, die ja vor dem Sommer in der Haushaltsklausur gesagt hat: Wir machen ein Integrationsprogramm und wollen in Brennpunkte gehen. - Sie hat vor dem Sommer gesagt: Wir wollen soziale Stadtteilsanierung aufgreifen. Ich fände es gut, wenn wir darüber redeten: Reicht das, kann man mehr daraus machen, und können wir das miteinander verantworten, was die finanziellen Beiträge angeht? Dieses Parlament muss in einer solchen

entscheidenden Frage nicht nach - sozusagen - Mehrheit und Minderheit gruppiert werden. Wir müssen uns darüber verständigen, wie wir das im Haushalt gemeinsam darstellen.

Wenn die heutige Debatte einen Sinn machen soll, dann müssen wir die Nichtselbstverständlichkeiten aufgreifen, weil sie eher dazu dienen können, den Kampf gegen Rechtsradikalismus und Gewalt und gegen Antidemokraten zu verstärken. Wir müssen ja wohl zur Kenntnis nehmen, dass die Selbstverständlichkeiten nicht ausgereicht haben.

Lassen Sie mich ein bisschen auf das eingehen, was leider nicht selbstverständlich ist und worüber wir in aller Offenheit sprechen müssen, und zwar ohne dass wir uns Vorwürfe machen, sondern wobei wir nachdenklicher werden können. Herr Professor Wernstedt hat darauf hingewiesen: 1980 bei der Sinus-Studie 13 % rechtsextremes Wählerpotential in Westdeutschland. Die Sinus-Studie wurde unter der Überschrift veröffentlicht: 5 Millionen Deutsche wollen wieder einen Führer. - Das Interessante daran war, dass fast alle, die damals gefragt wurden und zu diesen 13 % gezählt wurden, sich als engagierte Demokraten verstanden haben. Sie haben sich beheimatet gefühlt bei Sozialdemokraten, bei Konservativen, bei CDU, bei FDP, sogar bei den ersten Parteiorganisationen der Grünen, die es gab. Alle haben sich selbst als Demokraten verstanden.

Wenn wir heute solche Umfragen machen, dann gibt es viel mehr Skepsis beim gleichen Anteil, 13 % bis 15 %. Damals war es sozusagen offenbar latent, unkonkret, Potential. Jetzt wird es konkret, auch im Handeln und im Wählen. Was hat sich seitdem verändert? Natürlich müssen wir dort, wo die anfangen, Städte, Jugendzentren oder Straßenzüge zu nationalbefreiten Gebieten zu erklären, massiv auch die Polizei zum Einsatz bringen. Da ist der starke Staat gefordert, und wir haben einen starken Staat. Natürlich müssen wir über Justiz, Staatsanwaltschaften und Gerichtsbarkeit reden, damit es nach der Tat schneller zu einem Urteil kommt. Natürlich brauchen wir auch NPD-Verbote, wenn sie sich verfassungsrechtlich rechtfertigen lassen. Das kann man nur zwischen Bund und Ländern gemeinsam und einstimmig machen, nicht im Streit. Deswegen muss man es sorgsam prüfen. Natürlich reicht das nicht aus. Wir brauchen Integrationsprogramme, Sozialarbeiter und vieles andere mehr.

Aber scheinbar fehlt es an etwas mehr. Denn all das hat es in den 80er-Jahren auch gegeben. Es gab das Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann. Was geschah kurze Zeit später? Ich erinnere daran, dass wir damals Attentate hatten, in München, in Bologna, in Paris. In Bologna, in Italien, sind Millionen auf die Straße gegangen. Im gleichen Jahr ist damals in Deutschland das Oktoberfest weitergelaufen. Daran werden Sie sich noch erinnern, wie das war.

Das heißt, es geht scheinbar auch um folgende Fragen: Was machen wir mit der Polizei? Was machen wir mit NPD-Verbot? Was machen wir mit sozial-integrativen Programmen? Ich meine, es geht in Wahrheit um die Bindekräfte in unserer Gesellschaft, die nachgelassen haben. Die Frage ist, was an den Rändern der Gesellschaft mit ein paar Jungs passiert. In der Regel sind es Jungs, die ihre Glatze gelegentlich auch nach innen tragen. Was passiert da an den Rändern? Das ist in Wahrheit eine Frage, die den Kern der Gesellschaft betrifft. Rechtsradikalismus ist eine Frage des Kerns der Gesellschaft. Denn wenn da die Bindekräfte nachlassen, dann stärken wir damit die Zentrifugalkräfte in unserer Gesellschaft; und der Laden fliegt uns im wahrsten Sinne des Wortes an den Rändern um die Ohren.

Deswegen wird es um die Fragen gehen: Was heißt das eigentlich, in den nächsten Jahrzehnten in Deutschland in einer Demokratie leben zu wollen? Was macht die Menschen sicher, dass diese Verfassung die ist, die ihre Interessen am besten vertreten kann, die die Menschen ernst nimmt, die sie nicht nur zu Objekten von Politik oder Wirtschaft macht, sondern zu Subjekten unseres Landes, die zeigt, dass Politiker Politik betreiben, weil sie gerne etwas mit Menschen tun und nicht nur weil sie in der Regierung sitzen wollen?

Das alles hat etwas damit zu tun, wie uns diejenigen eigentlich empfinden, die, um es umzudrehen, in Salzgitter feststellen, dass sie auf einmal mit 14.000 Menschen zum Schachbrett von Investitionspolitik werden könnten, die bei jeder Megafusion mit dem Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen bedroht werden, die also den Eindruck haben, sie spielen eigentlich keine Rolle mehr in unserer Gesellschaft, oder die den Eindruck haben, dass politische Entscheidungen weitgehend ohne die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen, z. B. nachdem wir 25 Jahre europäische Einigung im Grunde nur auf Regierungsebene betreiben und jetzt Angst vor dem Volk bekommen.

Es geht also auch um die Frage, was wir als Politikerinnen und Politiker neben den wichtigen Programmen leisten können, die Frau Harms - ich finde, zu Recht - alle hier aufgezählt hat, um uns wieder darauf zu verständigen, was die Bindekräfte unserer Gesellschaft stärkt, was uns zusammenhält, was soziale Marktwirtschaft ist. Gestern gab es ein engagiertes Plädoyer für soziale Marktwirtschaft. Ich meine, es ist notwendig, einmal wieder darauf hinzuweisen, dass es in diesem Land Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes gibt. Dort steht:

"Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Also nicht nur dem Shareholder Value! Aber eben nicht nur in Sonntagsreden und nicht nur einmal im Monat im Parlament!

Meine Damen und Herren, man ist verantwortlich nicht nur für das, was man tut und für das, was man nicht tut, sondern auch für das Klima, das man im Lande verbreitet. Da sind wir gefordert. Sie werden sich wundern, dass ich damit in der Tat bei mir anfangen. Aber ich werde Ihnen gleich etwas vorlesen, wozu ich sagen, dass wir alle anders miteinander umgehen müssen. Es geht natürlich - da hat Frau Harms völlig Recht - um Begrifflichkeiten in der Politik wie „durchrasste Gesellschaft“, wie „Kinder statt Inder“. Es geht um Kampagnen, bei denen Politiker der demokratischen Parteien aufpassen müssen, dass sie wirklich mit dem Argument kämpfen und nicht nur mit der Emotion.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Politik ist nicht emotionsfrei und darf es auch nicht sein. Sonst wird sie blutleer. Niemand darf so tun, als würden wir dabei nicht gelegentlich auch Fehler machen. Aber wir dürfen die Anlage unserer politischen Auseinandersetzung nicht immer stärker auf emotionale Kampagnen reduzieren, sondern wir müssen weiter auf die Kraft des Argumentes und der rationalen Diskussion trauen.

Ich muss davon sprechen, meine Damen und Herren, weil es zwar selbstverständlich ist zu sagen, wir sind gegen Gewalt, aber es muss auch selbstverständlich sein, dass man zum Thema gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften unterschiedliche Meinungen haben darf und muss. Aber man muss sie mit Argumenten austragen und nicht mit Postkartenaktionen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Frau Körtner [CDU])

Es ist auch nicht schlimm, wenn wir über solche Fragen reden. Es gibt in der Tat in allen Parteien Politikerinnen und Vertreterinnen und Vertreter, die das gelegentlich falsch machen. Das ist kein Problem einer einzelnen Partei. Ich sage das nur deshalb, weil ich finde, wir müssen da sorgfältiger umgehen.

Ein weiteres Argument: Ich habe in der ganzen Debatte - Entschuldigung, lieber Rolf Wernstedt, auch schon bei deinem Beitrag - Unbehagen gehabt, als im Zusammenhang mit Rechtsradikalismus über Asyl- und Ausländerpolitik und Integration geredet wurde. Ich will auch sagen, warum. Die Frage Rechtsradikalismus und Widerstand gegen Rechtsradikalismus und Gewalt hat überhaupt nichts mit irgendeinem Sachthema zu tun. Es ist nötig, dass wir über Ausländer diskutieren. Es ist auch nötig, dass wir über Zuwanderung diskutieren. Es ist auch nötig, dass wir über Asylpolitik diskutieren. Das ist überhaupt kein Problem. Das können und müssen wir tun. Aber wir sollten es nicht ein einziges Mal im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Rechtsradikalismus tun.

(Zustimmung bei der SPD)

Das eine hat nichts mit dem anderen zu tun. Der Hauptanteil der Rechtsradikalen und die Gewalttaten finden sich in fünf Bundesländern, welche mit 1,8 % die niedrigste Ausländer- und Asylquote haben.

Ich bin dagegen, dass wir diese Debatte so führen, nicht weil wir nicht darüber reden sollen, sondern weil ich Sorge habe, dass der Eindruck entstehen könnte, als würden wir das Thema Asyl und Ausländer deshalb nutzen müssen, weil da ernsthafte Gründe für die Entstehung von rechtsradikalem Gedankengut sind. Das ist nicht so. Dies wissen wir seit den 20er-Jahren in Deutschland; denn so alt ist die sozialpsychologische Forschung zur Entstehung von autoritativen Gedanken, Charakteren und anderem mehr.

Eine letzte Bemerkung. - In der Art und Weise, in der wir miteinander umgehen, müssen wir zeigen, dass wir zwar unterschiedliche Auffassungen haben, dass wir die auch emotional vortragen, dass wir aber den Vertreter einer anderen demokratischen Partei nie in seiner Persönlichkeit infrage stellen, übrigens auch insgesamt nicht in der Integ-

rität seiner Argumentation. Ich habe in diesem Landtag den Kollegen Wulff einmal in einer wirklich nicht zu rechtfertigenden Art und Weise in einen Zusammenhang mit Kampagnen des „Stürmer“ gebracht. Ich habe mich dafür bei ihm entschuldigt. Es gibt kaum etwas in der politischen Debatte, was ich mir häufiger zum Vorwurf gemacht habe als diese Bemerkung. Ich fand es gut, dass wir relativ ruhig darüber reden konnten.

Meine Damen und Herren, wenn wir zum Maßstab machen wollen, dass wir anständig miteinander umgehen, dann - das sage ich Ihnen - darf eine Formulierung, die in dieser Woche gefallen ist, nicht stehen bleiben. Gestern wurde der Frau Kultusministerin gesagt:

„Die Tugenden Ihrer Regierung sind Wankelmütigkeit, Sprunghaftigkeit und Unzuverlässigkeit. Frau Jürgens-Pieper, wenn Sie bei der Aktion ‚Gesicht zeigen - Zivilcourage‘ mitmachen würden, würde ich mich wirklich wundern. ... Ich würde mich wirklich wundern.“

Das geht zu weit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist völlig egal, wer das gesagt hat. Es geht auch nicht um Erklärung hier. Es geht im Zweifel darum, dass man sich des gegenseitigen Respekts versichert und die Integrität von Mitgliedern anderer Parteien nicht infrage stellt. Auch das gehört zum politischen Klima in Deutschland.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, mir liegen weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag nicht vor. Ich schließe darum die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben sofortige Abstimmung vereinbart. Möchte jemand dieser sofortigen Abstimmung widersprechen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen also zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Handzeichen, wenn Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben wollen. - Möchte jemand dagegen stimmen? - Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Eine Stimm-

enthaltung. Meine Damen und Herren, damit haben Sie diesen Antrag so angenommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 16:

Erste Beratung:

Modernisierung der "Heidebahn" - modellhafte Verbesserung des Bahnverkehrs - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1836

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Der Herr Kollege Wenzel hat sich zur Einbringung zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, so lange zu warten, bis im Plenarsaal Ruhe eingekehrt ist.

(Jahn [CDU]: Das kann lange dauern!)

Herr Kollege Wenzel, Sie haben sich zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Im Jahr 5 der Bahnreform stehen wir vor schwierigen Entscheidungen. Seit fast fünf Jahren ist das Land Niedersachsen für den Schienenpersonennahverkehr zuständig. In dieser Zeit hat sich einiges verbessert, aber viele Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Wir haben heute Morgen intensiv die Frage des Fernverkehrs diskutiert. Aber auch im Schienenpersonennahverkehr haben wir einen riesigen Berg von Problemen vor uns. Das Thema „Nichtunterhaltung von Bahnstrecken“, das Thema „marode Bahnstrecken“ haben wir hier im Plenum bereits diskutiert. Die Stilllegung, insbesondere von Güterverkehrsstrecken, droht uns in Niedersachsen und hat in der Vergangenheit auch schon eine große Rolle gespielt. Wir haben immer wieder mit Qualitätsverschlechterungen zu tun. Auf vielen Strecken gibt es längere Fahrzeiten als in der Vergangenheit.

Wir haben Ihnen heute einen Antrag mit dem Titel „Modernisierung der ‚Heidebahn‘ - modellhafte

Verbesserung des Bahnverkehrs“ vorgelegt. Die so genannte Heidebahn verbindet zwei Oberzentren, nämlich Hamburg und Hannover. Eigentlich aber erschließt die „Heidebahn“ zusammen mit der Ost-West-Strecke sogar drei Oberzentren. Die Verbindungen zwischen Hamburg, Bremen und Hannover aus der Lüneburger Heide heraus werden über diese Strecken abgewickelt. Die Anbindungen werden dort hergestellt.

Da haben wir leider eine beispiellos schlechte Anbindung. Wenn man von Soltau nach Hannover fahren möchte, dann ist man mehr als eineinhalb Stunden unterwegs - und das für eine Strecke, die vielleicht 65 km oder 70 km lang ist. Das ist das Fünf- bis Sechsfache der Zeit, die man braucht, wenn man von Göttingen aus entsprechend unterwegs ist.

Insbesondere in der Heide hat man den Eindruck, dass sich in letzter Zeit vieles eigentlich eher zum Schlechteren entwickelt hat. Statt neue Kunden zu gewinnen, wurden Fahrgäste vergrault. Nicht nur massive Verspätungen mit verpassten Anschlusszügen sind schon fast alltäglich; auch werden schlechte Loks und schlechte Waggons eingesetzt, die im Winter nur teilweise funktionieren. Die Heizungen fallen aus. Die Türen lassen sich nicht öffnen. Die Fahrgäste werden bei Störungen nicht oder nur unzureichend informiert. Auch die Verbindungen sind zum Teil so gestaltet worden, dass man jetzt häufiger umsteigen muss als in der Vergangenheit. Ich nenne nur den Umstieg in Benne-mühlen. Wenn man nach Norden will, muss man oft in Buchholz in der Nordheide oder in Harburg umsteigen.

Meine Damen und Herren, wir wollen - wir hoffen da auf die Unterstützung der beiden großen Fraktionen -, dass das Projekt „Heidebahn“ beschleunigt wird, dass man da ein Nahverkehrssystem hat, das wirklich eine attraktive Alternative zu anderen Verkehrsmitteln ist. Wir wollen die „Heidebahn“ vernetzen, auf der Ost-West-Strecke Umsteigeverbindungen schaffen, die attraktiv sind. Wir wollen, dass man aus der Heide umsteigefrei nach Hamburg und nach Hannover kommt. Wir meinen auch, dass man hier neues Wagenmaterial einsetzen sollte, möglichst beschleunigungsstark. Wir meinen des Weiteren, dass es wichtig ist, die Verknüpfungen an den Haltepunkten zu verbessern. Das heißt: Bus, Sammeltaxi, Park and Ride, Bike and Ride, alle diese Angebote müssen noch besser verknüpft werden. Da haben sich die Gemeinden und die Landkreise in der Vergangenheit schon

engagiert; man muss ihnen da sicherlich noch mehr unter die Arme greifen; da müssen den Gemeinden alle notwendigen Hilfen gegeben werden.

Wie kann man das erreichen? Das ist letztlich die zentrale Frage. Die Deutsche Bahn hat vor den Sommerferien, im Frühsommer, die so genannte Mittelstandsoffensive angekündigt. Das heißt: Sie will verstärkt Verantwortung in die Regionen geben, und sie will sozusagen eine Maßnahme einleiten, die dazu führt, dass in den Regionen mehr Verantwortung übernommen wird, dass in den Regionen die Bahn-Mitarbeiter auch eher in der Lage sind, eigene Entscheidungen zu treffen und Dinge voranzutreiben. Man hat sich noch nicht abschließend festgelegt in der Frage, wie das aussehen soll.

Man hat gesagt: Die Möglichkeiten liegen eigentlich zwischen dem betriebsinternen „profit-center“, also sozusagen einer eigenen Abteilung, die eigenverantwortlich handeln kann, und der Übernahme der Eisenbahninfrastruktur durch Dritte, also beispielsweise durch Kommunen oder durch Eisenbahnunternehmen, die nicht zur Deutschen Bahn und nicht dem Bund gehören.

(Rabe [SPD]: Alles eine Frage der finanziellen Belastung!)

- Das ist richtig, Herr Rabe. Das ist alles eine Frage der finanziellen Belastung. - Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen eine modellhafte Initiative. Wir wollen die Bahn beim Wort nehmen. Als die Bahn mit diesem Vorschlag kam, wurde ihr nämlich sehr schnell vorgeworfen: Ihr wollt doch nur die Schrumpfbahn. Ihr sucht doch nur nach einem Weg, um die Strecken loszuwerden, euch dieser Strecken zu entledigen, weil die in der Vergangenheit nicht genug Umsatz gebracht haben. - Der Vorstandsvorsitzende Mehdorn hat daraufhin gesagt: Nein, das ist genau das Gegenteil von einer Schrumpfbahn. Wir wollen keine Schrumpfbahn, sondern wir wollen auch die Nebenstrecken entwickeln. - Es bleiben - gelinde gesagt - Zweifel, auch wenn man sich ansieht, was die Bahn zurzeit ansonsten tut und mit welchen Fragen uns die Bahn im Lande konfrontiert.

Meine Damen und Herren, ich meine aber, wir sollten die Bahn in dieser Frage beim Wort nehmen und sollten sagen: Auch das Land sieht hier einen Bedarf. Hier soll saniert werden. Wir wollen, dass die Anbindung in der Heide verbessert wird. Wir nehmen euch beim Wort. Wir wollen modell-

haft zeigen, was man mit Kooperationen gestalten kann, was man tun kann, wenn Bahn, Land, Kommunen, Landkreise und Unternehmen miteinander kooperieren und gemeinsam überlegen, was man auf die Beine stellen kann.

Das kann aber nicht in die Richtung gehen, dass das Land alles zahlt und auf diese Weise der Bahn aus der Patsche hilft, sondern die Bahn muss hier exemplarisch zeigen, ob wir sie wirklich beim Wort nehmen können, ob wir wirklich damit rechnen können, dass vor Ort mehr Engagement an den Tag gelegt wird, und ob die Beschäftigten bei der Bahn die Kompetenzen und das Kleingeld bekommen, um das umzusetzen.

In der Regel sind es doch die Leiter an den Bahnhöfen und viele andere Verantwortliche bei der Bahn, die am meisten darunter leiden, wenn sie sehen, dass ihr Unternehmen nicht in der Lage ist, die Leistung so zu erbringen, wie es notwendig wäre.

Deshalb wünsche ich mir: Lassen Sie uns das an einer Stelle versuchen. Das kann natürlich schief gehen. Dagegen sind wir in solch einer Frage nie gefeit. Ich meine aber, dass das einen Versuch wert wäre.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch ganz deutlich sagen: Ein solches Konzept kann kein Mittel sein, um beim Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr für alle Zeiten sozusagen aus dem Schneider zu sein. Wir haben an verschiedenen Stellen deutlich gemacht, dass wir uns wünschen, dass das, was von dem Land Niedersachsen mit der Nordwestbahn auf die Schiene gesetzt wurde, auch in anderen Regionen des Landes vorangetrieben wird. Das heißt, es gibt hier ein Modell. Das wollen wir auch in der Heide ausprobieren. Das heißt aber nicht, dass wir die andere Forderung nach mehr Wettbewerb auf der Schiene an die Seite stellen. Wir wollen feststellen, wie ernst es der Bahn ist. Wir wären froh, wenn wir diesen Weg ein Stück weit gemeinsam gehen könnten, und zwar mit allen Fraktionen im Landtag. - Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. - Frau Kollegin Rühl!

Frau Rühl (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mittelstandsoffensive, Wettbewerbsfähigkeit und Regionen stärken. Sind das Schlagworte, oder könnte uns das in Niedersachsen nutzen? Wäre das vielleicht sogar eine Chance für die Bahn in Niedersachsen? Auf rund tausend Schienenkilometern in Niedersachsen sollen nach Plänen der Bahn künftig möglichst viele private Regionalbahnen verkehren.

Jahrelang hat die Bahn zum Erhalt ihrer Schienenwege Millionen vom Bund bekommen, ohne aber etwas für Nebenstrecken zu tun. Die wirtschaftlicher erscheinenden Fernstrecken wurden verbessert. Der Regionalverkehr lässt zu wünschen übrig. Die Betriebskosten, die die Bahn nicht durch ihre Fahrpreiserlöse wieder hereinbekommt, gleicht der Bund - wir alle wissen es - mit einem Zuschuss aus. Beispielsweise soll die Bahn für die „Heidebahn“ zwischen Buchholz und Hannover jährlich 14 Millionen DM vom Bund bekommen. Bemühungen, die Qualität der Strecke zu erhöhen, blockt sie ab. Ich meine, das kann nicht im Sinne Niedersachsens und des schönen Bereiches in der Heide sein. Die Heidestrecke zu einer Hauptstrecke auszubauen, wird einfach und rigoros - das wurde mir jedenfalls auf Nachfrage so gesagt - abgelehnt, und zwar mit den Argumenten: Kein Bedarf, keine höheren Erlöse zu erwarten, Investitionen zu hoch. Der Bund gibt eben nur ein zinsloses Darlehen. Hier stellt sich nun die Frage, ob das Land nicht die Risikolücke schließen muss. Positive Beispiele dafür gibt es. Vielleicht sollte man diese als Vorbild nehmen.

Sie fordern im letzten Absatz Ihres Antrages einen Modellversuch. Es gibt eigentlich zahlreiche Modelle. Zum Beispiel übernahm am 1. Juni 1995 die neugegründete Usedomer Bäderbahn GmbH, eine 100-prozentige Tochter der DB AG, mit Nebenbahnen einen von Stilllegungen bedrohtes und vom langjährigen Auslaufbetrieb durch die DDR geprägtes 54 km langes Streckennetz, 32 Jahre alte Triebwagen, eine grundlegend sanierungsbedürftige Eisenbahninfrastruktur und sinkende Fahrgastzahlen. Mit einem realistischen, tragfähigen Konzept und Unterstützung des Bundes, des Landes und der DB AG wurden die Weichen endgültig in Richtung Weiterbetrieb, Erneuerung, Modernisierung und Erweiterung des Inselbahnnetzes gestellt. Die Usedomer Bäderbahn - ein Unternehmen auf dem Weg vom Sanierungsfall zum beispielhaften Modellfall. Es geht also.

Ich möchte aber noch einmal auf Ihren Antrag zurückkommen. In der von der Bahn angeregten Diskussion um die Entwicklung von regionalen Netzen im Schienenpersonennahverkehr stand Herr Mehdorn im März dieses Jahres an erster Stelle. Er wollte die nur schwach ausgelasteten Schienenstrecken in der Region erhalten und stärken, die Bahn näher an die Kunden bringen und gleichzeitig die Kosten senken. Das waren jedenfalls seine Ziele. Die unternehmerischen Potentiale könnten dann vor Ort konsequent genutzt werden, um einen wirtschaftlichen Betrieb von Bahnstrecken weiter in die Fläche zu bringen. Auch wir könnten uns Partnerschaften und Kooperationen anderer Unternehmen mit der DB AG vorstellen, damit z. B. der regionale Güterverkehr effektiver und besser organisiert werden könnte.

Mitte des Jahres - das ist ja nun schon vorbei - sollten bei der Bahn AG erste Ergebnisse der internen Überlegungen in dieser Richtung vorliegen. Das sagte man zumindest im März. Vielleicht fragt die Landesregierung dort einmal nach, und zwar nach Umfang und Anzahl der Pilotprojekte und vor allen Dingen nach der Art der Umsetzung dieser Planung, die schon im März angeregt wurde.

Herr Wenzel, es liest sich natürlich sehr positiv, wenn Sie als Voraussetzung für die Übernahme des Netzes von der DB neben der Infrastruktur auch die entsprechenden Finanzmittel für die unterlassene Unterhaltung fordern. Allerdings - das wurde auch manchmal im Ausschuss besprochen und hier zu Beginn gesagt - darf dies natürlich nicht zulasten anderer Strecken gehen. Das wäre sehr schade.

In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Minister Fischer ganz persönlich ansprechen. Sie werfen der Bahn AG auf der einen Seite vor, sie habe in den vergangenen Jahren unrentable Nebenstrecken systematisch verkommen lassen. Sie sagen: Das Land oder andere Investoren werden keine maroden Strecken übernehmen oder übernehmen können. Die Bahn muss also die Strecken sanieren, bevor sie diese abgibt. Auf der anderen Seite antworten Sie - wie heute Morgen schon einmal besprochen - auf die Kleine Anfrage unseres Kollegen Hermann Dinkla folgendermaßen: „Der Landesregierung liegen konkrete Infrastrukturdaten für das gesamte Schienennetz der DB Netz AG nicht vor.“ Auf Nachfrage hierzu wird mitgeteilt, dass es sich um betriebsinterne Produktionsdaten handelt, und es wird um Verständnis dafür gebeten, dass „aus diesem Grund

keine konkreten Daten und Angaben über Langsamfahrstrecken in unserem Bereich übermittelt werden können“.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Heute Morgen sagten Sie, das hielten Sie für einen schlechten Stil. Andere Länder bekommen diese Auskünfte. Ich meine, das kann einfach nicht so sein. Das Land - sprich: Sie - muss doch Verantwortung übernehmen. Wenn das so ist, dann müssen doch Sie sich als Erster einen Überblick über den Finanzbedarf für diese maroden Strecken verschaffen. Sonst werden vielleicht neue Langsamfahrstrecken eingerichtet, und Sie wissen dann gar nicht, wie viele es davon womöglich schon gibt.

„Bahn AG und Land sind Partner“; diesen Satz haben Sie vor einigen Jahren gesagt. Dann zwingen Sie die Bahn AG doch zum partnerschaftlichen Handeln und reden nicht, wie Sie es heute Morgen getan haben, einfach nur von einem schlechten Stil!

(Rabe [SPD]: Reden Sie doch einmal zur Heidebahn, Frau Kollegin!)

Lieber Herr Wenzel, wir werden im Ausschuss darüber beraten und Ihre Vorschläge für eine Umsetzung des Modellprojekts gern anhören und mit Ihnen darüber diskutieren. Wir wollen, dass die Bürger in Niedersachsen auf der Schiene fahren, wir wollen aber nicht, dass sie auf der Strecke bleiben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun der Kollege Möhrmann.

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin, es wäre schön gewesen, wenn Sie ein bisschen mehr zum Thema gesagt hätten. Die Grünen haben ja einen Antrag gestellt, der uns in die Lage bringt, wieder einmal über die Kursbuchstrecke 123 zu reden,

(Jansen [CDU]: Sie scheinen da zu wohnen!)

von der ein Teil im nächsten Jahr 100 Jahre alt wird. Es ist übrigens auch nicht das erste Mal, dass diese Strecke auf der ganzen Länge oder Teile der Strecke zur Disposition gestellt werden.

Ich habe nur ein Problem mit dieser Art von Anträgen. Das sage ich auch als jemand, der aus der Ecke kommt und der am kommenden Freitag im Kreistag seinen Beitrag zu einem voraussichtlich einmütigen Beschluss dazu leisten wird. Wenn wir so tun, als könnte jede Initiative vor Ort mit entsprechenden Landesmitteln ausgestattet werden, die ja notwendig sein werden, weil die Bahn die Mittel bekannterweise nicht hat oder nicht hergeben will, d. h. wenn wir so tun, als könnte das Land praktisch als Ersatzinvestor auftreten, dann, so glaube ich, streuen wir allen, die dort wohnen, und allen anderen Betroffenen Sand in die Augen. Deshalb, Herr Wenzel, kann es nicht sein, dass wir nach Haller Willem, Moorexpress und anderen Strecken, die mir aber nicht alle einfallen,

(Jansen [CDU]: Worpswede und die Haselünner Eisenbahn noch!)

jetzt auch noch die Heidebahn obendrauf setzen. Ich glaube schon, dass wir Prioritäten setzen müssen.

Vor allem möchte ich Ihnen - das geht dann auch an Frau Rühl - zu dieser Strecke Folgendes sagen: Es wäre wirklich sehr schwierig, ein Konzept umzusetzen, das sich allein auf die in dem Raum wohnenden Menschen oder auf die Menschen, die in diesen Raum wollen, beschränkte; denn ich befürchte, dass diese Strecke dann kaum eine Chance hätte, weiterhin so wirtschaftlich betrieben zu werden, dass das, was das Land zurzeit über die Nahverkehrsgesellschaft aufwendet, nämlich zwischen 14 Millionen DM und 15 Millionen DM pro Jahr, ausreichte, um auch die notwendigen Investitionen jedes Jahr bezahlen zu können. Das heißt, das Bemühen des Landes, diese Strecke von einer Nebenbahn zu einer Hauptbahn zu machen, müssen wir unbedingt unterstützen, weil wir, zumindest nach meiner Auffassung, nur durch mehr Verkehre in der Lage sein werden, eine Wirtschaftlichkeit zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle sollte ich vielleicht noch etwas sagen, wenn ich auch nicht dazu neige, mich bei jeder Gelegenheit zu bedanken. Aber ich muss schon Folgendes feststellen: Ohne die Regierung Albrecht, die im Jahre 1989 dort die drei Triebwa-

gen beschafft hat und immerhin, wie ich glaube, ungefähr 7 Millionen DM in diese Triebwagen investiert hat - das gilt zumindest für den nördlichen Teil der Kursbuchstrecke 123 -, und ohne die Bemühungen der Regierung Schröder, über die GVFG-Mittel an allen Bahnhöfen entlang der Strecke über „P + R“-Plätze und andere Investitionen bessere Möglichkeiten der Einbindung in den übrigen ÖPNV zu schaffen, wären wir nicht so weit, wie wir heute sind. Es ist auch so, dass die Bemühungen zum Fahrplan zwar nicht so erfolgreich gewesen sind, wie wir uns alle das gewünscht hätten, dass diese Bemühungen aber doch dazu beigetragen haben, dass zumindest der nördliche Teil bei einer Fahrzeit von einer Stunde und 20 Minuten von Soltau bis Hamburg durchaus attraktiv ist, wenn im Übrigen vermieden werden könnte, dass man da noch zweimal umsteigen müsste. Hier sind wir an dem Punkt, an dem wir ansetzen wollen.

Deshalb finde ich es auch sehr gut, dass wir über dieses Thema heute hier im Landtag diskutieren. Die Beschreibung des Zustandes sowohl durch Frau Rühl als auch durch Sie, Herr Wenzel, kann ich nur unterstreichen. Es ist wirklich so, dass man den Eindruck haben muss, als ob vonseiten der Bahn AG entgegen den Zusagen gegenüber dem Land, die schon 1989 gegeben worden sind, nämlich auch selbst etwas für diese Strecke tun zu wollen, immer wieder versucht worden ist, vielleicht sogar durch objektive Bedingungen, das Angebot zumindest nicht zu verbessern, sondern zunehmend zu Verschlechterungen zu kommen, sei es begründet mit den Möglichkeiten der Einbindung in Fernbahnen oder sei es begründet durch die vorhandene Infrastruktur.

Deswegen würde ich mir wünschen, dass es gelänge, wenn es denn möglich wäre, dieser Strecke eine größere Bedeutung zu geben, als dies zurzeit der Fall ist. Wenn es mithilfe des Landes und der Bahn AG möglich wäre, den Zustand der Strecke wieder so herzustellen, dass dies alles erreichbar ist, und wenn dann auch durch die Kursbuchstrecke 116, die sich in einem ähnlich schlechten Zustand befindet und die Sie in Ihrem Antrag nicht beleuchtet haben, die aber möglicherweise genauso wichtig ist, wenn wir z. B. daran denken, dass es ja bald so oder so eine Entscheidung in Richtung Tiefseewasserhafen geben könnte, tatsächlich eine Infrastruktur herauskommen könnte, die dem Raum, gleichzeitig aber auch dem Land und der gesamten deutschen Wirtschaft nützt.

Meine Damen und Herren, wenn die Bahn AG erwartet, dass Menschen eine Y-Strecke akzeptieren, wir aber gleichzeitig erleben, dass im übrigen Bahnangebot, für das im Wesentlichen die Bahn AG zuständig ist, überhaupt nichts passiert, sondern genau das Gegenteil geschieht, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn die Ablehnung eigentlich unisono so groß ist, sondern man muss eher verwundert darüber sein, dass der Kreistag morgen sagen wird: Okay, wenn es denn sein muss, dann sind wir bereit, diese Kröte zu schlucken, aber, bitteschön, dann wollen wir als Raum in irgendeiner Form auch etwas davon haben.

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen. Ich meine, es ist wichtig, auch über Güterverkehr auf dieser Strecke nachzudenken. Wenn wir die Entwicklung, die insoweit noch auf uns zukommen wird, verfolgen, und wenn die Zahlen, die uns die Wirtschaft im Kreistag mitgeteilt hat, stimmen, dann könnten wir pro Jahr mit 350.000 t bis 400.000 t Güterverkehr rechnen, wenn sich die Bahn AG wirklich bemühte. Die DB Cargo macht im Moment aber genau das Gegenteil: Sie tut alles, damit keine zusätzlichen Frachten auf der Schiene befördert werden können. Der kleine private Anfang in Soltau mit dem Beginn eines regionalen Güterverkehrszentrums zeigt, dass es da tatsächlich Möglichkeiten gäbe, wenn man sich darum kümmerte.

In diesem Sinne muss man Folgendes festhalten: Das Land hat sich nach Kräften bemüht, hat auch Geld dafür gegeben. Ich wünschte mir, dass wir den weiteren Schritt machen könnten. Ich hoffe, dass die Verhandlungen mit der Bahn AG - die Strecke ist bei der Clearingstelle angemeldet - zu einem Ergebnis führen, bei dem das, was wir uns alle von einer funktionierenden Bahn versprechen, nämlich kurze Anbindungen und wenig Unterbrechungen durch Umsteigen, umgesetzt werden kann. Das würde der Region und, wie ich meine, dem ganzen Land Niedersachsen nützen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

An der Diskussion über diesen Antrag möchte sich jetzt Herr Dr. Fischer beteiligen. Bitte sehr, Herr Minister!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Vorschlag des Kollegen Wenzel gern positiv aufnehmen. Den Gedanken der Modernisierung der „Heidebahn“ kann ich nur unterstützen. Das ist auch das Ziel der Landesregierung; denn ich begrüße alle Anstrengungen, mit denen das Ziel verfolgt wird, dass wir zu einer Verbesserung der Schienenverkehre gerade in den ländlichen Räumen kommen.

Eine Regionalisierung, wie sie hier schon mehrfach angesprochen vom Vorstand der Bahn angekündigt worden ist, könnte dabei hilfreich sein. Allerdings muss ich hier noch einmal sagen, Frau Rühl - ich spreche Herrn Mehdorn jedes Mal darauf an und sage ihm auch die Unterstützung des Landes für ein solches Konzept zu -, dass die Bahn bisher ein solches Konzept nicht vorgelegt hat. Es ist offenbar auch noch nicht fertig.

Wenn ein Modellversuch zum jetzigen Zeitpunkt gemacht werden soll, Herr Wenzel, dann müssen wir allerdings darauf achten - Sie haben das ja auch indirekt selbst gesagt -, dass wir den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun. Denn wie ist die augenblickliche Situation? - Wir müssen zum einen feststellen, dass zwar viel darüber diskutiert wird, dass die Bahn allerdings - ich habe es eben erwähnt - bisher kein eigenes Konzept für das zukünftige Schienennetz hat. Das betrifft eben auch diese so genannte Regionalisierung oder Mittelstandsoffensive. Gerade das macht die Auseinandersetzung mit der Bahn gegenwärtig so schwierig. Es fehlt also die Konzeption. Ich verweise auch noch einmal auf die Diskussion von heute Morgen.

Zum anderen, das ist hier auch zurecht von allen Debattenrednern gesagt worden, haben wir einen enormen Nachholbedarf bei den Investitionen. Frau Rühl, es ist so, dass der Vorstand der DB Netz AG beschlossen hat, keine Informationen herauszugeben. Natürlich wissen wir in etwa, wie der Zustand ist - wir haben ja auch eine eigene Nahverkehrsgesellschaft -, und wir haben schon Vorstellungen, was diesen Nachholbedarf betrifft. Der ist erheblich. Der aufgestaute Unterhaltungsaufwand ist offensichtlich so groß, dass die Bahn dies einfach vertuschen und die Information, wie der Zustand tatsächlich ist, nicht herausgeben möchte. Die Anpassung an akzeptable Verhältnisse

würde offensichtlich einen ganz erheblichen finanziellen Aufwand erfordern.

Was heißt das nun für die konkrete Situation in der Heide? - Es kann deshalb im Moment nur ein erster Schritt gemacht werden, und bei diesem Schritt geht es darum, den Schienenpersonennahverkehr unter den jetzt gegebenen Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir haben daran gearbeitet. Konkrete Verbesserungen haben wir auch schon in der Vergangenheit umgesetzt. Herr Möhrmann hat eben unsere Bemühungen um ein Güterverkehrszentrum erwähnt. Wir sind dabei, das weiter zu entwickeln. Wir haben darüber hinaus die Verkehre auf dieser Strecke weitgehend vertaktet und diese vertakteten Züge auch beschleunigt.

Wir werden vom 5. November dieses Jahres an drei weitere Verbesserungen vornehmen: Werktags in der Hauptverkehrszeit werden wieder durchgehende Züge aus der Heide bis nach Hannover fahren, um vor allem den Pendlern wieder umsteigefreie Direktverbindungen anbieten zu können. Sonntags werden wir für den Freizeitverkehr einen Zweistundentakt mit durchgehenden Zügen von Hannover nach Soltau anbieten, und wir werden dabei durchgehend modernisierte Dieseltriebwagen einsetzen. Darüber hinaus ist es unser Ziel, zum Fahrplanwechsel 2001 durchgehende Verbindungen von Buchholz in der Nordheide über Soltau nach Bennemühlen anzubieten. Wir sind also, meine Damen und Herren, nicht untätig geblieben.

Aber weitere auch von uns angestrebte Verbesserungen lassen sich nur dann erreichen, wenn wir die Infrastruktur anpassen; denn zum einen ist die „Heidebahn“ eine eingleisige Nebenstrecke mit festen Kreuzungspunkten. Das heißt, höhere Geschwindigkeiten führen regelmäßig nicht zu einer Reisezeitverkürzung, weil die Fahrzeitgewinne an den Kreuzungsbahnhöfen abgebummelt werden müssen. Zum anderen lässt sich die Strecke mit ihrer Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h nicht für attraktive Reisezeiten nutzen; von den Geschwindigkeitsbeschränkungen, die es unterwegs gibt, will ich gar nicht reden. Dabei sind wir auf die zwingende Mitwirkung des jetzigen Betreibers, nämlich der DB Netz AG angewiesen, und daran hapert es, wie ich schon dargestellt hatte.

Insofern ist es auch weiterhin richtig, dass die Bahn endlich eine Abgabe von einzelnen Nahverkehrsstrecken an die Länder und gegebenenfalls an die Kommunen oder eine andere Eisenbahngesellschaft prüfen sollte. Das ist die so genannte Mit-

telstandsinitiative. Dies kommt allerdings - das muss ich dazu sagen, das ist hier aber auch erwähnt worden - nur dann infrage, wenn auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Bevor wir diese Mittel nicht haben, macht ein Modellversuch „Heidebahn“ in dem weiterführenden Sinne keinen Sinn; denn schließlich fehlt es bisher nicht an Ideen, sondern es fehlt allein an Geld. Im Interesse der Sache und der „Heidebahn“ wäre es deshalb hilfreich, Herr Wenzel, wenn Sie und Ihre Freunde in Berlin uns nach Kräften dabei unterstützen würden, endlich die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Nahverkehrsstrecken zu verbessern.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal feststellen:

Erstens. Ich halte die Idee einer Regionalisierung von Bahnstrecken für zukunftsweisend.

Zweitens. Die Heideregion eignet sich für ein solches Konzept.

Drittens. Jetzt ist die Bahn am Zuge, ein Konzept der Regionalisierung vorzulegen und dessen Finanzierung abzusichern. Wir stehen Gewähr bei Fuß.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zur Überweisung des Antrages an die Ausschüsse. Damit soll sich federführend der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr befassen, und die Mitberatung soll in den Ausschüssen für Haushalt und Finanzen, für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen sowie für innere Verwaltung erfolgen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 17:

Erste Beratung:

Arbeitserlaubnis von Saisonarbeitskräften auf den niedersächsischen Inseln verlängern

- Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1837

Dieser Antrag wird von der Kollegin Frau Ortgies eingebracht. Bitte sehr!

Frau Ortgies (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie muss einem Hotel- und Restaurantbetreiber zumute sein, wenn er weiß, dass sein Haus ausgebucht ist, er aber nicht weiß, wie Betreuung und Versorgung aus Mangel an Arbeitskräften bewältigt werden können? - Ich meine, das können überwiegend nur diejenigen Kolleginnen und Kollegen nachempfinden, die selbst in mittelständischen Betrieben tätig sind.

Nach einem so genannten Hilfeschrei verschiedener Hotelbetreiber der einzelnen Inseln ist uns - ich meine, damit spreche ich parteiübergreifend für alle Mitglieder - bewusst geworden, dass dort eine Situation entstanden ist, der man unbedingt entgegenwirken muss. Schon am 11. Mai hat der DEHOGA-Landesverband Niedersachsen Herrn Ministerpräsidenten Gabriel auf die prekäre Arbeitskräftesituation hingewiesen. In einem Antwortschreiben aus der Staatskanzlei wurde dem DEHOGA daraufhin mitgeteilt, dass das Schreiben an das Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales zur Prüfung des Anliegens weitergeleitet worden sei. Bei einer Anhörung im Ausschuss für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen am 15. Juni dieses Jahres mit dem DEHOGA und vor allen Dingen auch dem Arbeitsamt Emden wurde besonders deutlich, mit welchen Problemen sich Insulaner auseinander setzen müssen, die man am Festland überhaupt nicht kennt.

Arbeitslosen, die man eventuell vermitteln könnte, ist es wegen der Tideverhältnisse nicht möglich, täglich mit einem Schiff zu vorgegebenen Zeiten die Inseln vom Festland aus zu erreichen. Eine solche Möglichkeit besteht nur für die Insel Norderney. Diese Arbeitslosen, die, wie erwähnt, dann für mehrere Monate auf den Inseln leben müssen, können aber ihre Wohnungen auf dem Festland z. B. aus familiären Gründen nicht aufgeben, da sie ja nur als Saisonkräfte auf den Inseln arbeiten. Diese verzwickte Situation wirkt sich dann stark auf das Nettoeinkommen aus. Dieses Problem trifft überwiegend ungelernete Arbeitnehmer.

Nach Aussage von Herrn Sievers, Direktor des Arbeitsamtes Emden, sei trotz bundesweiter Ausschreibung eine Vermittlung kaum möglich. Somit hat man sich im Laufe der Jahre immer mehr auf ausländische Mitarbeiter aus Nicht-EU-Staaten, überwiegend Polen, eingerichtet. Der dreimonatige Wechsel führt aber auf beiden Seiten, d. h. für Arbeitgeber sowie für Arbeitnehmer, immer wieder zu Problemen. Da sich die Lebenssituation in Polen ein wenig verbessert hat, sind viele nicht mehr bereit, nur für drei Monate nach Deutschland zu kommen, und, falls sie denn kommen, bedeutet das für den Arbeitgeber immer wieder eine zusätzliche Einweisung und Anlernzeit.

Es kommt hinzu, meine Damen und Herren - ich meine, dass das auf der anderen Seite wiederum sehr erfreulich ist -, dass sich die Saison auf den Inseln stark verlängert hat. Wenn früher nur drei Monate lang Saison war, so läuft diese heute von März bis Oktober sowie in den Weihnachtsferien und in der Neujahrszeit. Das heißt also, über fast neun Monate ist ein Inselaufenthalt heutzutage sehr gefragt.

Bislang darf ein Betrieb für sieben Monate Nicht-EU-Ausländer beschäftigen, pro Arbeitnehmer allerdings nur für drei Monate. Wird festgestellt, dass ein Betrieb einen Mitarbeiter länger als drei Monate beschäftigt, kann es sein, dass er ein Bußgeld von bis zu 20.000 DM zahlen muss. Meine Damen und Herren, welcher Betrieb kann sich ein solches Risiko leisten? Derzeit, d. h. im Jahr 2000, sind bisher 400 Arbeitserlaubnisse an Polen für alle Inseln ausgegeben worden. Der Gesamtbedarf wird auf 1.000 bis zum Ende der Saison geschätzt.

Nach dem Dafürhalten von Herrn Arbeitsamtdirektor Sievers könnte man das Arbeitskräfteproblem und möglicherweise auch das Problem der illegalen Beschäftigung dadurch in den Griff bekommen, dass die Anwerbepausenverordnung, die bislang die Beschränkung auf maximal drei Monate vorsieht, dergestalt verändert wird, dass den Betrieben die Möglichkeit eingeräumt wird, dieses Personal für einen längeren Zeitraum einzustellen. Die derzeitige Regelung bedingt bei einer maximal siebenmonatigen Einsatzzeit der Saisonarbeiter im Betrieb den dreimaligen Umschlag dieser Arbeitnehmer. Neben einer Verlängerung der Dreimonatsfrist in der ASAV muss den Betrieben auch die Gelegenheit gegeben werden, die bislang statthaften sieben Monate Arbeit mit Saisonarbeitskräften auf mindestens neun Monate zu verlängern, da die Arbeitslosenquote

auf den Inseln bei nur 0,8 % bis höchstens 4 % liegt.

Auch Frau Ministerin Merk hat sich eingeschaltet und Herrn Bundesminister Riester angeschrieben. Leider war die Antwort so oberflächlich - das haben Sie in Ihrem Schreiben an mich ja auch sehr bedauert, Frau Ministerin -, dass es sich nicht lohnt, über das zu diskutieren, was man aus Berlin mitgeteilt bekommen hat. Ich habe den Eindruck, dass man im Bundesarbeitsministerium in Berlin noch nicht einmal begriffen hat, um welche Problematik es sich hier handelt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir den Weg gewählt, ein Votum des Landtages herbeizuführen, damit man in Berlin endlich erkennt, wie dringend das Problem auf den Inseln einer Lösung bedarf. Für meine Fraktion kann ich die Kolleginnen und Kollegen der SPD und der Grünen nur bitten, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen. Es muss doch möglich sein, § 4 Abs. 1 ASAV wie folgt zu ergänzen:

„Die Dreimonatsbefristung der Beschäftigung von Arbeitnehmern nach Satz 1 und von sieben Monaten für den Betrieb nach Satz 2 kann aus besonders begründetem Anlass verlängert werden, wenn dies aus arbeitsmarktlichen Gründen - insbesondere wenn ansonsten der Arbeitskräftebedarf nicht sichergestellt werden kann - erforderlich ist. Die Entscheidung über die Verlängerung trifft das örtlich zuständige Arbeitsamt.“

Ich kann nur noch einmal die Bitte an Sie alle aussprechen: Helfen Sie mit, damit sich die Arbeitsbedingungen auf den Inseln für die Zukunft zum Positiven wenden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Frau Ministerin Merk hat das Wort.

Merk, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine besonders begehrte Ferienregion in Niedersachsen ist Ostfriesland, sind insbesondere die Ostfriesi-

schen Inseln. Wegen ihrer geografischen Lage ist dort die Arbeitsmarktsituation in der Hauptferiensaison jedes Jahr problematisch und wird immer problematischer.

Aus diesem Grunde haben sich Vertreter der Inseln und des DEHOGA-Verbandes an den Tourismusausschuss gewandt. Im Juni hat es deshalb im Ausschuss die Anhörung gegeben, die Frau Ortgies bereits beschrieben hat, um die Arbeitskräftesituation auf den Nordseeinseln im Einzelnen zu analysieren. Die örtlichen DEHOGA-Vertreter sowie der Emdener Arbeitsamtdirektor hatten Gelegenheit, die Problemlage ausführlich darzustellen.

Da der Tourismus die wichtigste wirtschaftliche Grundlage für die Ostfriesischen Inseln ist, besteht ein besonderes wirtschaftliches Interesse, das breite Angebot im Hotel- und Gaststättengewerbe während der Saison uneingeschränkt aufrechtzuerhalten. Deshalb habe ich sofort reagiert und in Abstimmung mit Abgeordneten der CDU- und der SPD-Fraktion an den zuständigen Bundesarbeitsminister geschrieben und ihn gebeten, kurzfristig - da ging es um diese Saison - eine notwendige Änderung der Anwerbestoppausnahmereverordnung vorzunehmen. Bedauerlicherweise hat der Bundesarbeitsminister keine Möglichkeit gesehen, Abhilfe durch Änderung des Arbeitsgenehmigungsrechts zu schaffen, da die derzeitige Regelung ein nach schwierigen Verhandlungen gefundener Kompromiss sei, der nicht verändert werden sollte.

Im Gegensatz zu Frau Ortgies bin ich allerdings der Meinung, dass der Bundesarbeitsminister das Problem sehr wohl kennt. Berlin ist nicht so weit entfernt, und dem Minister ist das auch nicht unbekannt. Es ist nicht leicht, wenn man einen Kompromiss gefunden hat, diesen wieder zu ändern. Das wird das Problem sein.

Ich bedauere diese Entscheidung auch. Ich hatte gehofft, dass wenigstens die kleine von mir vorgeschlagene Änderung der Anwerbestoppausnahmereverordnung, wonach in besonderen Situationen eine über die zulässige Dreimonatsbeschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern aus Nicht-EU-Staaten hinausgehende Beschäftigung zugelassen werden kann, möglich sein würde. In meinem Haus war aus Gesprächen mit dem Bundesarbeitsministerium bekannt, dass die große Lösung, d. h. die Genehmigung einer sechsmonatigen Arbeitslaubnis für Saisonbeschäftigte von Anbeginn an, keine Zustimmung finden würde.

Der DEHOGA-Verband, dem die ablehnende Haltung des BMA mitgeteilt wurde, ist mit dem Ergebnis genauso wenig zufrieden wie ich. Deshalb hat der Verband erneut die Landesregierung angeschrieben und aufgefordert, sich für eine weiter gehende Änderung der Anwerbestoppausnahmeverordnung einzusetzen. Allerdings ist der Adressat - davon wird in dem Entschließungsantrag richtigerweise ausgegangen - die Bundesregierung in Berlin.

Die Landesregierung wird alles in ihren Möglichkeiten Liegende tun, um eine tragfähige Lösung des Arbeitskräfteproblems auf den Inseln zu erreichen. Deshalb hat mein Haus die Vertreter der Inseln, des DEHOGA-Verbandes, des Landesarbeitsamtes sowie des Wirtschaftsministeriums noch im September zu einem Gespräch eingeladen, um im Expertenkreis nach Lösungen zu suchen und um insbesondere auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen anzusprechen. Denn, meine Damen und Herren - ich habe das auch Ihnen, Frau Ortgies, gesagt -: Natürlich sind auch die Anforderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Ländern, die in kurzer Zeit der Europäischen Union beitreten werden, andere als die, die in den 50-er Jahren gestellt wurden; ich denke nur an die Unterbringung. Da muss man Profil zeigen, da muss man sich verbessern. Es kann natürlich nicht sein, dass am Ende die Hotels ausgebucht sind, aber an jeder Tür ein Zettel hängt, auf dem steht: Sie finden rechts den Staubsauger und links den Besen. - Deshalb müssen auch die Arbeitgeber mitmachen und denjenigen, die sie zum Arbeiten holen wollen, ein entsprechendes Angebot unterbreiten. Wenn es morgen nicht mehr die Polen sind, dann sind es andere, die arbeiten wollen - aber nicht zu Bedingungen, wie wir sie in den 50-er Jahren hatten. Das muss man allen sagen, und daran kann man arbeiten. Man kann sich damit auch in qualitativer Hinsicht ein Profil verschaffen, weil man dadurch nämlich Personal gewinnt, das sich mit dem, was es tut, identifiziert.

Meine Damen und Herren, wir werden erneut einen Vorstoß in Richtung Bundesarbeitsministerium unternehmen, die Anwerbestoppausnahmeverordnung entsprechend den arbeitsmarktlichen Notwendigkeiten auf den Ostfriesischen Inseln zu ändern. Die Situation dort ist einmalig und nicht vergleichbar etwa mit dem Tourismus im Gebirge.

Es ist und bleibt unser Anliegen - das will ich deutlich machen -, die wirtschaftliche Existenz der Hotel- und Gaststättenbetriebe auf den Inseln unter

allen Umständen zu erhalten. Was hätten sie denn sonst, wenn nicht das? Und wir, was hätten wir, wenn wir dort nicht hingehen könnten? Es fehlte viel.

Insofern, meine Damen und Herren, unterstützt die Landesregierung die Zielsetzung dieses Entschließungsantrags.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Frau Janssen-Kucz ist die nächste Rednerin. Bitte sehr!

Frau Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Frau Ministerin schon sagte, hatten wir als Tourismusausschuss das ganz intensive Gespräch, in dem insbesondere der Vertreter des Arbeitsamtes Emden die Situation auf den Ostfriesischen Inseln hinsichtlich der Beschäftigung von Saisonarbeitskräften sehr differenziert dargestellt hat.

Alle Fraktionen waren sich einig, dass mit der Sozialministerin ein Gespräch über die Gesamtproblematik geführt wird, um einen Vorstoß beim Bundesarbeitsministerium zu unternehmen mit dem Ziel, eine schnelle und kurzfristige Lösung vielleicht noch für diese Saison auf den Weg zu bringen.

Das hat nun nicht so ganz geklappt. Aber es handelt sich um ein rein regionales Problem. Das will ich noch einmal hervorheben. Dieses Problem existiert nicht auf dem Festland und auch nicht in anderen Urlaubsregionen. Es beruht auf den Fährverbindungen, der Tideabhängigkeit und der Tatsache - Frau Ortgies hat bereits darauf hingewiesen -, dass man eine Zweitwohnung benötigt, was erhebliche Kosten verursacht, sodass den Hilfsarbeitskräften netto nur wenig übrig bleibt.

Wenn wir schnell etwas ändern wollen, wie wir es versucht haben, dann brauchen wir diese Ausnahme von § 4 der Anwerbestoppausnahmeverordnung. Dies hätte natürlich an die hier erörterten regionalen Bedingungen gekoppelt werden müssen, die andernorts nicht vorhanden sind und die die tideabhängigen Inseln in diese Situation bringen.

Die Sozialministerin hat einen Vorstoß unternommen. Die Antwort lautete, wie gehört, dass man an dem lang gesuchten Kompromiss in § 4 ASAV bis zum Jahr 2003 nichts ändern möchte, weil man befürchtet - das kann ich nachvollziehen -, dass sonst Tür und Tor für andere Ausnahmeregelungen geöffnet werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur noch einmal an das Gezerre um die Green Card erinnern und darauf hinweisen, dass ich die Argumente des Bundesarbeitsministers nachvollziehen kann. Ich glaube auch nicht, dass ein Entschließungsantrag des Niedersächsischen Landtags an der Haltung des Bundesarbeitsministers etwas ändern wird. Deshalb sollten wir jetzt gemeinsam konkret handeln und das Übel an der Wurzel anpacken. Sollte dies gelingen, werden davon nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer - insbesondere die ausländischen Saisonarbeitskräfte - etwas haben. Das Grundübel auf den Ostfriesischen Inseln ist nicht die Dreimonatsbefristung für ausländische Saisonarbeitskräfte, sondern es sind die Arbeitsbedingungen. Wir müssen zusammen mit den DEHOGA-Betrieben die Arbeitsbedingungen auf den Inseln so gestalten, dass die Bezahlung der Arbeitskräfte und die Arbeitsplätze perspektivisch verbessert werden. Dazu brauchen wir auch die Unterstützung durch das Sozialministerium. Es geht darum, längerfristige Beschäftigungsverhältnisse über dem Existenzminimum zu schaffen, nicht aber darum, Beschäftigungsverhältnisse am Rande oder möglicherweise sogar unterhalb des Existenzminimums zu unterstützen. - Ich spreche hier aus eigener Erfahrung; denn ich habe einen ganzen Teil meines Studiums über Saisonarbeit auf den Inseln finanziert, sodass ich von daher weiß, wie die Bedingungen dort aussehen. - Es geht ebenfalls - auch das wurde erwähnt - um Möglichkeiten zur menschenwürdigen Unterbringung. Es geht nicht um den vornehmen Begriff „Zweitwohnung“. Zum Teil werden die ungelerten Arbeiter in Hühnerställen oder in Baracken untergebracht.

(Widerspruch bei der CDU)

- Das ist so. Das hat sich auch in den letzten 15 oder 20 Jahren nicht zum Positiven hin verändert. Das stimmt so. Ich kann das so stehen lassen.

(Zuruf von Frau Pruin [CDU])

- Die mögt wohl kin Höhner hebbben, aber dor geft's wat anners. - Das geht jetzt von meiner Zeit ab; ist aber auch egal. - Meiner Meinung nach kann dort nur etwas gelingen, wenn wir die dortigen

Arbeitsverhältnisse gemeinsam verbessern; denn das langfristige Ziel muss es sein, auch deutsche Arbeitnehmerinnen wieder für die Inseln zu interessieren und nicht immer nur auf der Suche nach Saisonarbeitskräften aus dem Ausland zu sein. Frau Merk hat darauf hingewiesen. Polen - was kommt danach? Wie weit sollen wir noch reisen, um die Versorgung unserer Gäste sicherzustellen. Nur dann, wenn es gelingt, ein stabiles soziales Netz für die Arbeitnehmerinnen auf den Inseln aufzubauen, können wir die Probleme der Gegenwart angehen und sie für die Zukunft auf den richtigen Weg bringen.

Meiner Meinung nach müssen wir zweigleisig fahren - auch Frau Merk hat es gesagt -: Änderung des § 4 der Anwerbestoppausnahmereverordnung und Veränderung der Arbeitssituation auf den Ostfriesischen Inseln zum Positiven hin. In diesem Sinne sollten wir weiter arbeiten. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun der Kollege Watermann.

Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So ist das, wenn man als Letzter zu einem doch wichtigen Thema reden soll. Ich habe mir Spickpunkte aufgeschrieben und stelle nun fest, dass alle abgearbeitet sind. Im Sinne der Parlamentsreform könnte man nun sagen, dass man die Rede hier nun nicht mehr groß vortragen sollte.

(Frau Ortgies [CDU]: Dann lasse es doch! Setze dich hin!)

Ich möchte aber dennoch einige kleine Ergänzungen machen, die ich aus meiner Sicht für wichtig halte. Ich möchte Dank sagen all denjenigen, die sich in der Vergangenheit für die Bewältigung dieses Problem eingesetzt haben. Ich kann hier feststellen, dass die Inseln durchaus eine große Lobby haben. Vom Bundespräsidenten über den Ministerpräsidenten bis zur Ministerin haben sich alle sehr intensiv damit beschäftigt. Meiner Meinung nach sollten wir - ich finde, dass ist auch eine wichtige Stoßrichtung - neben der gemeinsam angestrebten Änderung des § 4 auch das sehr ernst nehmen, was eben in dem Redebeitrag deutlich geworden ist. Ich denke hier an die Frage, ob es möglich ist, die Arbeits- oder auch die Wohnbedingungen für diejenigen Leute, die sowohl auf

dem Festland als auch auf den Inseln, wenn sie dort arbeiten, Wohnraum vorhalten müssen, zu verbessern. Ich meine, dass wir einer in der Anhörung aufgeworfenen sehr interessanten Frage - ich habe mir das heute noch einmal angeguckt - nachgehen müssen und dieser Sache keinen Vorschub leisten dürfen. Diejenigen Betriebe, die legal beschäftigen, bedürfen unserer Unterstützung. Wir müssen aber auch sehr deutlich sagen, dass diejenigen, die hier illegal vorgehen, nicht unsere Unterstützung bekommen können. In der Anhörung ist sehr deutlich gesagt worden, dass es sehr viele Betriebe gibt, die ganz gezielt illegal beschäftigen. Meiner Meinung nach müssen wir als Landtag deutlich sagen, dass wir uns für eine Förderung der legalen Beschäftigung und eine Verbesserung der Bedingungen einsetzen. Wir müssen aber auch ganz deutlich sagen: Illegalität wird von uns nicht toleriert und darf auch nicht toleriert werden. Wenn wir in den Ausschussberatungen in diesem Sinne vorgehen, werden wir meiner Einschätzung nach für die Inseln und die Urlauber Lösungen finden, die zu aller Zufriedenheit sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung

Wir kommen zur Ausschussüberweisung des Antrags. Mit ihm sollen sich federführend befassen der Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen und mitberatend die Ausschüsse für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen, für innere Verwaltung, für Wirtschaft und Verkehr sowie für Gleichberechtigung und Frauenfragen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 18:

Tagesordnungspunkt 18:

Besprechung:

Chancengleichheit und Frauenförderung in Wissenschaft und Forschung in Niedersachsen - Große Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 14/1434 - Antwort der Landesregierung - Drs. 14/1791

Das Wort hat Frau Dr. Andretta.

Frau Dr. Andretta (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu Beginn einen kurzen Blick in die Geschichte: Vor genau 100 Jahren geschah etwas für damalige Verhältnisse Unerhörtes. Der Studentin Johanna Kappes gelang, was heute Normalität ist und keines weiteren Gedankens zu lohnen scheint: Als erste Frau konnte sie sich an einer deutschen Hochschule immatrikulieren. Es war eine kleine Revolution, die sich damals in Freiburg ereignete. Immerhin wies der Leipziger Neurologe Paul Möbius im gleichen Jahr den „physiologischen Schwachsinn des Weibes“ nach. Und noch 1905 schickten Göttinger Professoren ein Schreiben an den preußischen Kultusminister, in dem es hieß:

„Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass die Immatrikulation von Frauen ein gefährliches und in seinen Wirkungen unübersehliches Experiment ist, geeignet die deutschen Universitäten aufs Tiefste zu schädigen.“

100 Jahre nach Johanna Kappes sind an unseren Hochschulen 47,4 % der Studierenden weiblich. 1998 haben sich erstmals mehr junge Frauen als Männer an niedersächsischen Universitäten eingeschrieben.

Beim wissenschaftlichen Personal dagegen - wir wissen das - fällt die Bilanz weniger positiv aus. Insbesondere der Anteil der Professorinnen wächst nur im Schnecken tempo - kein Wunder, haben wir es bei den Hochschulen doch mit einem Bereich zu tun, den die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, in frauenpolitischer Hinsicht als die zurückgebliebenste aller Provinzen bezeichnet. - Dies als Vorbemerkung, um einen Maßstab zu haben, von dem aus wir die Fortschritte betrachten.

Dass es Fortschritte in Niedersachsen gibt, belegt die ausführliche Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage. Für deren zügige Bearbeitung und das instruktive Material möchte ich meine Fraktion bei den Bearbeiterinnen und Bearbeitern der großen Anfrage herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Was sind die wichtigsten Fortschritte bei der Verbesserung der Chancen für Frauen, die wir in den 90er-Jahren erreicht haben? - Zwei möchte ich herausstellen:

Erstens: Lag der Frauenanteil an den Professuren 1990 noch bei 4,6 %, so sind es 1998 schon 9,4 % gewesen. Besonders ermutigend ist der Anstieg der Neuberufungen: 1999 wurde an unseren Universitäten jede vierte Professur an eine Frau vergeben. An Fachhochschulen lag der Anteil mit 29 % sogar noch höher. Damit nehmen wir in Niedersachsen eine Spitzenposition ein. Wir alle wissen, dass ohne die hartnäckige Arbeit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten dieses Ergebnis nicht zustande gekommen wäre. Ihnen herzlichen Dank.

Niedersachsen ist nicht nur vorbildlich bei Berufungen, sondern auch, wenn es um die Schaffung struktureller Rahmenbedingungen zur Herstellung von Chancengleichheit geht. Seit 1992 sind flächendeckend Frauenbüros an unseren Hochschulen eingerichtet worden. Das NHG sichert den Frauenbeauftragten umfassende Informations- und Beteiligungsrechte. Bis auf die Universität Lüneburg haben alle Hochschulen Frauenförderrichtlinien verabschiedet.

Bei allem Fortschritt zeigen die Zahlen aber auch, dass nach wie vor großer Handlungsbedarf besteht und wir von gleichen Chancen noch sehr weit entfernt sind. Zwei Schwerpunkte unserer Anstrengungen möchte ich nennen:

Erstens die Nachwuchsförderung. Mit dem anstehenden Generationswechsel an den Hochschulen eröffnet sich die große Chance, in relativ kurzer Zeit viele Frauen auf Lehrstühle zu bringen. Damit diese Chance nicht vertan wird, müssen wir die Studentinnen von heute zu einer wissenschaftlichen Karriere ermutigen.

Herr Minister Oppermann hat die Messlatte hoch gelegt: Im Jahr 2005 sollen 25 % der Professuren in Niedersachsen mit Frauen besetzt sein. Es gibt also einiges zu tun. Wir freuen uns, dass die Landesregierung das erfolgreiche Dorothea-Erxleben-Programm fortsetzen wird. Sonderprogramme für Frauen sind notwendig, reichen aber nicht aus. Deshalb haben sich die Länder verpflichtet, personengebundene Förderprogramme im Rahmen der HSP-Nachfolgeaktivitäten mit einer 40 %-Quote für Frauen zu versehen. Wie bitter nötig das ist, zeigt das Beispiel des Emmy-Noether-Programms der DFG zur Förderung exzellenter Nachwuchswissenschaftler. In seiner Startphase lag der Frauenanteil bei gerade einmal 20 %.

Aber auch die besten Nachwuchsprogramme greifen nur - das ist meine tiefe Überzeugung -, wenn

sich an den Universitäten selbst etwas ändert. Ich denke hier vor allem an die Abschaffung der Habilitation, die nachweislich größte Hürde für Hochschulkarrieren von Frauen. Der Wissenschaftsrat hält sie für eine gezielte Entmutigung der Frauen.

Ich denke aber auch an das antiquierte Leitbild des Wissenschaftlers. Der traditionelle Typus des Wissenschaftlers im deutschen Wissenschaftsmodell war und ist geprägt durch die Vorstellung einer den ganzen Menschen umfassenden, ausschließlichen Hingabe an die Wissenschaft - Zeit für Familie oder sogar Babypausen kommen dabei nicht vor. Ein solches Leitbild verfehlt nicht nur die Lebensrealität von Frauen *und* Männern, es ist auch nicht so sonderlich attraktiv.

Ein zweiter Schwerpunkt unserer Anstrengungen muss die Öffnung der naturwissenschaftlichen Disziplinen für Frauen sein. Hier gibt es für Studentinnen nur wenige weibliche Vorbilder. Wir wissen: Die Weichen dafür müssen schon sehr früh in der Schule gestellt werden. Spezielle Förderprogramme sind notwendig.

Die Landesregierung hat bereits Initiativen ergriffen: Beispielhaft nennen möchte ich das Modellprojekt „Technik zum Begreifen - speziell für junge Frauen“ an der TU Braunschweig oder das neue Mentoringprogramm für naturwissenschaftlich-technische Studiengänge. Als Erfolgsmodell hat sich auch die Einrichtung von Frauenstudiengängen erwiesen. Vorreiter war vor drei Jahren die damalige Fachhochschule Wilhelmshaven, die als erste deutsche Hochschule im Fachbereich Wirtschaftsingenieurwesen ein Studienangebot nur für Frauen eingerichtet hat. Andere Hochschulen sind inzwischen gefolgt, zuletzt auch die Fachhochschule Hannover.

Natürlich brauchen wir auch in Zukunft weiterhin Frauenforschung an unseren Hochschulen. An zehn unserer 19 Hochschulen gibt es bereits Professuren zur Frauenforschung. Weitere müssen folgen; denn Frauenforschung ist Wissenschaftskritik. Wie richtig diese These der Frauenforschungskommission in Niedersachsen immer noch ist, können wir zurzeit auf der Internationalen Frauenuniversität im Rahmen der EXPO erleben.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Ihnen ist deutlich geworden: Frauenförderung ist keine Reservatspolitik für bedrohte Arten. Es geht um nichts weniger als um eine Modernisierung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer

Hochschulen - in Niedersachsen und in ganz Deutschland.

In der internationalen Debatte ist dieser Aspekt von Frauenförderung längst erkannt worden. Im kürzlich von der EU vorgelegten ETAN-Bericht (European Technology Assessment Network on women and science) wird ausdrücklich festgestellt, dass die Unterrepräsentanz von Frauen das Ziel der Wissenschaft, Exzellenz zu erreichen, bedroht und darüber hinaus eine Verschwendung von Ressourcen darstellt. Kritisiert werden vor allem die gängigen Einstellungs- und Begutachtungsverfahren, wo keineswegs immer die Besten durchkommen. Auch bei uns berichten Frauenbeauftragte, dass Berufungsverfahren oft wenig transparent seien und Ausschlussmechanismen im Hinblick auf Frauen immer subtiler würden, insbesondere wenn es um die Bewertung von Leistungen geht.

Im ETAN-Bericht wird ein ganzes Bündel von Empfehlungen gegeben, wie die Unterrepräsentanz von Frauen abgebaut werden kann. Unter anderem wird vorgeschlagen, dass Gremien, die über öffentliche Forschungsgelder und Forschungsthemen entscheiden - bei uns z. B. das Kuratorium der VW-Stiftung oder der Senat der DFG - quotiert werden können - eine 30 %-Quote bis 2002, 40 % bis 2005. Ich meine, darüber lohnt es sich nachzudenken.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts des Wettbewerbsdrucks, der auf den Hochschulen lastet, können wir es uns nicht länger leisten, den Fortschritt als Schnecke wandern zu lassen. Um nicht weitere 100 Jahre ins Land gehen zu lassen, bis Frauen gleiche Chancen in Forschung und Wissenschaft haben, müssen wir mehrere Strategien gleichzeitig verfolgen. Das heißt, auch in Zukunft werden wir auf gesetzliche Regelungen zur Verbesserung der Chancengleichheit nicht verzichten können. Wir werden auch in Zukunft Frauenbeauftragte mit umfangreichen Rechten ausstatten müssen, sodass sie ihre Aufgabe als Kontrollinstanz wirksam wahrnehmen können.

Aber machen wir uns nichts vor: Ein wirklicher Fortschritt kann nur erreicht werden, wenn die Hochschulen und ihre Fakultäten aus eigener Motivation und ureigenem Interesse heraus Gleichstellungspolitik betreiben.

Dieses Eigeninteresse können wir fördern. Da erfahrungsgemäß gutes Zureden allein wenig nützt, sollten derartige Appelle mit handfesten Vorteilen

für diejenigen verbunden sein, die erfolgreich in der Frauenförderung sind, und mit Nachteilen für diejenigen, die sich der Aufgabe entziehen.

In Niedersachsen haben wir ein solches Anreizsystem an den Fachhochschulen bereits umgesetzt. Mit der Einführung der Globalhaushalte zum 1. Januar 1999 wird ein Teil der Mittel an deren Beitrag zur Gleichstellung gekoppelt. Das Ministerium prüft derzeit, ob ein ähnliches Anreizsystem im Bereich der Universitäten geschaffen werden kann.

Aber auch Ziel- und Leistungsvereinbarungen können als Instrument zur Erreichung von Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre eingesetzt werden. Eine gute Grundlage hierfür - das zeigen einige Universitäten - bieten Frauenförderpläne, die als Teil der Entwicklungsplanung der Hochschule aufzustellen sind.

Unser Ziel ist, dass sich die Hochschulen Chancengleichheit so zur ureigenen Aufgabe machen, dass Frauenbeauftragte überflüssig werden und junge Frauen selbstbewusst und selbstverständlich wissenschaftliche Karrieren anstreben - als Mathematikerinnen, Germanistinnen und Ingenieurinnen.

Auch die anstehende Reform des Niedersächsischen Hochschulgesetzes bietet die Chance, in diesem Sinne einen großen Schritt nach vorne zu machen. Wir, die SPD-Fraktion, werden diese Chance nutzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Vogelsang hat das Wort.

Frau Vogelsang (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die praktische Frauenförderung der Landesregierung stagniert und sinkt sogar durch die Kürzung von Haushaltsansätzen, durch die Einführung der Verwaltungsreform und die Ausweisung von Globalhaushalten. Die Frauenpolitik der SPD beschränkt sich aber darauf, diese Missstände dadurch zu überdecken, dass sie in Großen Anfragen der Regierung eine Plattform zur Selbstbeweihräucherung und Darstellung des Ist-Bestandes sowie zur Unterschlagung der Mängel bietet.

Vor zehn Monaten haben wir das Gleiche mit einer Großen Anfrage zum Thema „Maßnahmen der Landesregierung zur Förderung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt“ erlebt. Heute erleben wir das im Hochschulbereich.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Antwort durchgelesen haben, werden Sie gesehen haben, dass eine Vielzahl der von der SPD-Fraktion an die Landesregierung gestellten 59 Fragen derart oberflächlich beantwortet worden sind,

(Frau Leuschner [SPD]: Das stimmt überhaupt nicht! - Dr. Domröse [SPD]: Es bleibt Ihnen doch unbenommen, tiefergehende Fragen zu stellen, Frau Vogelsang! Ich freue mich darauf!)

dass man eigentlich eine ganze Stunde bräuchte, um sie im Einzelnen auseinander zu nehmen.

Ich werde mich deshalb auf einige Besonderheiten und Ungereimtheiten beschränken.

Erstens. Die Frage der Präsenz von Frauen. Die Hochschulen haben sehr ausdifferenzierte Statistiken erarbeitet. Eine Materialbewertung durch das Ministerium fehlt in der Antwort völlig. Das Ministerium beschränkt sich darauf, den prozentualen Anstieg der weiblichen Studierenden im Land darzustellen, ohne z. B. darauf einzugehen, weshalb im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften zwar 46,6 % Studienanfängerinnen sind, aber letztlich nur 35 % Frauen den Abschluss schaffen.

Vom Ministerium erwarte ich keine Auflistung und Schönfärbereien, Herr Minister Oppermann, sondern ehrliche Antworten auf Fragen, um zielgerichtet planen zu können, was besser gemacht werden soll.

Beim nicht-wissenschaftlichen Personal haben Sie gar nicht erst nach Hierarchieebenen - d. h. einfacher, mittlerer, gehobener Dienst usw. - unterschieden. Dabei gibt es gerade in dem Bereich, in dem im Verwaltungsbereich 80 % und im technischen Bereich 60 % der Arbeitsplätze Frauenarbeitsplätze sind, eine strukturelle Ursache für die Missstände und Benachteiligungen. Gerade in diesem Bereich könnte man durch ganz gezielte Weiterbildungsmaßnahmen und durch Coaching einiges vorantreiben.

Aus gutem Grund hat Ihr Haus wahrscheinlich auch bei den Professoren sowohl die C 2-Stellen ausgeklammert, weil dort von 1990 bis jetzt der Anteil der Frauen von 32 auf 18 gesunken ist, als auch die C 3-Stellen ausgeklammert, weil der Anteil von Frauen von zehn auf sieben gesunken ist. Man erkennt aber, dass man durch Prozentzahlen eine Menge kaschieren kann. Es ergibt sich ein ganz anderes Bild, wenn man dann sieht, welche Personen und Stellen sich dahinter verbergen.

(Bontjer [SPD]: Hoffentlich machen Sie das nicht!)

- Sie wissen, dass ich das gerne besser machen würde, sobald wir Gelegenheit haben!

Nun wende ich mich der Frage der gezielten Frauenförderung im Studium zu. In der Beantwortung der Anfrage wird ausführlich das Graduiertenförderungsgesetz erklärt. Es wird berichtet, dass 3,7 Millionen DM für 160 Stipendien zur Verfügung stehen. Es fehlt aber jede geschlechtsdifferenzierende Darstellung bezüglich der Vergabe der 160 Stipendien. Was ist denn mit den Frauen bezüglich der 50-prozentigen Beteiligung? - Kein Wort. Ich hätte schon gern etwas dazu gehört. Ich hätte auch gern etwas über die Evaluationsbemühungen in diesem Bereich gehört.

(Beifall bei der CDU)

Wie steht es mit den monoedukativen und koedukativen Angeboten an den Hochschulen? - Wir haben vor fast drei Jahren die Hochschule in Wilhelmshaven besucht und haben uns von den großartigen Auswirkungen der Einführung der reinen Frauenstudiengänge im Bereich der Ingenieurwissenschaften überzeugt. Es ist nun einmal nicht zu leugnen, dass Jungen und Mädchen, Männer und Frauen andere Zugänge zu technischen und naturwissenschaftlichen Sachverhalten haben. Ich halte es schon für notwendig, dass in beiden Bereichen zumindest zum Teil von der Koedukation abgewichen wird. Ich würde mir nur wünschen, dass insbesondere im Bereich der sozialen und pflegerischen Angebote Ähnliches auch für Männer vorgehalten würde, so wie es da im Bereich der Ingenieurwissenschaften für Frauen geschehen ist.

Ich will mich relativ kurz fassen. Bei der Beantwortung der Frage hinsichtlich der Frauen- und Geschlechterforschung ist mir sehr klar geworden, dass hier sehr viel vom persönlichen Engagement einzelner Frauen abhängt. Das Lehrangebot selbst wird nicht umfassend, nicht an allen Standorten

durch Studienordnungen, Prüfungsordnungen oder dafür vorgesehene Stellen abgesichert. Wenn wir Frauen- und Geschlechterforschung bejahen - das wollen wir gemeinsam; gerade die Regierung und die SPD sind dabei sehr schnell zur Stelle, dies zu bejahen -, dann müssen aber auch die Rahmenbedingungen stimmen und muss ein solches Vorhaben entsprechend untermauert werden, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU)

Nun lassen Sie mich den Punkt ansprechen, an dem man am deutlichsten veranschaulichen kann, dass die Regierung und die SPD, die diese Regierung trägt, sehr große Defizite haben.

(Frau Dr. Andretta [SPD]: Etwas konkreter bitte!)

In § 99 NHG steht - Frau Dr. Andretta ging vorhin darauf ein -, dass die Frauenbeauftragten zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu allen Sitzungen der Gremien und Kollegialorgane wie Mitglieder zu laden sind, dass sie Antrags- und Rederechte und teilweise sogar ein Vetorecht, allerdings kein Abstimmungsrecht haben. Diese Vorschriften werden aber, wie wir deutlich gesehen haben, im Wesentlichen am Landtag vorbei total ausgehebelt. Das finde ich katastrophal. Ich will Ihnen das an einem Beispiel verdeutlichen.

Ich meine das Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven und zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vom 11. November 1999. Durch dieses Gesetz ist ein neues Organ geschaffen worden, das erhebliche Mitwirkungsrechte bei der Führung der neuen Hochschule hat. Ich erinnere daran, dass dieses Gesetz gegen den Willen aller Betroffenen auf den Weg gebracht worden ist.

(Dr. Domröse [SPD]: Ich empfehle Ihnen dringend, einmal das Gesetz nachzulesen und sich die Rede des Abgeordneten vor Ort durchzulesen!)

Sehr verehrter Herr Domröse, nach § 149 des Gesetzes ist ein Kuratorium mit zwölf stimmberechtigten Mitgliedern eingerichtet worden. Diese männliche Formulierung hat man auch sehr ernst genommen. Es sind nämlich tatsächlich zwölf Männer vorgeschlagen worden: sechs vom Ministerium, sechs von den einzelnen Hochschulstandorten bzw. den Senaten. Ich finde, dass es Sie,

wenn Sie es wie ich ehrlich meinen, tiefraurig stimmen muss und dass Sie es für einen Skandal halten müssten, dass selbsterlassene Rechtsgrundlagen nicht eingehalten werden. Ich finde, dass das ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten ist.

(Frau Zachow [CDU]: Ist aber doch nichts Neues! - Dr. Domröse [SPD]: Ist nicht wahr!)

- Ich weiß, das ist nichts Neues. - Es wird deutlich, dass die Marketingthese, die Sie in Ihrer Frage anwenden, wonach Niedersachsen bundesweit als wegweisend in der Politik für Frauen an Hochschulen gelte, einmaliger Hohn ist, wenn ich die Entwicklung an dieser Fachhochschule betrachte. Nach unserer Vorstellung ist das das Ergebnis von völlig veralteten parteipolitisch motivierten Gesetzen und von großen Ungereimtheiten. Sie haben ja deshalb nicht von ungefähr von etlichen Männern einen Korb bekommen, die in das Kuratorium berufen werden sollten. Frauen haben Sie diese Chance erst gar nicht gegeben.

Die CDU erwartet von der Landesregierung, der dieser demaskierende und blamable Sachverhalt seit langem genau bekannt ist, aber auch von der SPD-Fraktion, dass sie Korrekturen an dem Gesetz vornehmen und endlich dazu beitragen, dass Lösungen gefunden werden, die den selbst gesteckten Rahmen ausfüllen.

Wir meinen, dass ein neues Kuratorium gewählt werden muss, in dem in der Tat Männer und Frauen in gleichem Maße vertreten sind. Es kann nicht sein, dass das bestehende Kuratorium in eigener Selbstherrlichkeit entschieden hat, dass die Frauenbeauftragte nicht einmal ein Mitspracherecht bekommt und zu den Sitzungen nicht ständig eingeladen wird, sondern nur auf besonderen Wunsch und nach hoheitlicher Entscheidung des Kuratoriums dazugeladen werden soll. Ich finde, dass das eine Katastrophe ist, und bedauere es außerordentlich, dass die Frauenministerin jetzt nicht hier ist, denn dann würde ich ihr jetzt dringend empfehlen, ihre frauenpolitischen Aktivitäten und die Aktivitäten für mehr Gleichberechtigung bei dem Mann anzusetzen, der es offensichtlich am meisten braucht, und das ist der Herr Minister.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Golibrzuch hat das Wort.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich würde die These, dass Niedersachsen bei der Frauenförderung an Hochschulen Maßstäbe setzt, ja gerne unterschreiben. Ich wäre dann allerdings dankbar dafür, wenn bei dieser Vielzahl von Anlagen, die wir mit der Antwort auf die Große Anfrage bekommen haben, wenigstens eine Tabelle beigefügt wäre, die einen Ländervergleich anstellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kann ja so schwer nicht sein. Ich vermute, dass das Ministerium solche Tabellen anfertigen würde, wenn Niedersachsen insoweit tatsächlich vorne läge.

Richtig ist, dass sich die Anteile von Frauen auf allen Ebenen der Hochschulen nach oben entwickelt haben. Leider fehlt in den angehängten Tabellen die Übersicht darüber - vielen Dank für den Hinweis, Frau Vogelsang -, wie viele der gerade von Frauen besetzten Stellen lediglich befristet sind und auf welchen Hierarchiestufen sich diese Stellen befinden. Ich vermute einmal, dass sich insoweit im Vergleich zu den Vorjahren nicht sehr viel verändert haben wird, sodass Frauen im Vergleich zu Männern immer noch - leider - die eher niedrig dotierten Besoldungsgruppen besetzen. Wenn es dennoch an anderer Stelle durchaus positive Entwicklungen im Bereich der Professuren, der Habilitationen und des wissenschaftlichen Mittelbaues gibt, dann ist das in der Tat speziellen Förderprogrammen des Landes zu verdanken gewesen, wie dem Programm zum Wiedereinstieg in ein Promotionsvorhaben und dem Dorothea-Erxleben-Programm zur Qualifizierung für eine Professur an Universitäten und Fachhochschulen. Vor allem hat dies aber neben diesen speziellen Fachprogrammen des Landes die Arbeit, die die Frauenbüros und die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten an den Hochschulen des Landes geleistet haben, bewirkt. Ich glaube, dass die den größten Anteil daran haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Herr Oppermann, deshalb ist es uns auch ein besonderes Anliegen, die Arbeit dieser Frauenbüros

durch die große NHG-Novelle unter den Bedingungen eines Globalhaushaltes an den Hochschulen abzusichern. Ich will nicht verhehlen, dass wir Zweifel haben, ob der Ansatz ausreichend ist, ein Prozent der nach leistungsbezogenen Kriterien zu vergebenden Mittel an Gleichstellungs- und Frauenförderzielen zu orientieren. Ich meine damit nicht einmal so sehr die Höhe dieser Quote, sondern es geht mir dabei auch um das Instrument.

Ich habe mit Interesse der Antwort auf die Große Anfrage entnommen, dass es dazu im MWK zumindest noch zwei Auffassungen gibt. Auf Seite 15 schreiben Sie zur Frage der Ausstattung der Frauenbüros, also auch der Vergütung der Kräfte, die dort beschäftigt werden, dass diese Ausstattung in den Zielvereinbarungen abgesichert werden soll. Zehn Seiten weiter wird dann geschrieben, dass die angestrebten Ziele der Frauen- und Förderpolitik im Rahmen der Mittelbemessung hinreichend gefördert würden, was durch ein entsprechendes Controlling zu überprüfen sei, im Übrigen aber Vereinbarungen im Rahmen der Zielvereinbarung zwischen Hochschule und Staat entbehrlich seien. - Das muss man erst einmal schaffen, auf zehn Seiten 180° voneinander entfernte Äußerungen zu dokumentieren.

Aber es macht natürlich auch ein bisschen Hoffnung, dass sich vielleicht doch die erste Position in Ihrem Hause durchsetzen wird. Wir wollen, dass die Arbeit der Frauenbüros durch Zielvereinbarungen abgesichert wird, um daran überhaupt keinen Zweifel zu lassen. Wir haben kein Interesse daran, in einem Feldversuch auszuprobieren, ob es vielleicht auch anders geht. Bitte verschonen Sie uns nach Ihren Experimenten zur Softwareeinführung jetzt auch noch mit einer Analogie sozusagen im Bereich der Frauenförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass die Absicherung der Arbeit der Frauenbüros erforderlich ist, Herr Kollege Domröse, zeigen ja gerade die jüngsten Erfahrungen an der Universität Hannover. Herr Schätzl hat es ja zwei Bewerberinnen um Habilitationsstellen, die meines Wissens sogar einstimmig von der zuständigen Senatskommission vorgeschlagen worden waren, durch eine willkürlich gesetzte Altersgrenze - nämlich 34 Jahre und nicht älter - unmöglich gemacht, sich auf diese Stellen erfolgreich zu bewerben. Ich halte das einerseits natürlich für einen Skandal, sich über ein solches Votum hinwegzusetzen. Zum anderen zeigt es aber auch, dass die Hochschulen bei aller

Eigenverantwortung und bei allem Zutrauen, das zu regeln, vielleicht doch besser bedient sind, wenn man in Zielvereinbarungen so etwas absichert.

Ich will Ihnen aber auch sagen, ich halte es auch wissenschaftspolitisch für falsch, was Schätzl hier macht - ich weiß nicht, ob er da die Rückendeckung des Ministers hat -, mit solchen Altersgrenzen ausschließlich auf Jugendlichkeit zu setzen. Angesichts der Pensionierungswelle brauchen Sie bei den anstehenden Berufungsverfahren für Professoren auch eine gesunde Mischung. Sonst werden Sie mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ein ähnliches Problem bekommen wie die Grünen, dass Sie sozusagen nur noch Vertreter einer Generation vorfinden. Das kann doch auch nicht im Sinne des Erfinders sein.

Wir werden Ihren Gesetzesvorschlag an der Stelle mindestens um einen Punkt ergänzen. Wir wollen die Arbeit der Frauenbüros absichern. Wir wollen die Arbeit aber auch ausweiten, weil wir schon meinen, dass es bei der Vielzahl der anstehenden Berufungsverfahren für Professuren auch nötig ist, dass nicht nur die Frauenbeauftragte, sondern auch ihre Stellvertreterin oder ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin mit gleichen Rechten ausgestattet wird und an dem Berufungsverfahren teilnehmen kann.

Insgesamt dokumentiert in der Tat die Antwort auf die Große Anfrage eine sehr positive Entwicklung. Manches stellt sich vielleicht auch besser dar, als es tatsächlich ist. Damit meine ich den sehr starken prozentualen Anstieg des Frauenanteils an den C 2-Professuren. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass im Rahmen des Hochschulstrukturkonzepts sehr viele Stellen gestrichen worden sind. Dann geht natürlich der relative Anteil nach oben. Absolut sieht das dann schon etwas weniger steil aus.

(Glocke des Präsidenten)

Besonders unterstützen - lassen Sie mich das noch sagen, Herr Präsident -, möchten wir monoedukative Ansätze, die wir in Wilhelmshaven und neuerdings auch in Hannover haben. Wir halten sie in besonderer Weise für geeignet, auch ein besonderes Standortprofil einer Hochschule herauszuarbeiten. An der Stelle ist es ausdrückliche Aufgabe einer Hochschulentwicklungsplanung, darauf zu achten, dass derartige Ansätze nicht überall in gleicher Weise kopiert und vom MWK genehmigt

werden. Das könnte wiederum zur Folge haben, dass eine Hochschule in geografischen Randlagen wie Wilhelmshaven unter Druck gerät, weil die Originalität eines solchen Angebotes dann verloren ginge und sich Studierende dann alle Mal lieber für urbane Zentren als Studienort entscheiden würden.

Trotz solcher Hinweise und Einschränkungen und auch dieser Vielzahl von Kritikpunkten meinen wir, dass insgesamt doch die Situation der Gleichstellungs- und Frauenförderung an niedersächsischen Hochschulen auf einem guten Weg ist. Wir sehen die Vorarbeit dafür auch durch Ihre Vorgängerin Frau Schuchardt und insbesondere durch die rot-grüne Landesregierung 1990 bis 1994 geleistet. Sie haben, Herr Oppermann - - -

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege, das muss es jetzt aber gewesen sein.

Golibrzuch (GRÜNE):

Wenn ich einmal die Landesregierung lobe - - -

Vizepräsident Jahn:

Nein, nein, Sie können sie dann draußen beim Kaffeetrinken loben.

Golibrzuch (GRÜNE):

Sie haben bei diesem Punkt ein sehr reiches Erbe der rot-grünen Regierung angetreten. Wir hoffen sehr, dass Sie es mit der großen NHG-Novelle nicht verschenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Frau Kollegin Mundlos.

Frau Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur kurz einige kleine Punkte ergänzen. In der Großen Anfrage kommt mir insbesondere die Kinderbetreuung an den Hochschulen zu kurz. Die Liste, die dort aufgeführt ist, bezieht sich nur auf das, was vorhanden ist. Überlegen wir einmal, um welch großen Apparat es im gesamten Hochschulbereich in Niedersachsen geht. Wir können nur feststellen, dass dazu wenig gesagt wird. Es heißt, es gebe keine Initiativen für mehr Kinderbetreuung. Das heißt noch lange nicht, dass

kein Bedarf da ist. In dem Punkt kann ich Ihnen jetzt schon ankündigen, dass wir nacharbeiten werden.

Wenn man über Frauenförderung spricht, ist man so lange parteiübergreifend im Konsens, solange man im Allgemeinen bleibt und sagt, es geht um Förderung und Chancengerechtigkeit. Wenn man aber ins Detail geht, wird es gleich erheblich schwieriger. Wenn ein Minister nunmehr zwei Jahre lang verkündet, dass gerade Frauenförderung im Hochschulbereich ein sehr wichtiges Anliegen für ihn ist, dann muss man sich hier und da auch einmal konkrete Beispiele herauspicken.

Ich will Ihnen nur eines nennen, Herr Minister, auch wegen der Kürze der Zeit. Da soll eine Professorenstelle besetzt werden. Das Berufungsverfahren läuft. Eine Frau wird auf Platz 1 gesetzt, als kompetent anerkannt. Kein Gremium widerspricht, alle sind begeistert und blicken gespannt auf den zuständigen Minister, der nun anerkennend nicken könnte. Macht der aber nicht. Er verzögert, bremst, hält an und lässt dann prüfen, ob die Dame, die aus dem europäischen Ausland kommt, sprich aus Dänemark, ihre Vorlesungen auch in einem angemessen guten Deutsch halten kann. Sie muss dann eine extra Vorlesung halten, um das noch einmal zu belegen.

Herr Minister, ich frage Sie da allen Ernstes: Wie viel Männer in der Situation mussten eine solche Vorlesung halten?

(Beifall bei der CDU)

Hätten Sie gesagt, sie soll belegen, dass sie wegen der Internationalität Englisch kann, hätte ich vielleicht noch Verständnis dafür gehabt.

(Frau Pawelski [CDU]: Ausländerfeindlich!)

Aber das ist ohnehin gängige Sprache im Wissenschaftsbereich. Auch das wäre dann kritisch zu hinterfragen gewesen.

Da klaffen also Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Um mit Herrn Golibrzuch zu schließen, kann ich nur sagen: Wäre es in der Tat so, wie Sie im zweiten Absatz von Niedersachsen sagen, nämlich bundesweit wegweisend in diesem Bereich, dann wäre die zweite Frage, wie Niedersachsen im Ländervergleich dasteht, in der Tat auch beantwortet worden. Es gibt aber lediglich eine Tabelle mit Bundesvergleichen, also Vergleichen

zum Bundesdurchschnitt. Ein Länder-Ranking haben Sie gescheut. Die Antwort fehlt. Ich frage mich: Warum? - Wir können uns die Antwort sicherlich selbst geben.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Herr Minister Oppermann hat jetzt das Wort. Bitte sehr!

(Frau Pawelski [CDU]: Der Frauenfeind! - Mühe [SPD]: Hast du gehört? Die hat "Frauenfeind" gesagt!)

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich über die sachliche Debatte zu diesem Thema. Besonders freue ich mich natürlich über das Lob von Herrn Golibrzuch und Frau Andretta, auch wenn das rot-grüne Erbe, das wir da übernommen haben, Herr Golibrzuch, nun schon 6 1/2 Jahre zurückliegt. In der Zwischenzeit ist eine Menge passiert, wie Sie wissen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nachhaltig!)

- Von daher war das offenbar nachhaltig, in der Tat. Es ist tatsächlich so, dass die NHG-Novelle von 1993 den Grundstein für die Erfolge gelegt hat, die wir jetzt haben.

Frau Mundlos und Frau Vogelsang, ich habe ja Verständnis dafür, dass Sie da so kleine Stellen herausuchen,

(Zuruf von der CDU: Kleine Stellen?)

wo man Widerspruch konstruieren kann. Das hätte ich an Ihrer Stelle auch getan. Sie müssen als Opposition zeigen, dass noch nicht alle Probleme gelöst sind. Da stimme ich Ihnen ja zu. Aber Sie haben es mit etwas zu kleiner Münze hier vorgebracht, Frau Mundlos.

Gerade im Interesse der Realisierung von mehr Chancengleichheit für Frauen wäre es, wenn man die unbestrittenen Erfolge denn auch kenntlich macht, weil man nur dann weiß, welches die nächsten politischen Schritte sein sollen, um weiter voranzukommen. Wir brauchen schon eine gemeinsame Basis, auf die wir uns verständigen

müssen. Wenn Sie damit Schwierigkeiten haben, dann erinnern Sie sich mal an 1990, als der Regierungswechsel war. Nachdem Sie 14 Jahre regiert hatten, hatten wir auf 100 C 4-Professuren in Niedersachsen - wir hatten insgesamt mehr - ganze 2,4 % Frauen. Sie müssen sich einmal vorstellen, was das für eine Situation war!

(Zuruf von der CDU)

- Das ist doch jetzt ein alberner Einwurf.

(Frau Zachow [CDU]: Aber richtig!)

Wenn Sie bei dem Thema schon einen Zwischenruf machen, Herr Kollege, dann, finde ich, sollten Sie sich qualifiziert äußern. Dann bekommen Sie von mir auch eine Antwort.

(Zustimmung bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Lassen Sie doch diese Albernheiten!

(Busemann [CDU]: Dafür können Sie jetzt zur Sache kommen! - Unruhe)

Wir haben Erfolge, aber immer noch - das müssen wir feststellen - sind die Hochschulen Männerbasen; daran hat sich in der Tat noch nichts geändert.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Deshalb sind sie auch so schlecht!)

Deshalb brauchen wir Instrumente, mit denen wir diese Situation ändern.

Ich will noch einmal grundsätzlich auf die Frage eingehen, warum „mehr Frauen an Hochschulen“ eine richtige Forderung ist. Drei wesentliche Gesichtspunkte sind zu nennen:

(Frau Pawelski [CDU]: Weiterblättern! Das wissen wir alle!)

Erstens ist das eine Frage unserer Verfassung. Unsere Verfassung gebietet Chancengleichheit und Gleichstellung. Wir haben einen Verfassungsauftrag zu erfüllen.

Zweitens ist das eine Frage der Qualität. Frauen haben in vielerlei Hinsicht besondere Qualitäten,

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Vorsichtig! Vorsichtig!)

meistens mehr soziale Intelligenz, andere Sichtweisen in der Wissenschaft. Deshalb sind jetzt

auch Gender Studies, ist Frauenforschung ein wichtiges Thema; Frau Dr. Andretta hat darauf hingewiesen. Also müssen diese Sichtweisen auch in der Wissenschaft, insbesondere in der Forschung, ihren Niederschlag finden.

Der dritte Gesichtspunkt ist letztlich volkswirtschaftlich. Wir können es uns in der Wissensgesellschaft nicht leisten, ein so ungeheures Kreativitäts- und Qualifikationspotential, wie es Frauen darstellen, zu ignorieren und zu vernachlässigen. Dass von den mehr als 50 % weiblichen Studierenden am Ende nur so wenige auf Professurenstellen kommen, ist eine ungeheure Verschwendung von Ressourcen, eine Verschwendung von Humankapital.

Meine Mitarbeiter haben einmal aufgeschrieben, wie das aussieht, wenn man Jahrgangskohorten im Zeitverlauf betrachtet. Nehmen wir als Beispiel den Abiturjahrgang 1983 als Basisjahr für eine heute zu berufende Person, die 37 Jahre alt wäre. Das ist schon interessant.

Im Jahre 1983 stellten Frauen 45 % derjenigen, die Abitur gemacht haben, aber nur 38 % derjenigen, die ein Studium begonnen haben. Da ist sozusagen der erste Abfall. Bei einer durchschnittlichen Studiendauer von fünf Jahren machen sie 1988 Examen; der Anteil der Absolventinnen beträgt nur noch 35 %. Angenommene vier Jahre später, 1992 - Abschluss der Promotion -, liegt der Frauenanteil nur noch bei 29 %. Schließlich die Habilitationsquote: 15,3 % im Jahr 1998. Bei normalem Lauf der Dinge hätte der Anteil der Frauen bei den Habilitationen 45 % betragen müssen. Deshalb müssen wir fragen, woran das liegt. Es liegt natürlich nicht daran, dass sie weniger begabt sind, sondern es liegt letztlich an strukturellen Defiziten, die systematisch aufgespürt werden müssen.

Das haben wir hier in Niedersachsen getan, auch in einer parteiübergreifenden Debatte, und haben doch ganz beachtliche Erfolge erzielt: Bei den C 3-Stellen stieg der Frauenanteil von 5,3 % in 1990 auf 13,8 % in 1998; bei den C 4-Stellen stieg er von 2,4 % in 1990 auf 5,7 % in 1998.

(Zuruf von Frau Vogelsang [CDU])

- Sie dürfen nicht nur die absoluten Zahlen betrachten. Wenn sich die Gesamtzahl der Professuren verändert, kommt es, wenn man das unter dem Blickwinkel der Realisierung von Chancengleichheit betrachtet, darauf an, wie das Verhältnis ist, Frau Vogelsang. Im Übrigen: Die Zahlen, die Sie

genannt haben, treffen nicht zu. Wir haben nicht weniger Frauen auf C 3-Stellen, sondern mehr Frauen auf C 3-Stellen, auch in absoluten Zahlen.

Besonders deutlich ist die Steigerung des Frauenanteils bei den C 2-Professuren an Fachhochschulen, nämlich von 6,7 % auf 20 %.

Das Entscheidende ist, dass wir im letzten Jahr eigentlich so etwas wie den Durchbruch erzielt haben, und zwar bei den Neuberufungen. Die Berufungsquote war 1990 8,6 %; die lag also auch schon über der Zahl von 2,4 % Gesamtanteil. Wir haben 1999 eine Neuberufungsquote von 24,7 %. Das ist, finde ich, eine beachtliche Zahl. Mittlerweile wird jede vierte Professur mit einer Frau besetzt. Mit dieser Zahl, Frau Vogelsang, sind wir bundesweit Spitze. Das hat noch kein anderes Land geschafft. Den Vergleich lege ich Ihnen gern auch noch schriftlich vor; Sie können mich dann beim Wort nehmen.

(Frau Mundlos [CDU]: Prima!)

Wir stehen im Übrigen, was den Frauenanteil im Allgemeinen betrifft, an der Spitze aller westdeutschen Flächenländer. Wenn Sie die Antwort auf die Große Anfrage etwas genauer gelesen hätten, dann hätten Sie das finden können. Das ist nämlich darin enthalten.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Gucken Sie mal in die ostdeutschen
Länder!)

Die Stadtstaaten stehen zum Teil besser da. Die ostdeutschen Länder haben zwar auch 1990 angefangen, hatten aber eine ganz andere Ausgangslage, weil in der DDR Frauenförderung in großen Teilen wesentlich besser funktioniert hat. Sie haben historisch natürlich auch nicht mit den Problemen zu tun gehabt, die wir in den vergangenen zehn Jahren erst haben aufarbeiten müssen.

(Frau Pawelski [CDU]: Welche
Probleme, die wir hatten? Das habe
ich nicht verstanden!)

Wir wissen also, warum die in der Frage insgesamt etwas günstiger dastehen.

Wie gesagt: eine Neuberufungsquote von 24,7 %. Darauf bin ich als zuständiger Minister stolz.

(Frau Vogelsang [CDU]: Das kritisieren wir auch nicht!)

Das zeigt, Frau Vogelsang - ausnahmsweise oder vielleicht auch im Allgemeinen -, dass ein Mann an der Spitze eines Ministeriums noch nicht bedeuten muss, dass diese Frage vernachlässigt wird.

(Zustimmung von Minister Bartling
- Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Er will besonders gelobt werden,
wenn er sich darum kümmert!)

Ich will aber schon darauf hinweisen, dass das im Wesentlichen ein Ergebnis der Vorarbeit meiner Vorgängerin Frau Schuchardt war sowie der gesetzlichen Grundlagen, die geschaffen worden sind. Aber dieses positive Ergebnis ist insbesondere der Arbeit der Frauenbeauftragten an den Hochschulen geschuldet.

(Frau Vogelsang [CDU]: Das ist richtig!)

Viele der Frauenbeauftragten sind heute hier anwesend, und sie würden sich von Ihnen bestimmt auch etwas konstruktivere Beiträge wünschen.

(Frau Vogelsang [CDU]: Sehr oberlehrerhaft jetzt!)

- Nein, ich bin nicht oberlehrerhaft, ich finde nur die Art, in der Sie mit dem Thema umgehen, ein bisschen erstaunlich.

(Frau Vogelsang [CDU]: Wie Sie mit einem verdienten Mitglied des Hauses umgegangen sind, das war noch erstaunlicher! - Unruhe)

Wir haben in Niedersachsen allerdings auch eine vorbildliche Beteiligung der Frauen an den Wilkensbildungsprozessen in der Hochschule. Unsere Frauenbüros sind hervorragend ausgestattet. Wir haben diese Büros flächendeckend eingerichtet. Wir haben im Hochschulgesetz ein Regelwerk, das damals Seinesgleichen suchte. Inzwischen haben einige andere Bundesländer ähnliche Standards erreicht.

Auch die Hochschulleitungen haben sich das Thema „Realisierung von Chancengleichheit“ immer mehr zu Eigen gemacht. Es ist keineswegs mehr so, dass die - immer noch mehrheitlich mit Männern besetzten - Hochschulleitungen diese Ziele nicht mittragen.

Was wollen wir in der nächsten Zeit machen? - Es sind insgesamt fünf Bereiche anzusprechen:

Erstens. Bei der Novellierung des Hochschulgesetzes wollen wir umfassend deregulieren. Das ist bereits mehrfach angekündigt worden. Bei den Regelungen, die die Gleichstellung, die Chancengleichheit und das Gender Mainstreaming betreffen, wollen wir das nicht tun. Wir halten es auch weiterhin für notwendig, dass in diesem Bereich korrigierend in den Willensbildungsprozess eingegriffen werden kann. Also: Die Rolle der Frauenbeauftragten bei Berufungsverfahren, das Vetorecht, also das suspensive Veto, das sie haben, sollen erhalten bleiben.

Zweitens müssen die Internationalität und die Öffnung für naturwissenschaftliche Bereiche bei Frauen verstärkt werden. Wir haben mit der Internationalen Frauenuniversität sehr gute Erfahrungen gemacht, die nun ausgewertet werden müssen. Ich glaube aber nicht, dass diese Einrichtung auf Dauer in der Form fortbestehen kann; dazu ist sie letztlich zu aufwändig. Ich persönlich bin aber sehr aufgeschlossen, was Monoedukation angeht. Der Frauenfachbereich Wirtschaftsingenieurwissenschaften in Wilhelmshaven soll kein Einzelfall in Niedersachsen bleiben. Wir sind im Augenblick mit den Hochschulen im Gespräch über weitere Fachbereiche. Das dürfen natürlich nicht solche Fachbereiche sein - da gebe ich Ihnen ausnahmsweise Recht, Frau Vogelsang -,

(Zustimmung von Frau Zachow
[CDU])

in denen Frauen ohnehin schon übermäßig, also zu mehr als 50 %; repräsentiert sind. Es sollten keine so genannten Frauenstudiengänge sein; das sollte dann in technischen und naturwissenschaftlichen Fächern der Fall sein.

(Zuruf von Frau Vogelsang [CDU])

- Ich würde das nicht „Männerstudiengänge“ nennen; höchstens in Anführungsstrichen.

Es ist wohl nicht realisierbar, in Niedersachsen eine Frauenhochschule aufzubauen. Man müsste das aus einer bestehenden Hochschule heraus machen. Ich glaube, dass das insgesamt zu kompliziert wäre.

Drittens setzen wir das Dorothea-Erxleben-Programm fort. Derzeit werden 30 neue Stellen besetzt, 20 bei Universitäten, zehn bei Fachhochschulen. Das muss man natürlich auch in Verbindung mit der Dienstrechtsreform sehen. Die Juniorprofessuren, die wir einrichten werden, werden

sozusagen die Regelausbildung für Professoren und Professorinnen. Die werden es Frauen nicht leichter machen als Männern, aber sie werden es den Frauen erleichtern, in Professorenämtern zu kommen, weil die Habilitation sehr lange dauert und in den meisten Fällen von paternalistischen Abhängigkeitsverhältnissen geprägt ist. Sie können in Juniorprofessuren selbständiger lehren und forschen. Wir müssen nur aufpassen, dass das Ziel der Verjüngung nicht in ein Spannungsverhältnis zu biografischen Besonderheiten in Lebensläufen von Frauen gerät. Das Problem muss dabei überzeugend gelöst werden.

Fünftens werden wir finanzielle Anreize liefern. Das ist eigentlich ein Instrument im Sinne des Gender Mainstreamings, und zwar nicht nur korrektiv, kompensatorisch oder mit Vetoinstrumenten, denn das sind nur die zweitbesten Instrumente für die Realisierung von Chancengleichheit für Frauen. Die finanziellen Anreize werden wahrscheinlich das Tempo der Chancengleichheitsrealisierung enorm erhöhen. Wir erleben das jetzt schon bei den Fachhochschulen. Herr Golibruch, ein Prozent ist nicht viel. Aber wir sind das erste Bundesland, das diesen Weg überhaupt beschreitet. Es hat noch kein anderes Bundesland gesagt: Wenn die Hochschulen Geld haben wollen, wenn sie ihr Budget, ihr Einkommen erhöhen wollen, dann müssen sie qualifizierte Frauen berufen, denn dafür gibt es Geld. Wer das nicht tut, der bekommt eben weniger Geld.

(Zuruf von Frau Stokar von Neuforn
[GRÜNE])

Das funktioniert besser als manch anderes. Dieses eine Prozent bedeutet immerhin 2,8 Millionen DM, die auf diesem Wege vergeben werden. Ich halte es durchaus noch für steigerbar, Herr Golibruch. Den Widerspruch, den Sie festgestellt haben, muss ich einräumen. Der liegt darin begründet, dass wir uns noch nicht endgültig entschieden haben, wie die leistungsorientierte Ressourcensteuerung funktionieren soll. Sollen wir das über eine Formel plus Ziel- und Leistungsvereinbarung machen, oder sollen wir ohne Formel Ziel- und Leistungsvereinbarungen abschließen? Dann müsste man konkret mit jeder Hochschule vereinbaren, dass von x Professuren, die in dem dreijährigen Zeitraum, für den die Leistungsvereinbarung abgeschlossen wird, vergeben werden, 40 % mit Frauen besetzt werden müssen. Die Hochschulen hätten dann die Freiheit, das dort zu machen, wo sie es für richtig halten, und könnten somit das Ziel erreichen. Im

Falle der Nichterreichung müsste das dann allerdings sanktioniert werden. Ob wir das so machen, oder ob wir das über eine Formel machen, ist politisch noch nicht entschieden. Hier bin ich in der Diskussion auch noch offen. Das ist sehr kompliziert. Deshalb ist der Widerspruch in die Beantwortung dieser Anfrage hineingekommen.

Zielvereinbarungen und finanzielle Anreize werden jedenfalls die Realisierung von Chancengleichheit an den Hochschulen weiter beschleunigen. Wir sind auf einem guten Weg und werden diesen Weg weiter gehen. Für Ihre Unterstützung wäre ich Ihnen sehr dankbar. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Ich bin dankbar dafür, dass ich damit die Beratung der Großen Anfrage schließen kann.

(Zurufe)

Ich sage das nicht wegen des Themas, sondern weil der Herr Minister die vorgesehene Redezeit um fast das Doppelte überschritten hat.

(Zurufe)

Das wollte ich hier einmal anmerken.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 19:

Erste Beratung:

Sicherstellung der Umsatzbesteuerung im E-Commerce - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/1841

Der Kollege Knebel hat um das Wort gebeten. Bitte sehr!

Knebel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, Sie werden mir am Ende dafür dankbar sein, wenn ich einen Teil der überzogenen Redezeit unseres Minister zurückgebe, indem ich meine Redezeit nicht in dem Maße ausnutzen werde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Internet und E-Commerce sind Themen, die sich in den letzten Plenarsitzungen wie ein roter Faden durch

unsere Beratungen gezogen haben. Wir stellen die Dynamik fest, wie Märkte erobert und neue Märkte geschaffen werden. Bei den letzten Plenarsitzungen wurde aber bei der Betrachtung der E-Commerce-Thematik auch immer wieder auf die Problematik verwiesen, dass es eines internationalen Konsenses über eine sachgerechte Umsatzbesteuerung im Internethandel bedarf, um gleiche steuerliche Wettbewerbsbedingungen im elektronischen Handel herzustellen.

Es ist nicht nur eine Angelegenheit unseres Landtages, sondern die Frage der Besteuerung des E-Commerces muss meiner Meinung nach national und vor allen Dingen auch international geklärt werden. Deshalb muss es darum gehen, die Entwicklung des E-Commerce durch Schaffung eines klaren und berechenbaren steuerlichen Rechtsrahmens zu fördern. Gegenüber der old economy ist diese Entwicklung weder zu diskriminieren noch zu privilegieren. Man sollte also den E-Commerce nicht über einen längeren Zeitraum von Steuerzahlungen befreien. Ziel muss es vielmehr sein, dass das Umsatzsteuersystem dem elektronischen Geschäftsverkehr gerecht wird und bestehende Wettbewerbsverzerrungen zulasten der EU-Unternehmen abgebaut werden.

(Zustimmung von Wegner [SPD])

Entgegen dem, was der gelegentlich unzutreffend verwendete Begriff einer Internetsteuer suggeriert, geht es dabei aber nicht um die Schaffung einer neuen Steuer. Es ist so, dass die im elektronischen Handel bewirkten Umsätze bereits heute zweifellos in den Anwendungsbereich der Umsatzsteuer fallen. Die auf elektronischem Wege erbrachten Dienstleistungen, einschließlich der online gelieferten virtuellen Güter wie Buch, Musik, Textinhalte in digitaler Form, stellen sich umsatzsteuerrechtlich als so genannte sonstige Leistungen dar. Da derzeit diese sonstigen Leistungen von Drittlandsunternehmern an Inlandsverbrauchern nach geltendem Recht in der Gemeinschaft nicht steuerbar sind, muss die rechtliche Klärung meiner Meinung nach - davon sind wir alle überzeugt - bald erfolgen. Ich weiß, dass sich die OECD und die EU dazu bekannt haben und dass es zur Anwendung des Verbrauchsortprinzips bei elektronisch erbrachten Leistungen kommen muss. Verbrauchsortprinzip heißt, dass in dem Land, in dem elektronisch erbrachte Leistungen verbraucht werden, die Besteuerung erfolgt. Diesem Land muss dann logischerweise die Umsatzsteuer zufließen. Ich meine, materiell-rechtlich gibt es zur Anwendung

des Verbrauchsortprinzips keine sinnvolle Alternative. Denn nur auf diesem Wege kann eine Wettbewerbsgleichheit in- und ausländischer Anbieter in einem Markt erreicht werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese international abgesicherte Basis für die Besteuerung der Online-Umsätze muss geschaffen werden. Aber ebenso ist aus Gründen des Steuergeheimnisses - das ist der § 30 der Abgabenordnung - bzw. des Datenschutzes für den Auskunftsaustausch über personenbezogene Daten eine gesetzliche Grundlage erforderlich. Ich finde, die Landesregierung hat sich dafür einzusetzen, dass auch auf OECD-Ebene die Möglichkeit einer allgemeinen Vereinbarung zur zwischenstaatlichen Amtshilfe und zum Auskunftsaustausch geprüft wird. Diese könnte durch die Umsetzung in nationales Recht die Grundlage für einen umfassenden und effektiven Informationsaustausch zwischen den betroffenen Ländern schaffen.

Neben der rechtlichen Seite erfordert die dynamische Entwicklung des elektronischen Handels auch Maßnahmen im Bereich der Organisation und aufseiten der IuK-Technik. Ich meine, Niedersachsen hat hier bereits eine gute Ausgangsposition. Die Finanzämter sind im bekannten Projekt VDV II mit universell nutzbaren Netzwerken sowie Arbeitsplatzcomputern an allen Büroarbeitsplätzen ausgestattet. Der für Internetnutzung und Recherche notwendige Web-Browser ist überall vorhanden. Das Internet ist aber ein weltumspannendes dezentrales Netzwerk mit einem enormen Wachstum. Es gibt keinen Zentralrechner und daher auch keine zentrale Kontrollmöglichkeit des Internets. Die Steuerverwaltung kann aber zur Kontrolle der Besteuerung im Internet die dort vorhandenen Möglichkeiten aktiv nutzen. Denn jeder Anbieter von Dienstleistungen im Netz ist grundsätzlich bestrebt, dieses in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dies bedeutet, dass viele Suchmaschinen die entsprechenden Einträge über diese Online-Shops enthalten werden, sodass sie von der Steuerverwaltung aufgespürt und hinsichtlich der Internetpräsenz ausgewertet werden können.

(Vizepräsidentin Litfin übernimmt den Vorsitz)

Aber auch hier gilt, meine sehr verehrten Damen und Herren: Eine wirksame Kontrolle wird nur im

Verbund mit den übrigen Ländern oder - besser noch - EU-weit ausgeübt werden können. Es bedarf der grenzüberschreitenden Abstimmung.

Ich freue mich auf einen intensiven Austausch im Ausschuss und danke für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Der intensive Austausch wird jetzt schon beginnen, und zwar mit dem Kollegen Dinkla von der CDU-Fraktion.

(Möhrmann [SPD]: Er wollte nur kurz reden, hat er gesagt!)

Dinkla (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, für die einleitende Bemerkung.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Knebel, wir haben uns hier eine Thema eingefangen, mit dem wir unsere Kolleginnen und Kollegen förmlich aus dem Sessel reißen können, weil es so spannend ist. Im Ernst würde ich allerdings sagen, dass das eher ein Thema für die Haushaltspolitiker ist. Im Übrigen nehme ich Ihre Anregung gern auf, die Redezeit nicht auszunutzen.

Vor Jahren hätte wohl niemand hier die Notwendigkeit gesehen, den Begriff „E-Commerce“ zu definieren. Ich mache das jetzt einmal mit ganz einfachen Worten:

„Electronic Commerce ist ein Konzept zur Nutzung von bestimmten Informations- und Kommunikationstechnologien zur elektronischen Integration und Verzahnung unterschiedlicher Wertschöpfungsketten oder unternehmensübergreifender Geschäftsprozesse. Dementsprechend vielseitig sind die wirtschaftlichen, juristischen und steuerrechtlichen Probleme.“

- Das war es, würde ich sagen. Das ist auf den Punkt gebracht das, worüber wir heute und wahrscheinlich auch bei den kommenden Ausschussberatungen diskutieren werden.

Handel und Transaktionen im Internet sind grenzenlos, aber es ist nicht von der Hand zu weisen - Herr Knebel hat bereits darauf hingewiesen -, dass

die Steuerbehörden insbesondere beim Handel mit digitalen Produkten, um die es hauptsächlich geht, ziemlich alt aussehen. Gleichzeitig gehört der elektronische Handel im Internet zu den dynamischen Wirtschaftsbereichen. Das ist wirklich so. Das bisherige Territorialprinzip der steuerlichen Regeln läuft jetzt zunehmend ins Leere. Der Sitz von Käufern und Verkäufern spielt in diesem explodierenden Markt eigentlich überhaupt keine Rolle mehr. Selbst die ausgefeiltesten Doppelbesteuerungsabkommen stoßen hier an Grenzen.

In der Bundestagsdrucksache 14/3055 hat Staatssekretär Mosdorf diesen ganzen Komplex sehr ausführlich behandelt. Haben Sie keine Angst, ich werde den Text nicht im Original vortragen. Ich will lediglich darauf verweisen. Der Staatssekretär hat auf eine Studie von Roland Berger hingewiesen. In der Erwartung, dass die Prognose in dieser Studie zielgenauer ist, als es bei der EXPO der Fall war, gehe ich davon aus, dass bis zu Jahr 2001 in Deutschland rund 28 Milliarden DM beim Online-Umsatz anfallen. Europaweit werden es 120 Milliarden DM sein.

Aber der weitaus überwiegende Teil, meine Damen und Herren, ist im Offline-Bereich angesiedelt. Das ist, wenn Sie so wollen, Online-Shopping, wobei die Ware dann auch ins Haus geliefert wird. Darüber, Herr Knebel, brauchen wir uns wohl nicht zu unterhalten; denn das wird auch steuerrechtlich gut erfasst. Das Problem ist insgesamt die „digitale Ware“, wenn ich das einmal so sagen darf. Hier sehe auch ich durchaus Handlungsbedarf.

Wie Sie bereits gesagt haben, ist eine Abstimmung zwischen der OECD, der EU und allen anderen betroffenen Organisationen zwingend notwendig. Dabei würde ich nicht so weit gehen, zu sagen, dass eine solche Abstimmung innerhalb kurzer Frist erreichbar ist. Hier werden schon „dicke Bretter“ gebohrt werden müssen. Auch spielen hier ganz massive Eigeninteressen der Staaten eine Rolle. Wenn wir ganz ehrlich sind, dann müssen wir uns in diesem Zusammenhang vor Augen führen, dass es auf europäischer Ebene allein bei der Mehrwertsteuer eine Bandbreite von 15 % bis 25 % gibt. Solange insoweit keine Angleichung, keine Nivellierung durchgeführt wird, ist das schon in sich eine Wettbewerbsverzerrung. Wer will jemanden, der in diesem Bereich Anbieter ist, heute daran hindern, seinen Server in einem EU-Land aufzustellen, in dem nicht 25 %, sondern nur 15 % an Mehrwertsteuer zu zahlen sind? Die An-

bieter in diesem Bereich brauchen ja keine großen Hallen zu bauen. Sie brauchen nur irgendwo einen Server zu haben und einen Techniker dorthin zu schicken. Dann gilt das als „Betriebsstätte“, und das Thema hat sich erledigt.

Eines sollten wir nicht tun - darauf lege ich Wert; entsprechend sollten wir auch im Ausschuss diskutieren -: Wir sollten hier nicht wieder den Fehler machen, „europäischer Musterknabe“, Vorreiter sein zu wollen, d. h. zu glauben, auch hier wieder die Dinge festzuzurren und schön, sauber und elegant zu regeln, obwohl alle anderen noch lange nicht so weit sind, sodass wir hier wieder den Wettbewerb verzerren und damit neue Firmengründer und andere Unternehmen des Internet-Bereiches ins Ausland treiben und damit auch schädlich auf den Standort Deutschland wirken.

Auch Folgendes darf bei der jetzt angepeilten Regelung im Ergebnis nicht eintreten - Herr Knebel, auch Sie haben das vorhin angesprochen -: Ich gehe in Deutschland in einen Buchladen, kaufe dort ein Buch, das nach der geltenden Regelung mit 7 % Mehrwertsteuer belastet ist. Wenn ich ein Buch aber „downlade“, d. h. wenn das Buch im Internet angeboten wird und ich es auf diesem Wege kaufe, habe ich 16 % Mehrwertsteuer zu zahlen, weil das letztlich als „sonstige Leistung“ definiert wird. So etwas wäre nicht in Ordnung! Hieran kann man erkennen, dass auch im Detail noch erheblicher Regelungsbedarf besteht.

Herr Knebel, Sie haben schon richtigerweise gesagt: um Himmels willen, keine neue Steuer! - Das wäre etwas, was wir wirklich nicht brauchen. Das wäre im Übrigen insgesamt schädlich; denn unser gemeinsames Anliegen muss es ja sein, den Internetmarkt zu öffnen, auch weiter dynamisch voranzutreiben.

Bislang befinden wir uns in einer Situation - auch darauf haben Sie hingewiesen -, die im Hinblick auf den US-Markt völlig unbefriedigend ist. Die Amerikaner haben nach wie vor ein Moratorium, das bis zum Jahre 2001 wirksam ist und das nach meiner Kenntnis sogar tendenziell verlängert werden soll. Das heißt, es besteht hier ein starkes Ungleichgewicht, und zwar insbesondere, wenn es um die Drittländer geht, zu denen ja auch die USA gehören, wenn von dort aus hier in Europa angeboten wird. Dabei haben wir hier eine solche Verzerrung, dass dies auf Dauer nicht so bleiben kann.

Ihr Hinweis mit dem „Verbrauchsort“ ist nicht unproblematisch. Auch die Richtlinie der OECD und das, was der zuständige Kommissar auf der Ebene der EU dazu bislang eingebracht hat, schaffen ja nicht unbedingt Klarheit. Wenn bei der Leistung „Unternehmen zu Unternehmen“ einerseits und „Unternehmer zu Privatkunde“ andererseits in der Richtlinie unterschiedliche Regelungen angepeilt werden, dann ist das nach meiner Einschätzung nicht praktikierbar und führt zu unglaublich viel Bürokratie und Aufwand, der sicherlich auch nicht angemessen ist. Deshalb der Hinweis hierzu.

Richtig ist natürlich, dass wir und auch Brüssel den Anspruch haben, Steuerschlupflöcher zu stopfen, und dass im Ergebnis langfristig auch Steuergerechtigkeit hergestellt werden soll. Ich sage aber noch einmal: Das können wir nur erreichen, wenn wir weiterhin an der großen Herausforderung „Steuerharmonisierung“ arbeiten. Sonst bekommen wir da ein Riesenproblem. Dem Kunden im Internet ist es ganz wurscht - um diesen Begriff einmal zu gebrauchen -, wo er bestellt. Der sucht etwas im Internet, klickt es an und sagt dann, er habe die Lieferung von irgendwoher bekommen. Im Einzelfall weiß er nicht einmal, woher die „digitale Lieferung“ kommt.

Lassen Sie mich jetzt noch zwei Punkte kurz ansprechen und dann auch zum Abschluss kommen. Sie haben noch etwas erwähnt, bei dem ich mich schwer tue, wie ich ganz ehrlich sagen möchte. Dabei geht es um das Thema, das im Zuge der Steuerreformdiskussion bei all den anderen Schwerpunkten wahrscheinlich etwas untergegangen ist. Im Steuersenkungsgesetz ist bekanntlich die Möglichkeit geschaffen worden, auf Daten bei den Steuerpflichtigen zuzugreifen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass der Bundestag später, nachdem offenbar alle noch ein bisschen nachgedacht haben, und zwar, wie ich meine, sogar über alle Fraktionen hinweg, dazu einen Entschließungsantrag beschlossen hat mit dem Ziel, dass diese Zugriffsmöglichkeit auf DV-Daten auf das unumgängliche Maß beschränkt werden muss. Wir müssen uns ja darüber im Klaren sein, dass das bei den Betrieben auch Unruhe schafft, wenn dies von den Prüfern des Finanzamts wirklich ganz umfangreich genutzt würde. Es kann ja nicht sein, dass, wenn wir hier in Niedersachsen wirklich als Vorreiter fungieren wollen, irgendwann auf dem Schreibtisch jedes Mittelständlers, jedes Unternehmers ein kleines Schild steht mit den Worten: „Big Eichel is wathing you.“ - So etwas würde den einen oder ande-

ren wohl veranlassen, sich einen anderen Standort zu suchen. Ich mahne hier also zur Vorsicht! Das werden wir vielleicht im Ausschuss noch ganz intensiv diskutieren können.

„Suchmaschine“ ist mein letzter Punkt. Das ist technisch möglich! Aber auch hier steckt der Teufel im Detail. Wer ein bisschen Erfahrung mit Suchmaschinen im Internet hat, der weiß, dass die Leistung nicht 100-prozentig ist. Ich weiß auch, dass es bei den Finanzämtern und bei Fachleuten in Nordrhein-Westfalen Bemühungen gibt, hier etwas auf dem Weg zu bringen, aber so einfach wird das nicht sein.

Ich schlage vor, dass wir im Rahmen der weiteren Beratung des Antrags im Ausschuss auch externe Fachleute einbinden. Mich persönlich würde etwa auch interessieren, wie die entsprechende Regelung in den anderen Bundesländern aussieht. Wenn wir hier in Niedersachsen die Dinge schon angehen und möglicherweise auch noch über den Bundesrat zusätzlich initiativ werden, dann finde ich es nämlich schon wichtig, dass wir uns auch darüber informieren, wie weit, insbesondere auch hinsichtlich des Datenzugriffs bei Steuerpflichtigen, die Überlegungen und die konkrete Umsetzung in den anderen Bundesländern sind.

Insofern freue ich mich auf eine fachlich versierte, gute, konstruktive Beratung im Ausschuss. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Nun wird der Kollege Golibrzuch an den Redezeitverbrauchsort treten.

Golibrzuch (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir ehrlich sind, dann hat der Antrag der SPD-Fraktion ja nicht sehr viel mit den Handlungsmöglichkeiten eines Landes zu tun, und deswegen will ich mich auch kurz fassen und von der Redezeit an diesem Ort nicht allzu viel verbrauchen.

(Zustimmung von Hoppenbrock
[CDU])

Ich meine, Herr Knebel, dass die internationalen Vereinbarungen, die Sie hier einfordern und zu denen das Land nicht allzu viel wird beitragen können, kommen werden. Ich meine, dass sich die

EU in dieser Frage anders als bei Fragen von Besteuerung und Steueroasen sehr rasch einig sein wird. Es gibt übrigens auch mächtige Verbündete - auch das unterscheidet das von der Frage der Steueroasen - in der Unterhaltungsindustrie, in der Musik- und in der Softwareindustrie, die natürlich kein Interesse daran haben, dass ihre Produkte kostenfrei bzw. steuerfrei aus dem Internet heruntergeladen werden können. Von daher wird das Problem wohl eher sein, wie sich die EU mit den USA verständigt.

Ich bin, was den landespolitischen Teil Ihres Antrages betrifft, der Auffassung, dass wir darüber noch einmal im Ausschuss reden sollten. Mit dem Steuersenkungsgesetz wird der Rechnungsbegriff ab Januar 2001 ja um die elektronische Abrechnung erweitert, und die Betriebsprüfer werden dann in der Tat den Zugriff auf die digitalen Daten eines Unternehmens haben. Von daher ist die erste Bitte an die Landesregierung, die Sie im Antrag formulieren, nämlich die Finanzämter in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben wahrzunehmen, eigentlich eine schlichte Selbstverständlichkeit. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass wir uns im Ausschuss einmal darstellen lassen, in welcher Weise die Finanzämter in Niedersachsen und auch in anderen Ländern dazu überhaupt in der Lage sind.

Man kann dazu auch eine Anhörung machen, aber ich habe eine Bitte: Wir können den Antrag im Ausschuss entweder ganz ausführlich behandeln - dann machen wir es so - oder ganz schnell - also ohne Anhörung -, weil ja in ihm nicht so viel zur Landespolitik steht. Ich habe mich in der Frage noch nicht entschieden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Zum Internet passt eigentlich „ganz schnell“!)

Vizepräsidentin Litfin:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Dieser Antrag soll zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an die Ausschüsse für Wirtschaft und Verkehr sowie für Medienfragen überwiesen werden. Wenn Sie so beschließen wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Danke. Sie haben so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 20:

Erste Beratung:

Keine weiteren Belastungen für die Unterhaltungsverbände der Gewässer II. Ordnung - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1846

Der Antrag wird durch die Kollegin Frau Zachow eingebracht.

Frau Zachow (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Zuständigkeitsänderung bei der Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung und Haushaltskonsolidierung 2002 und folgende“, so ist ein Brief des Umweltministers überschrieben, den er an alle Abgeordneten hat verteilen lassen. Was in diesem Brief mit der Verquickung von Zuständigkeiten, Verwaltungsreform und Beitragsgerechtigkeit begründet wird, ist letzten Endes die ganz schlichte Abwälzung von Kosten der Gewässerunterhaltung auf die Unterhaltungsverbände.

Ich gebe ja zu, dass es sicherlich einer gewissen Systematik bedarf, um in diesem Bereich - Gewässer II. Ordnung, § 104 und § 105 - Klarheit zu schaffen. Das ist sicherlich erforderlich. Das sollten Sie, Herr Jüttner, aber bitte nicht als Vorwand nehmen, um letzten Endes die Unterhaltungsverbände im Regen stehen zu lassen.

(Beifall bei der CDU - Ehlen [CDU]: Sehr gut!)

In diesem Brief verschweigen Sie natürlich, dass sich das Land schon seit langem immer mehr aus der Verantwortung stiehlt. 97 % der Gewässer II. Ordnung werden von den Verbänden unterhalten, und die hatten ursprünglich einmal einen Sockelbeitrag von 2 DM pro Hektar und Jahr. Dieser Sockelbeitrag ist mittlerweile auf 30 DM pro Hektar und Jahr gestiegen.

(Inselmann [SPD]: Eine gute Erkenntnis ist das, aber die hatten wir auch schon!)

Das hat dazu geführt - das wissen wir alle -, dass immer mehr Verbände aus der Förderung herausgekippt wurden.

(Ehlen [CDU]: Sehr richtig!)

Das betrifft nicht nur Verbände irgendwo in der Heide, die eine marginale - - -

(Inselmann [CDU]: Warum machen Sie keinen Haushaltsantrag dazu?)

- Herr Inselmann, erstens steht in diesem Haushalt noch etwas drin, zweitens hat Herr Jüttner das für das Jahr 2002 und folgende angekündigt. Schauen Sie sich die Sachen an, dann können wir darüber diskutieren.

(Inselmann [SPD]: In den letzten Jahren hat es von Ihnen noch nie einen Antrag dazu gegeben!)

Meine Damen und Herren, dieses Problem, das sich aus dem Herauskippen aus der Förderung ergeben hat, hat doch nicht nur die Verbände betroffen, die eine marginale Wasserhypothek haben, sondern auch Verbände, die in Niederungsgebieten liegen. Wir kommen jetzt immer mehr zu Verzerrungen und Benachteiligungen ganzer ländlicher Bereiche.

(Inselmann [SPD]: Das stimmt ja gar nicht!)

Ich appelliere an Sie, Herr Jüttner, die unterschiedlichen Betroffenheiten, die es hier in Niedersachsen zweifellos gibt,

(Inselmann [SPD]: Das wollen wir verbessern!)

wirklich nicht zu negieren.

Dabei ist die Unterhaltung der fließenden Gewässer nur die eine Sache. Eine ganz andere Sache ist die Unterhaltung der Anlagen. Wenn Wehre und Schleusen stark reparaturbedürftig oder gar abgängig sind, wer soll dann eigentlich die Lasten tragen? Dabei kann Ihnen heute noch keiner sagen, was in 15 oder 20 Jahren mit diesen Anlagen sein wird.

(Inselmann [SPD]: Das stimmt!)

Wie weit soll denn eigentlich - beantworten Sie die Frage einmal beispielsweise im Kehdinger Land oder im Hadelner Land; Ihre Kollegin sitzt hinter Ihnen - der Beitrag eines Landwirtes, Herr Inselmann,

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Inselmann [SPD])

- Ihr Schreien ist fürchterlich, Herr Inselmann -,

(Beifall bei der CDU)

noch gesteigert werden?

(Zuruf von Inselmann [SPD])

- Wissen Sie, Herr Inselmann, Ihre Bemerkungen und Reden sind an manchen Stellen so etwas von dämlich - - -

(Beifall bei der CDU - Inselmann [SPD]: Jetzt werden Sie aber ausfallend! Das haben Sie doch gar nicht nötig, Frau Zachow!)

Vizepräsidentin Litfin:

Frau Kollegin Zachow, auch wenn Ihre Fraktion Beitrag zollt, war das nun wirklich unparlamentarisch, und ich erteile Ihnen eine Rüge.

(Möllring [CDU]: Trotzdem sind die Reden dämlich!)

Frau Zachow (CDU):

Akzeptiert. - Ordnungsgemäße Wasserwirtschaft ist nach unserer Ansicht nicht nur eine Aufgabe der ansässigen Landwirtschaft; denn die Folgen gehen weit über deren Gebiete hinaus. Es kann doch überhaupt keine Frage sein, dass eine funktionierende Wasserführung im elementaren Interesse der Allgemeinheit und der ganzen Bevölkerung liegt.

(Inselmann [SPD]: Was ist daran strittig?)

Es kann deshalb auch nicht angehen, dass sich das Land seiner Verantwortung für die Gewässerunterhaltung immer mehr entzieht und jetzt Stück für Stück versucht, die Unterhaltungskosten auf die Grundeigentümer abzuwälzen, die ihre Flächen zufällig in den Niederungen haben. Dieses einseitige Abschieben von Verantwortung und Kosten auf die Schultern unserer Landwirte machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU - Inselmann [SPD]: Wir auch nicht!)

Aber damit noch nicht genug: Ca. 60 Gewässer, die bisher in der alleinigen Kostenträgerschaft des Landes lagen, sollen nun auch noch den Verbänden aufgedrückt werden.

(Ehlen [CDU]: 800 km!)

Allerdings gibt es berechtigte rechtliche Zweifel, ob diese einseitige Herabstufung auf Kosten ande-

rer überhaupt haltbar ist. Sie alle kennen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Umstufung der Bundesstraßen in die Länderkompetenz.

Meine Damen und Herren, bisher wurden die Zahlungen an die Unterhaltungsverbände aus dem Wasserentnahmegeld finanziert. Sie sollten das beibehalten und nicht mehr andere artfremde Aufgaben aus dem Wassergroschen finanzieren.

Herr Minister Jüttner, ich weiß - ich habe mich schon damit beschäftigt -, wie erbärmlich eng der Haushalt im Umweltbereich ist. Dass die Umwelt keinen Stellenwert mehr hat, sehen wir daran.

(Inselmann [SPD]: Bei Ihnen vielleicht!)

Aber trotzdem sparen Sie an der falschen Stelle, wenn Sie hier sparen, und das kann auf Dauer sehr teuer werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Sie, Frau Präsidentin, noch darum bitten, dass wir den Antrag zur Mitberatung auch an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Inselmann [SPD]: Guter Vorschlag!)

Vizepräsidentin Litfin:

Der Herr Minister hat gewünscht, sofort zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Bitte, Herr Jüttner!

(Inselmann [SPD]: Jetzt kommt erst einmal die Aufklärung!)

Jüttner, Umweltminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich meine, uns allen ist klar, dass die Wasserwirtschaft in Niedersachsen einen besonderen Stellenwert hat und die Wasserhypothek aufgrund der Situation in einigen Bereichen des Landes eine besondere Belastung ist. Das hat dazu geführt, dass der Landesgesetzgeber das ordentlich geregelt hat, indem er die Gewässer II. Ordnung den Unterhaltungsverbänden - 114 an der Zahl in Niedersachsen - übertragen hat, die das auch seit Jahrzehnten ordentlich machen und auch weiter machen wollen. Das ist die Ausgangslage.

Um das Ganze abzufedern, ist der Landesgesetzgeber auf den klugen Gedanken gekommen, in

§ 104 des Wassergesetzes zu schreiben, dass auf Antrag nach Maßgabe des Haushaltsgesetzgebers auch eine Mitfinanzierung des Landes möglich ist. Dahinter steckt wohl eine ganz kluge Logik, nämlich die, dazu beizutragen, dass es so etwas wie Gerechtigkeit hinsichtlich der Belastungen im Lande gibt. Deshalb ist die Logik mit dem Sockelbetrag meines Erachtens ohne Alternative, weil man sagt: Dort, wo die Wasserlasten besonders hoch sind, setzen wir einen Schnitt, und die Belastungen, die darüber hinaus anfallen, werden zur Hälfte vom Land Niedersachsen übernommen. Wenn wir uns einig sind, dass das eigentlich eine sinnvolle Art und Weise ist, mit den unterschiedlichen Regionen in Niedersachsen umzugehen, sind wir schon einmal ein ganzes Stück weiter. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir das so belassen.

(Ehlen [CDU]: Aber nur formell! Die Höhe ist zu niedrig!)

Die zweite Frage war immer: Wie hoch setze ich den Sockelbetrag? - Da kann ich mich auf meinen Vorgänger Werner Remmers beziehen.

(Ehlen [CDU]: Das ist zu lange her!)

- Das ist zwar verjährt, aber gleichwohl in der politischen Debatte zumindest als Hilfsinstrument zugelassen, Herr Kollege.

Herr Remmers hat zu Beginn der 80er-Jahre gesagt: Das mit den 2 DM geht nicht, das hat etwas mit der Finanzlage des Landes, aber auch mit der Fähigkeit der Unterhaltungsverbände zu tun, hier eine höhere Last aufzunehmen. Deshalb ist das kontinuierlich gesteigert worden. Herr Remmers hat das schon auf 10 DM hochgebracht. Wir haben daran angeknüpft - das bestreite ich nicht -, übrigens nicht zur Freude derer, die an der Küste politische Verantwortung tragen. Es hat jedes Mal Streit darüber gegeben, aber wir sind, wie ich finde, immer zu einem einigermaßen fairen Ergebnis gekommen. Ab diesem Jahr sind es 30 DM. Das ist schon eine ganze Menge, keine Frage, aber das ist eine Sache, die hier politisch entschieden worden ist. Wir sollten aufpassen, dass das nicht weiter in die Höhe geht. Da sichere ich auch gerne Unterstützung zu.

Jetzt kommen aber Dinge, die mit berücksichtigt werden müssen. Der Landesgesetzgeber ist auf den Gedanken gekommen, in § 105 Sonderregelungen für einzelne Gewässer zu treffen. 1960 gab es übrigens noch keine einzige Sonderregelung. Seit

1962 hat der Gesetzgeber aus Gründen, die ich nicht nachvollziehen kann, 800 bis 1.000 km der Gewässer II. Ordnung in die Anlage zum Wassergesetz gebracht, mit der Folge, dass das Land die Kosten dafür übernommen hat. Die ursprüngliche Begründung war ganz klug, nämlich: Das sind die Gewässer, die technisch besonders schwierig oder besonders kostenintensiv sind, und das hätte bei den Unterhaltungsverbänden zu totalen Verzerrungen geführt. Das war die Logik.

Diese Logik liegt aber quer zur Restfinanzierung des § 104. Wir haben heute die Situation, dass es Unterhaltungsverbände gibt, die relativ niedrige Sätze haben und gleichwohl davon profitieren, dass ihnen das Land Teile ihrer Gewässer weggenommen hat und diese finanziert. Das heißt also: Die parallele Logik der §§ 104 und 105 führt in der Praxis zur absoluten Ungerechtigkeit hinsichtlich der Wasserlasten in Niedersachsen.

(Inselmann [SPD]: So ist das!)

Als ich, relativ neu im Amt, gemerkt habe, dass wir hier Ungerechtigkeiten gesetzlich zulassen, habe ich mir vorgenommen, das aus der Welt zu schaffen. Das kann man aber nur aus der Welt schaffen, indem man auf die Logik des Wassergesetzes zurückgeht und sagt: Erstens. Die Gewässer II. Ordnung liegen in der Zuständigkeit der Unterhaltungsverbände. Zweitens. Es muss gewährleistet sein, dass die Belastungen der einzelnen Unterhaltungsverbände relativ nahe beieinander bleiben und die Spreizung nicht zu arg wird.

Natürlich ist es in Kehdingen sehr viel anders als in Südniedersachsen. Das wird man nie 1 : 1 hinbekommen. Das bekäme man nur dann hin, wenn man die Unterhaltungsverbände auflösen, das in Landesverantwortlichkeit überführen und eine andere Beitragsbemessung für die Gesamtbevölkerung in Niedersachsen durchsetzen würde. Ich weiß aber nicht, ob Sie das wollen. Die Unterhaltungsverbände wollen das jedenfalls nicht. Es spricht ja auch eine Menge dafür, die Zuständigkeit für die Gewässerunterhaltung dezentral, d. h. vor Ort zu belassen. Und wenn das so ist, dann muss ich gucken, wie ich die Beitragsgerechtigkeit hinbekomme.

Ich sage Ihnen: Mit der von mir vorgesehenen Streichung des § 105 werden wir diese Beitragsgerechtigkeit hinbekommen, allerdings nur dann - diese Einschränkung will ich machen -, wenn wir einige wenige Verbände, die ansonsten totale

Ausreißer wären, gesondert behandeln. Dafür brauchen wir noch dezidierte Planungen. Das gilt beispielsweise für einen Wümme-Verband. Dort können wir das nicht 1 : 1 umsetzen, wie ich das gerade vorgetragen habe.

(Hogrefe [CDU]: Sehr richtig!)

Das geht im Übrigen auch nur dann, wenn wir gleichzeitig anders mit den überproportionalen Kosten im Schöpfwerksbereich umgehen. Deshalb habe ich vor, die Ansätze für die Mitfinanzierung der Schöpfwerkskosten zu erhöhen - das würde die Verbände an der Küste erleichtern -, § 105 zu streichen, alle diese Gebiete in die Unterhaltung nach § 104 zu überführen, die bei § 105 eingesparten Mittel in Teilen zu § 104 zu packen und im Zuge eines achtjährigen Anpassungsprogramms diese Verabredungen umzusetzen.

Allerdings, meine Damen und Herren - daraus mache ich kein Hehl -, daraus erwachsen Synergieeffekte, die dazu führen werden, dass der Landeshaushalt ein Stück Konsolidierung erfährt. Die Mittel für § 105 sind allerdings nicht vollständig einzusparen, sondern werden zum Teil noch benötigt, um diesen Übergang zu organisieren und hinterher ein vertretbares Maß von Belastungen in den 114 niedersächsischen Unterhaltungsverbänden zu haben.

Das ist meine Planung. Darüber habe ich Sie informiert. Ich werde den Plan dem Kabinett zur Mittelfristplanung im Oktober vorschlagen. Wenn das Kabinett ihn ablehnt, ist das Thema erledigt. Wenn das Kabinett mir folgt, haben wir das ganze nächste Jahr Zeit, die Ausgestaltung der Streichung des § 105 nicht nur im Landtag, sondern auch mit den Betroffenen zu diskutieren. Ich bin sicher, die Einsichtsfähigkeit bei den Verbänden ist im Zweifel höher, als es bei Ihnen gegenwärtig anklingt. Die ersten Gespräche mit den Verbänden lassen das auf jeden Fall erwarten.

Ich glaube, die Beitragsgerechtigkeit ist notwendig und kann auf dem Weg hergestellt werden, den ich Ihnen eben dargestellt habe.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der Grünen spricht der Kollege Klein.

Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, hier haben wir es mit einem guten Beispiel für politische Schlitzohrigkeit zu tun, nämlich dafür, wie man mit allgemeinen honorigen Handlungsmaximen Akzeptanz für Maßnahmen erzielen möchte, die, im Detail betrachtet, durchaus problematisch sind. Wer kann schon etwas dagegen sagen, wenn - ich beziehe mich auch auf den schon angesprochenen Brief - verworrene Zuständigkeiten entflochten werden sollen, wenn überflüssige Vorschriften beseitigt werden sollen und die Verwaltung vereinfacht werden soll und wenn Beitragsgerechtigkeit durch Entlastung der Schöpfwerksverbände hergestellt werden soll? Letzteres freut mich als Hadelner besonders.

Nur, worum geht es im Detail? - Es geht zunächst um den nach wie vor andauernden Versuch des Landes, sich der Verantwortung für die Sicherstellung vergleichbarer Lebensbedingungen im Lande zu entziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich habe Ihnen einmal meine Beitragsbescheide mitgebracht. Die letzten Maßnahmen haben bei mir von 1998 bis 2000 zu einer Kostensteigerung von 55 % geführt.

(Inselmann [SPD]: Nennen Sie doch einmal die Beträge! Das tun Sie nämlich nicht!)

Deswegen muss ich kein Bier weniger trinken. Aber die, die Boden als Produktionsmittel einsetzen, sind davon durchaus betroffen.

Worum geht es weiterhin? - Man kann doch nicht so tun, als sei diese geplante Übertragung nur die Korrektur eines Versehens, die sich eigentlich von selbst versteht. So haben Sie es eben darzustellen versucht. Ich glaube, es gibt gute Gründe, bestimmte Gewässer aus der Summe der übergeordneten Anlagen herauszunehmen und als Landesgewässer zu betrachten, auch wenn sie formal Gewässer II. Ordnung sind. So wird nämlich ein Schuh daraus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Es ist doch relativ klar. Auch das Umweltministerium will natürlich seine Vorgaben zur Personal- einsparung erfüllen. 70 Stellen vor Ort einsparen

zu können, ist sicherlich verlockend. Aber, meine Damen und Herren, was hat es denn mit Sparen zu tun, wenn man seine Aufgaben einfach von anderen bezahlen lässt? - Das ist doch keine echte Aufgabenreduzierung. Die Gewässerunterhaltung hinterm Deich ist nach wie vor völlig unverzichtbar.

Was mich besonders ärgert - nicht zuletzt, weil Sie es jetzt noch einmal so demonstrativ dargestellt haben, Herr Minister -, ist, dass Sie versuchen, die Akzeptanz für diese Maßnahme zu erreichen, indem Sie die Verbände an der Küste mit dem Argument der Beitragsgerechtigkeit gegeneinander ausspielen. Erst übertragen Sie Kosten des Landes auf die Verbände insgesamt. Dann aber nehmen Sie einen kleinen Teil davon - das haben Sie auch zugegeben - und geben ihn den Verbänden, die besonders hohe Schöpfwerkkosten haben, zurück. Diejenigen Verbände, die einerseits dazu gehören, andererseits aber nicht von dem § 105 betroffen sind, machen letztlich Profit dabei, kommen also positiv dabei heraus, und das hat Ihnen sicherlich auch die ersten zustimmenden Stellungnahmen verschafft.

(Ehlen [CDU]: Da werden Stimmen gekauft!)

Meine Damen und Herren, ich halte diese Verquickung von Aufgabenübertragung und Wiederherstellung der Beitragsgerechtigkeit für in höchstem Maße unfair. Wenn Ihnen die Beitragsgerechtigkeit am Herzen liegt - Sie haben es ja zugespitzt angesprochen -, dann sollten Sie sich für einen fairen Finanz- und Lastenausgleich zwischen den kleinteilig organisierten Verbänden einsetzen, wie ich es ja schon einmal bezüglich der Treibselproblematik vorgeschlagen habe. Es sollte doch das Ziel sein, einen solidarischen Einheitsbeitrag an der gesamten Küste, möglicherweise sogar in ganz Niedersachsen zu erreichen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass wir dies mit einer Institutionalisierung über Kooperation oder sogar Fusion erreichen. Dann könnte das Land hier auch seinen Beitrag leisten.

Meiner Meinung nach kann es nicht angehen, dass das Land auf der einen Seite verspricht, dass der ländliche Raum nach der EXPO - inzwischen muss man ja sagen: nach der Abwicklung der EXPO-Lasten - endlich wieder ein Investitionsschwerpunkt werden soll, auf der anderen Seite diesen ländlichen Raum aber durch Abschaffung des § 105 schröpft. Meine Damen und Herren, dieses Spiel - ungedeckte Schecks in die linke Tasche und

Bargeld aus der rechten Tasche herausnehmen - können wir jedenfalls nicht akzeptieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden uns in den Ausschussberatungen - ich schließe mich hier der Bitte nach Mitberatung auch im Landwirtschaftsausschuss an - nicht mit diesen allgemeinen Zielsetzungen begnügen, sondern wir werden dann Butter bei die Fische fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der SPD spricht jetzt der Kollege Beckmann.

Beckmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hätte mir in dieser Frage etwas weniger Aufgeregtheit gewünscht.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, ja. Mir liegt hier der Presseartikel von Frau Zachow vor, in dem in diesem Zusammenhang der Untergang des ländlichen Raumes beschrieben worden ist. Das ist schon sehr bedeutend.

(Möllring [CDU]: Hier hat sie aber doch geredet und nicht ihren Zeitungsartikel vorgelesen! Das können Sie doch voll unterstreichen!)

Wenn ich dagegen sehe, was Sie hier eben zu diesem Thema inhaltlich gesagt haben, dann ist mir Gott sei Dank nicht so ganz bange um den Untergang des ländlichen Raumes. Die Pressemitteilung - das müssen Sie zugeben - ging aber ungefähr in diese Richtung.

(Wojahn [CDU]: Ein Presseartikel bringt das sowieso nicht!)

- Ich sage Ihnen einmal, wo bei Ihnen das Problem liegt. Sie hätten vielleicht Herrn Ehlen reden lassen sollen.

(Althusmann [CDU]: Sprich doch mal zum Thema!)

- Ja, genau. Das nämlich ist genau die Situation. Herr Ehlen ist Mitglied eines Verbandes.

(Möllring [CDU]: Der Ältestenrat hat gemeint, es sei keine Landwirtschafts-sache!)

Von daher ist er gut informiert über die Diskussionen, die wir mit dem Verband geführt haben. Ihr Problem ist nun, dass wir mit den Verbänden reden, Sie aber nur hinter den Verbänden herlaufen. Genau das ist Ihr Problem. Deshalb Ihre große Aufgeregtheit. Das ist eigentlich schade.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich meine, dass wir angesichts der Tatsache, dass Sie so rechtzeitig in die Diskussion eingebunden worden sind, sehr sachlich miteinander umgehen sollten. Herr Klein hat einige Ansätze gemacht, wobei er allerdings wieder ein paar Begriffe verwendet hat, angesichts deren ich ihn gern daran erinnern möchte, was seine Kollegen Anfang der 90er-Jahre gesagt haben, als wir den Sockelbetrag erhöht haben. Daran sollten Sie lieber nicht erinnert werden, Herr Klein.

(Möllring [CDU]: Wir müssen uns ja sogar noch anhören, was Remmers 1985 gesagt hat!)

Es gibt noch ein paar Punkte, über die wir in Zukunft ebenfalls reden müssen. Wir müssen auch über die Situation der Verbände reden. Die Verbände wissen, was auf sie aufgrund der Entwicklung in Europa zukommen wird. Darüber und auch über die Kleinteiligkeit unseres Verbandswesens werden wir mit ihnen reden müssen. Sie wollen sogar mit uns und mit Ihnen sowie mit dem Parlament und der Regierung darüber reden. Sie wissen nämlich, dass eine ganz neue Situation auf sie zukommen wird, angesichts deren sie unsere Unterstützung brauchen. Ich glaube, das ist in der Diskussion. Verden ist gerade 14 Tage her. Dort waren 200 Mitglieder anwesend.

(Kethorn [CDU]: Sie haben sich schon bewegt!)

Dort ist von den Betroffenen in sehr sachlicher Form und ohne diese Aufgeregtheit, die Sie hier an den Tag legen, Frau Zachow, diskutiert worden. Das hätte ich mir in diesem Zusammenhang auch hier so gewünscht. Der Minister hat die einzelnen Punkte deutlich gemacht.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich finde es etwas verwunderlich, dass Sie beim Beitrag Ihres Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt vehement Beifall geklatscht haben, als er gesagt hat: Wir bringen die Verwaltungsreform nicht schnell genug durch. Wir bauen nicht schnell genug Personal ab. Wir senken die Personalkosten nicht. - Zu allen diesen Punkten, die er dort vorgestellt hat, haben Sie Beifall geklatscht. Da hat er Recht. Jetzt aber kommt ein Vorschlag, angesichts dessen Sie sagen: Da müssen wir uns aber zunächst einmal zum Retter des ländlichen Raumes machen. Unserer Auffassung nach darf dort überhaupt nichts passieren. - Wir müssen uns in diesem Punkt schon einig werden. Dass etwas umgesetzt werden soll, gleichzeitig aber nichts passieren darf, wird nicht funktionieren.

(Möllring [CDU]: Das hat doch keiner gesagt! Es soll doch nur gerecht zugehen!)

Wir sind mit den Verbänden sehr intensiv im Gespräch. Wir werden auch zu einvernehmlichen Lösungen kommen. Diesen Eindruck habe zumindest ich nach den Gesprächen sowohl mit dem Vorstand als auch mit dem Geschäftsführer, mit dem ich in dieser Frage übrigens permanent im Gespräch bin, sodass ich von daher zuversichtlich bin, dass wir hier zu einer vernünftigen Lösung kommen.

(Ehlen [CDU]: Da müsst ihr euch aber noch gewaltig bewegen!)

- Ob wir uns hier noch gewaltig bewegen müssen - - - Wenn Sie sich einmal die Zahlen im Land angucken - von 1 DM bis 68 DM -, dann ist es schon Wert, intensiver darüber nachzudenken, ob wir hier nicht ein bisschen mehr Gerechtigkeit schaffen sollten. Im Zusammenhang damit kann man natürlich in Richtung hin- und hergeben diskutieren. Meiner Meinung nach macht es aber durchaus Sinn, über die Frage nachzudenken, ob es angebracht ist, den § 105 weiterhin zu erhalten, oder ob man ihn nicht doch besser auflösen sollte, ohne dies gleich als Trickserei zu bezeichnen. Die Verbände haben dies nicht als Trickserei empfunden. Zumindest haben sie dies uns gegenüber nicht so dargestellt.

Das Problem bei den Verbänden liegt doch in deren Strukturen. Das wissen doch auch Sie. Darüber müssen die nachdenken. Bei dieser Entwicklung wollen sie uns nun an Ihrer Seite haben; denn man kann doch nicht sagen, dass 1 DM auf der

einen Seite und 68 DM auf der anderen Seite gerecht sind. Da müssen wir ganz konkret helfen. Deshalb müssen wir zu diesem Zweck irgendwo Geld frei schaufeln.

(Zuruf von Ehlen [CDU])

Wir haben jetzt die Chance, dieses Thema aufzugreifen und einen Teil dieser hohen Lasten an der Küste dadurch abzubauen, dass wir denen ganz konkret mit Geld helfen.

(Möllring [CDU]: Dann können wir doch sofortige Abstimmung machen!)

Wenn Sie allerdings sagen, wir zeigen Ihnen bei den Haushaltsberatungen, wo wir das Geld hernehmen - - - Der Minister hat einen Vorschlag dafür gemacht, woher er das Geld nehmen will. Wenn Sie andere Vorschläge unterbreiten wollen, bin ich durchaus bereit, sowohl im Landwirtschaftsausschuss - den Sie an den Beratungen mit beteiligen wollen, wogegen ich nichts habe - aus der Betroffenheit heraus, aber auch im Umweltausschuss darüber zu diskutieren.

(Möllring [CDU]: Herr Beckmann, wenn Sie 100 % einverstanden sind, können wir sofortige Abstimmung machen! Herr Klein hat gesagt, dass das alles richtig ist! Herr Ehlen hat gesagt, dass alles richtig ist!)

Wir wollen das mit Ihnen gern beraten, wie wir es auch schon mit den Verbänden beraten haben.

(Möllring [CDU]: Lassen Sie uns doch sofortige Abstimmung machen!)

- Ihren Antrag sollen wir gleich zur Abstimmung stellen, oder was? - Ihr Antrag besagt nichts anderes, als dass sich nichts verändern darf. Die Welt darf sich nicht verändern.

(Möllring [CDU]: Doch!)

Das heißt, Sie müssen die Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden von gestern in den Müll schmeißen.

(Möllring [CDU]: Nein!)

- Ja, das ist doch die Situation.

(Möllring [CDU]: Sie müssen das einmal lesen! Ich schicke es Ihnen gern einmal zu! Herr Beckmann, seit wann sind Sie denn für dieses Thema

zuständig? Das ist doch so diffizil! Da muss man doch Sachkunde haben!)

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Möllring, ich möchte Sie bitten, diese Zwiegespräche zu unterlassen. Herrn Beckmann fällt es schwer, darauf nicht einzugehen.

Beckmann (SPD):

Nein, ich habe damit überhaupt kein Problem.

Vizepräsidentin Litfin:

Aber von der Geschäftsordnung her haben wir damit ein Problem; denn die Regel hier ist die, dass der Redner hier die Rede hält, und der Rest des Hauses lauscht. Bitte, meine Damen und Herren, lassen Sie die Zwiegespräche.

(Möllring [CDU]: Ich mache doch nur einen Zwischenruf!)

Beckmann (SPD):

Das fällt Herrn Möllring in dieser Sache aber schwer. Er ist darin ja unheimlich firm. Er hat zwar null Ahnung, davon aber sehr viel.

(Kethorn [CDU]: Das hat man bei Ihrem Beitrag jetzt auch gesehen!)

- Sie waren auch nicht beim Verband. Diejenigen, die beim Verband waren, hatten nicht den Eindruck, dass ich davon keine Ahnung habe, sondern sie waren der Meinung, dass ich sehr versiert vortragen habe. Es hat aber jetzt keinen Sinn, hier all das zu wiederholen, was der Minister schon gesagt hat.

Meine Damen und Herren, nutzen wir die Chance, die Dinge im nächsten Jahr gemeinsam mit den Verbänden so zu diskutieren, dass wir zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. Es gibt nicht nur Verbände, die begeistert sind; das kann ich mir durchaus vorstellen. Diese Chance, die wir jetzt haben, sollten sie ergreifen. Wir sollten aber nicht vom „Untergang des ländlichen Raumes“ reden, wie Sie, Frau Zachow, es getan haben. Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Ich sehe da hervorragende Ansätze.

Auch wir müssen über die Frage diskutieren, ob die Art und Weise, in der wir die Beiträge heute erheben - nämlich bezogen auf die Fläche -, über-

haupt noch zeitgemäß ist. Das war unser Ansatz, um auch mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen. Dies ist eine rechtliche Frage, die wir klären müssen. Es macht wirklich einen Sinn, intensiv darüber nachzudenken. In den Kommunen gibt es riesige bebaute Flächen, die in der gleichen Weise belastet werden wie diejenigen, die nur eine Wiese haben. Der Hauptbelastete ist der Landwirt. Deshalb müssen wir prüfen, ob die auf die Fläche bezogene Erhebung des Beitrages überhaupt noch zeitgemäß ist. Warum stellen Sie solche Überlegungen nicht mit uns gemeinsam an? - Ich verstehe es nicht.

(Möllring [CDU]: Macht doch mal einen Vorschlag! Was denn? Kopfgeld? Kinderzahl?)

Der Einheitswert könnte zum Beispiel durchaus eine Möglichkeit sein, über die man reden könnte. Solch eine dumme Bemerkung wie „Kopfgeld“ fällt nur Ihnen ein. Das ist völlig klar. Das wäre eine Möglichkeit, darüber zu reden. Ihnen fällt dazu aber nichts Vernünftiges ein.

(Möllring [CDU]: Also Einheitswert!)

Der Einheitswert ist durchaus eine Bezugsgröße, die wir z. B. auch beim Deich haben.

(Wojahn [CDU]: Ich würde das bezweifeln!)

- Dann lassen Sie uns das doch gemeinsam mit den Juristen beraten. Vielleicht haben die gute Vorschläge.

Ich meine, diese Fragen sind in diesem Zusammenhang ernsthaft zu überlegen. Darum bitte ich Sie - um nichts anderes. Wir werden an die Frage herangehen. Ein Ansatz wie Ihrer - „wir wollen verhindern, es darf nicht stattfinden“ - wird nicht funktionieren. Sie können zwar in mehreren Ausschüssen beraten, aber der Ansatz wird nicht funktionieren.

In der Frage, wie die Existenzberichtigung der Verbände in einem europäischen Rahmen gesichert wird - weil wir es für sinnvoll halten, die Aufgabenstellung dort zu belassen -, würde ich Sie gern in die Diskussion einbeziehen. Aber sich nur in der Öffentlichkeit gegenseitig anzumachen, hilft uns in der Sache überhaupt nicht weiter.

Ich meine, dass wir auf dem erfolgreichen Weg sind, weil wir mit den Verbänden reden und sie mit einbeziehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen sich zum Sprachrohr, ohne dass Sie mit ihnen reden. Das ist die Situation. Deswegen werden Sie mit Ihrer Argumentation scheitern!

(Beifall bei der SPD - Kethorn
[CDU]: Typischer Redezeitverbraucher!)

Vizepräsidentin Litfin:

Der Kollege Beckmann hätte noch 39 Sekunden Redezeit gehabt. - Herr Dr. Stumpf von der CDU-Fraktion möchte noch Stellung nehmen.

(Wojahn [CDU]: Wir brauchen nicht mit den Verbänden zu reden! Wir sind in den Verbänden! Wir sind der Verband!)

Dr. Stumpf (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, wir müssen wieder etwas zur Sache kommen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Zumindest versuchen!)

Herr Minister – „Biedermann“ hätte ich jetzt fast gesagt - Jüttner, zunächst einmal mein Kompliment: Sie haben eine für Sie nicht ganz einfache Sache recht geschickt verpackt. Aber wir sind auch nicht von gestern; deshalb fällt uns das natürlich auf.

(Inselmann [SPD]: Wir reden jetzt nicht von gestern!)

In Bayern hätte man gesagt: Der Junge ist hinterfotzig. Aber hier sagt man das vielleicht anders. Herr Klein hat es etwas anders formuliert. Bleiben wir bei der Formulierung.

(Zuruf von Inselmann [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich wundere mich, dass Sie so unruhig sind, Herr Inselmann. Sie haben noch 39 Sekunden und können noch reden.

(Inselmann [SPD]: Ich höre doch zu!
Nun reden Sie doch endlich mal!)

Herr Minister, das Ansinnen, das zu machen, was Sie hier vorgestellt haben, nämlich die Kosten für die Unterhaltung bestimmter Gewässer II. Ordnung

auf die Verbände und damit auch sehr stark auf die Kommunen zu übertragen, ist tatsächlich ganz anders begründet, als Sie es vorgetragen haben.

Sie haben eines erkannt: Es besteht seit mindestens zehn Jahren ein erheblicher Investitionsstau bei der Unterhaltung dieser Gewässer nach § 105,

(Ehlen [CDU]: So ist es!)

weil das Land seiner Verantwortung nicht nachgekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt Gewässer, die vor ca. 30 Jahren über förmliche Planfeststellungsverfahren in einen Umbau hineingekommen sind. Sie sind zum Teil begradigt bzw. in ihrem natürlichen Verlauf verändert worden. Diese Planfeststellungsbeschlüsse haben ganz bestimmte Inhalte. Diese Inhalte schreiben dem Verantwortlichen - nämlich dem Land Niedersachsen - vor, was zu tun ist, um die Struktur des Gewässers, die durch den Umbau verändert worden ist, wieder zu einer halbwegs lebensfähigen Gewässereinheit zu machen.

Unter anderem gibt es an der Mittelaller - sie ist in der Anlage zum § 105 aufgeführt - die Verpflichtung zur Unterhaltung der Totgewässer als Brutstätten für die Fischerei. Sie haben seit zehn Jahren kaum einen Handschlag dafür getan, diese Totgewässer zu unterhalten.

(Zuruf von der CDU: Nur die Kommunen!)

Gegen die Verantwortlichen laufen Klagen. Hier ist ein ganz erheblicher Investitionsstau eingetreten.

Sie sind in vielen Bereichen dem Hochwasserschutz nicht nachgekommen. Ich würde sagen, für die Stadt Celle sind in den nächsten Jahren - zurzeit laufen mit Zustimmung und Unterstützung der Bezirksregierung die entsprechenden Untersuchungen - Aufwendungen in vielfacher Millionenhöhe erforderlich.

Sie wollen mit Ihrem Vorstoß erreichen, dass diese Kosten in Zukunft im Wesentlichen nicht mehr vom Land zu tragen sind, sondern dass sie von den Unterhaltungsverbänden - im Bereich Celle im Wesentlichen von der Stadt - zu finanzieren sind. Das ist der wahre Hintergrund Ihres Vorstoßes.

Ich meine, wir müssen in den Ausschussberatungen - insofern bin ich nicht der Meinung von Herrn Möllring, auch wenn ich sonst oft seiner Meinung bin - im Detail darüber reden, um das Thema vernünftig aufzubereiten.

Ihre Aussage, bestimmte Teile aus § 105 herauszunehmen und andere Teile mit Sonderregelungen weiter zu erhalten, ist doch nichts anderes als das, was es heute bereits gibt. Sie prangern die Sonderregelungen zum § 105 in Ihrer Rede an, wollen aber in Wirklichkeit neue Sonderregelungen schaffen. Dann können auch die alten beibehalten werden, und wir können vielleicht sogar noch erreichen, dass endlich wieder einmal Investitionsmittel wie z. B. für den Aller-Leine-Oker-Plan in den Haushalt eingestellt werden. Das ist nämlich auch ein wesentlicher Mangel, dass Sie - bzw. Ihre Vorgängerin - den Haushaltstitel Aller-Leine-Oker-Plan aus dem Haushaltsplan herausgenommen haben. Seitdem gibt es nämlich diese Defizite. Seitdem wird nicht mehr unterhalten, und seitdem gibt es in bestimmten Bereichen auch Riesenprobleme.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Leisten Sie doch erst einmal die wesentlichen Vorarbeiten, Herr Minister, bevor Sie über Lösungen nachdenken. Zunächst ist doch notwendig, dass Sie von den betroffenen Gewässern II. Ordnung, die dem § 105 unterliegen, eine Bestandsaufnahme machen. Aus dieser Bestandsaufnahme muss deutlich werden, was überhaupt an Unterhaltung notwendig ist. Maßgebend darf nicht das sein, was Sie in den letzten zehn Jahren gemacht haben, sondern das, was objektiv als notwendig beurteilt wird. Sie werden Ihr blaues Wunder erleben, welche Zahlen dabei herauskommen. Diese Beträge wollen Sie auf die Grundeigentümer, die Landwirtschaft und die betroffenen Kommunen abwälzen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, ich freue mich auf eine spannende Beratung im Ausschuss. Ich hoffe, Sie werden einige Punkte noch einmal im Hause durcharbeiten lassen und auch selbst darüber nachdenken. Letztlich hoffe ich, dass Sie zur Vernunft kommen und dieses Vorhaben zunächst einmal zurückstellen und nicht realisieren werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Ehlen [CDU]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Litfin:

Nun hat Minister Jüttner noch einmal das Wort.

Jüttner, Umweltminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich komme hiermit zur Vernunft zurück und möchte Ihre Debatte noch mit sechs Hinweisen anreichern, damit Sie auch Freude daran haben.

(Zuruf von Kethorn [CDU])

Erstens. Zur Aufgabenverlagerung, Herr Klein: Hier wird das hergestellt, was Grundlage des Gesetzes ist, nämlich die Aufgabe dahin verlagert, wo sie typischerweise hingehört.

(Zuruf von Klein [GRÜNE])

Zweitens. Verehrte CDU-Fraktion, die Frage, welche Grundlage man nimmt - ob Flächenmaßstab oder eine andere -, ist sehr spannend. Ich freue mich auf die Debatte mit Ihnen und dem Wasserverbandstag. Ich bin ganz gelassen. Von wem das Geld kommt,

(Klein [GRÜNE]: Ist Ihnen egal!)

um die notwendigen gesellschaftlichen Aufgaben zu erledigen, kann mich aus umweltpolitischer Sicht relativ ruhig lassen.

(Möllring [CDU]: Das glaube ich, Herr Abzocker!)

- Abzocken? Dabei geht es um notwendige Arbeiten in den Regionen, und Sie reden von Abzocken. Sie sind doch nicht ganz bei Trost. Das ist doch wirklich lächerlich.

(Unruhe - Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Minister, Sie fallen zwar nicht unter mein Hausrecht - ich kann Ihnen keine Rüge erteilen -, aber das war unschön.

Jüttner, Umweltminister:

Das war ein Fehler von mir.

(Zuruf von Beckmann [SPD])

- Das muss er wissen.

Drittens. Herr Dr. Stumpf, die Unterstellung, was die unterlassenen Arbeiten und den Investitionsstau betrifft, ist falsch.

(Wojahn [CDU]: Das ist nicht falsch!
- Ehlen [CDU]: Das hat Minister Funke schon vor Jahren eingeräumt!)

Wir werden Ihnen im Ausschuss erläutern, dass das nicht die Triebkraft ist, die uns dazu veranlasst.

(Zurufe von der CDU)

Die Bemerkung über den Aller-Leine-Oker-Plan ist deshalb falsch, weil es sich dabei um ein reines Investitionsprogramm gehandelt hat, das von Ihnen mit Unterhaltungsfragen vermischt wird, was sachlich absolut ungerechtfertigt ist.

Lassen Sie mich zwei Schlussbemerkungen machen, meine Damen und Herren.

Erstens. Von den 90 Gewässern, die derzeit im § 105 aufgeführt sind, werden 59 nach meinem Plan dort gestrichen und wie alle anderen behandelt, weil sie auch wie alle anderen von den Unterhaltungsverbänden betrieben werden können.

Was allerdings gesondert geregelt bleibt, sind die Außentiefs und beispielsweise die Seen wie Dümmer und Steinhuder Meer, weil das nicht zu verantworten ist. Diese werden gesondert behandelt.

Die Folge dieses Plans ist – nur damit Sie wissen, wogegen Sie ankämpfen –, dass die Belastungsspanne bei der Gewässerunterhaltung – bei der gegenwärtigen Regelung des Sockelbetrags von 30 DM - auf 1 DM/ha bis 58 DM/ha reduziert wird. Das ist viel. In Zukunft, nach dem Modell, das ich Ihnen vorschlage, wird diese Spanne von 1 DM

(Ehlen [CDU]: Bis 105 DM!)

bis 48 DM reichen. Zu gut Deutsch: Es wird Verbände geben, die sich besser stehen, und es wird welche geben, für die es teurer werden wird, aber insgesamt

(Frau Zachow [CDU]: Sparen Sie Geld!)

- dann spare ich Geld, was auch ganz gut ist! - führt das dazu, dass die Spanne deutlich kleiner wird, das heißt, die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse in Niedersachsen wird über diesen

Plan vorangebracht. Ich glaube, dass Sie sich überhaupt nicht dagegen stellen können.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Dr. Stumpf möchte die restliche Redezeit der CDU-Fraktion in Anspruch nehmen.

(Ehlen [CDU]: Machen wir bis 20 Uhr!)

Dr. Stumpf (CDU):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister, das, was Sie soeben zum Oker-Aller-Leine-Plan gesagt haben, ist leider falsch. Ich weiß nicht, wer Sie in Ihrem Haus informiert. Aber hier sind Sie einer Ente aufgesessen. Das Planfeststellungsverfahren Mittelaller ist materiell nie abgeschlossen worden. Die Folgen dieses Planfeststellungsbeschlusses sind nie beseitigt worden. Gleichwohl haben Sie die den ganzen Titel aus dem Haushaltsplan entfernt. Bitte, Herr Minister, informieren Sie sich selbst! Dann können Sie hier Behauptungen aufstellen. Aber die Behauptung, die Sie hier aufgestellt haben, ist reinweg falsch.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Hier sollen federführend der Ausschuss für Umweltfragen und mitberatend der Ausschuss für Häfen und Schifffahrt und nach der Übereinkunft der Fraktionen von heute auch der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten tätig werden. Wenn Sie so entscheiden wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Sie haben so entschieden.

Damit ist die Sitzung für heute beendet. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und eine gute Nacht. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr.

Schluss: 18.23 Uhr.